

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Postabonnements nehmen am Besten in Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Preussens, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die hochgehaltene Anzeigenzeitung oder deren Anzeigenteil für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 10 Pf. (zuletzt 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenangelegenheiten das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ercheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 6. November 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Kaempff gewählt.

Bei der Ersatzwahl im 1. Berliner Reichstagswahlkreis wurden bei 11 900 Wahlberechtigten im ganzen 9541 Stimmen abgegeben.

Davon erhielten:

Kaempff (Fortfchr. Sp.)	4878 Stimmen
Düwell (Soz.)	3940
Rechtsanwalt Ulrich (konf.)	587
Reichstags-Abg. Erzberger (Z.)	174
Der Pole erhielt	16
Verstümmelt waren	46

Am 30. Oktober d. J. wurden in der Hauptwahl abgegeben: für Kaempff (Fortfchr. Sp.) 4657, Düwell (Soz.) 4408, den demokratischen Kandidaten 1395, für den Kandidaten der Wirtschaftlichen Vereinigung 482 Stimmen und für die Kandidaten des Zentrums und der Polen 169 und 37 Stimmen.

In der Stichwahl siegte Stadthalter Kaempff (Fortfchr. Sp.) mit 5588 über Düwell (Soz.), der 5276 Stimmen erhielt.

Der Freisinn hat einen Erfolg und eine moralische Niederlage zu buchen. Er kämpfte um sein Bestes und brachte sich um den letzten Rest seines Ansehens. In den eigenen Reihen wurde die freisinnige Kampfweise als beschämend empfunden.

An sich konnte der Ausfall der Wahl kaum zweifelhaft sein. Bei der ersten Durchsicht der Wahllisten zeigte sich, daß beispielsweise von den Gastwirtsangestellten usw. nur noch zuka 10 Proz. der eingeschriebenen Wähler ihre frühere Wohnung inne hatten, und von den Verzagten konnte auch nur ein geringer Teil aufgefunden werden. Technisch lagen die Verhältnisse bei den Schneidern, Fleischern, Wädern. Und während uns die Ermittlung der Verzagten außerordentliche Schwierigkeiten brachten, standen den Freisinnigen die amtlichen Apparate zur Verfügung. Charakteristisch dafür, wie „amtlich“ für Kaempffs Wahl geschoben wurde, ist das Schreiben, das die Mitglieder des „Vereins der Magistratsbureauassistenten zu Berlin“ für Kaempffs Wahl mobilisierte. Es lautet:

Berlin, den 30. Oktober 1912.

Sehr geehrter Herr Kollege!
 Nachdem der Verein sich bereits erklärt hat, am den am 5. November d. J. stattfindenden Reichstagswahl im 1. Berliner Reichstagswahlkreis mitzuwirken, machen wir Ihnen die ergebene Mitteilung, daß die Kandidatur des Herrn Stadthalter Kaempff von maßgebenden Personen des Stadtparlamentes unterstützt und gefördert wird. In diesen Kreisen erinnert man sich mit ganz besonderer Hochachtung unserer bedeutenden Wahlarbeiten in den vorgegangenen Wahlen und wünscht und erhofft auch für die diesmalige Wahl eine tatkräftige Unterstützung. Es gibt nicht nur eine Person aus den Reihen der Freisinnigen, die mit der Geschichte Berlins eng verknüpft ist und jahrelang für das Gemeinwohl Berlins gewirkt hat, sondern es ist der Weise aller staatsbehaltenden Männer, den einzigen schwarz-weiß-roten Bezirk ihnen zu erhalten, um nicht das rote Banner auch noch über dem letzten Bezirk, in dem das königliche Schloß liegt, wehen zu sehen. Unser Nationalgefühl gebietet uns alle Kräfte anzuspannen und einem der Reichsparteien genehmen Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Wir bitten Sie, den Herren Kollegen Ihrer Dienststelle von diesen Vorgängen Kenntnis zu geben und sie zu veranlassen, sich am 5. November d. J. nach Schluß des Dienstes in den umfänglich aufgeführten Wahllokale recht zahlreich einzufinden.

Damit nicht unübersehene Elemente die gemeinsame Arbeit verhindern, fügen wir Ihnen bei, die dem Wahlvorstande als Legitimation vorzulegen sind.

Die aufgeführten Lokale sind fast durchweg identisch mit den amtlichen Wahllokale. Das ist kein Zufall. Die Beamten sollten das Glück des Freisinn im Wahllokal noch korrigieren helfen.

Wie sehr der Freisinn das Wahlrecht respektierte, bewiesen freisinnige Vertrauensleute als Listenführer. Aus den Listen für die öffentlichen Wahlen hatte man die sozialdemokratischen Wähler herausgezogen, erschien ein solcher, dann forderten Listenführer den Wahlvorsteher auf, Legitimation zu verlangen. Da die Wähler darauf nicht vorbereitet waren, wurden verschiedene von ihnen, die verzogen waren und kaum noch Legitimationen heranziehen konnten, nicht zur Wahl zugelassen. Mit solchen Schikanen arbeiteten Freisinnige, die sich als Anhänger eines freien Wahlrechts aufspielten! Wahrlich, der Freisinn hat keine Ursache, auf seinen „Erfolg“ stolz zu sein. Vielleicht atmet die Börse etwas erleichtert auf, aber der Freisinn ist bankrott!

Die „Wofin“ stellte am Wahltagsmorgen die Wahl Kaempffs in Parallele mit der Ehre und dem Bestand des Vaterlandes. Die Wähler wurden beschworen:

„Das Vaterland erwartet, daß heute jedermann seine Schuldigkeit tut. Wer heute sein Wahlrecht, sein liebtes Bürgerrecht nicht ausübt, ist nicht wert, es zu besitzen. Darum Mann für Mann, geht hin und wählt Kaempff.“

Am demselben Tage las man in der „Frankf. Zig.“ in einer Polemik gegen das bayerische Zentrum:

„Das Ministerium Hertling steht gepanzert und gewappnet gegen das Phantom des vaterlandsgefährlichen Umsturzes.“

In Berlin agiert das Böcken- und Schenk-Kapital, das international verbandelt, als Ehrenretterin und Schützerin des — Vaterlandes, und das Frankfurter Börsenblatt höhnt über die Phrase von dem vaterlandsgefährlichen Umsturz! So heuchelt der Freisinn, so kämpft er um ein Mandat!

Das diplomatische Chaos.

Obwohl die Türkei den Frieden will, wird nicht weit von den Mauern Konstantinopels noch gekämpft. Rund 50 Kilometer sind die siegreichen Bulgaren von der Hauptstadt des Osmanenreiches entfernt. Sie wollen ihren militärischen Erfolg ausnützen, soweit es nur irgend geht, um bei Festsetzung der Friedensbedingungen der Türkei und den Großmächten gegenüber die meisten Trümmer in der Hand zu haben.

Inzwischen geht das diplomatische Gaukelspiel zwischen den Mächten hin und her. Eine Verwirrung und eine Intrige jagt die andere. Antwortete die österreichische Regierung in den letzten Tagen der vorigen Woche auf den „Aneignungsvorschlag“ Poincarés mit einer schroffen Ablehnung, so hatte dieser am Montag für das Vermittlungsgesuch der Türkei ein glattes Nein. Rußland wird, gereizt durch die Haltung Oesterreichs, nicht ohne Einfluß auf die französische Antwort gewesen sein. Andererseits wird England im geheimen seine Zustimmung, wenn nicht gar die Anregung zu den Vermittlungswünschen der Türkei gegeben haben. Die Dreimächte antworten auf das türkische Gesuch ausweichend, und aus allen Kabinetten wird erklärt, daß man die Frage „erörtern“ und sich unter einander „einigen“ wolle. Nebenbei erhebt auch Rumänien Ansprüche und jongliert zwischen Dreibund und Tripelalliance. Die Staaten des Balkanbundes aber äußern noch nicht den leisesten Wunsch nach Frieden und Vermittlung. Zum Ueberflus führt die offiziöse Presse Oesterreichs fort, Serbien in hochtrabendem Tone Verhaltensmaßregeln vorzuschreiben. Kurz — das diplomatische Durcheinander kann nicht toller sein.

In dieser gespannten Atmosphäre, in der die verlogenen Notizen hin und her fliegen und mit den Gesichts der Völker Schindluder getrieben wird, fühlen sich die berufsmäßigen Kriegsbeherer äußerst wohl. Die vom Gelde der Panzerplatten- und Kanonenfabrikanten ausgehaltene Presse arbeitet nach alten gewissenlosen Rezepten. Der teutonische Professor und Genesinder Preysig kreischt, daß Deutschland bei der Aufteilung der Türkei sein Schwert in die Waagschale werfen müsse. Und Maximilian Harden verlangt mit seinen bekannten hysterisch-morphinischen Stilberentungen und auf Grund seiner mit der Betriebsamkeit eines Ramschjuden zusammengetragenen Zettelkastenweisheit, daß man „Oesterreich den Weg ins Regardmeer sichere“. Denn das semitische Blut des Herrn Harden-Bittkowski pulst für die gefährdete „germanische Herrenzukunft“. Wir führen diese Beispiele nur an, um darzutun, welche Elemente am Werke sind, die trübe und gefährliche Situation noch mehr zu verwirren. Leider wird auch in der deutschen liberalen Presse bis zum „Berl. Tagebl.“ für die österreichischen Aspirationen Stimmung gemacht.

Angeht diese Verwirrung und dieser Treibereien muß das Proletariat immer und immer wieder auf die drohenden Gefahren hingewiesen werden. Nur der ernste und unerfütterliche Friedenswille der Arbeiterschaft kann das Äußerste verhüten.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Trümmer der türkischen Armee von Konstantinopel abgeschnitten?

Sofia, 5. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Es ist anzunehmen, daß der Rest der bei Bala Burgas geschlagenen türkischen Armee von der Tschataldtscha-Linie abgeschnitten und zum Marmara-Meer abgedrängt ist.

Konstantinopel, 5. November. Die Worte erklärt offiziell, daß der Rückzug der Ostarmee nicht vollständig beendet worden sei. Die ganze Armee befindet sich noch nicht innerhalb der Tschataldtscha-Linie.

Die Desorganisation im türkischen Heere.

London, 5. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht heute einen langen und fesselnden Bericht über die Schlacht bei Bala Burgas. Der Korrespondent, Herr Ashmead Bartlett, ist ein entfernter Verwandter von Abdullah Pascha und hatte die beste Gelegenheit, den Kampf zu beobachten. Sehr eindrucksvoll sind namentlich die Beschreibungen, die der Korrespondent über den ungläublichen Mangel an Disziplin und Organisation im türkischen Heere gibt. „Abdullah blieb den ganzen Tag mit Ausnahme einer kurzen Pause auf dem Hügel, den ich schon erwähnte. Seine einzigen Begleiter waren sein Stab und die persönliche Eskorte, und das einzige Mittel, womit er sich Informationen über das, was sich an anderen Orten zutrug, verschaffen konnte, waren seine Ferngläser. Nicht ein Telegraph oder eine Telephonie war nach der Front geschickt worden, nicht eine einzige drahtlose Installation, und doch besitzt die türkische Armee auf dem Papier zwölf vollständige Ausrüstungen für ihre Armeekorps. Selbst der Versuch war nicht gemacht worden, eine Botenkette zur Verbindung des Hauptquartiers mit den verschiedenen Armeekorps

herzustellen... Man kann Abdullah nicht tadeln. Er war das Opfer eines faulen Systems. Es war nicht seine Schuld, sondern die Politik des Bluffs, der Täuschung und des Selbstbetrugs, die der Türkei in diesem Kriege eine so zerschmetternde Niederlage eingetragen.“ Beachtenswert ist auch folgender Passus im Bericht: „In dem ganzen Feldzug hat das Creusotgeschütz seine ungeheure Ueberlegenheit über die Kruppgeschütze in einer Weise bewiesen, die die türkischen Artillerieoffiziere in Erstaunen versetzt hat. Es ist aber verfrüht, zu sagen, inwiefern diese Ueberlegenheit der Masse und inwiefern sie der besseren Handhabung zuzuschreiben ist.“ Der Korrespondent berichtet auch über eine Unterredung, die er mit Abul Pascha, dem Befehlshaber des vierten Armeekorps, auf dem Schlachtfelde gehabt haben will und in deren Verlauf Abul Pascha gesagt haben soll, daß der Krieg ein elendes Spiel sei, das nur den Barbaren geizt und nichts Glorreiches an sich habe.

Die vom Hunger Besiegten.

Konstantinopel, 5. November. (B. Z. V.) Die Kämpfe der letzten Stellung bei Bala und Bala Burgas waren, genau wie bei Kirkisse, zunächst von einem vollen Erfolge der Türken begleitet. Darüber kann kein Zweifel bestehen, da ein höherer ausländischer Offizier, der seit mehr als drei Jahren in türkischen Diensten steht und die Schlacht unter Mahmud Pascha mitemachte, bei seiner Rückkehr heute erklärte, daß der rechte türkische Flügel gesiegt hatte und auch der linke unter Hamdi Pascha standhielt. Erst in der Nacht, als starke Regengüsse einsetzten, räumten die Türken, ohne daß die Bulgaren angriffen, wegen Nahrungsmangel die eroberten Stellungen. Es liegt also genau der gleiche Fall vor wie in Kirkisse. Die Truppen fliehen unter Mahmud Paschas Führung, oder die vollkommen versagende Verpflegung bewirkt den Rückzug. In ihrem Erstaunen fanden die Bulgaren auch dieses Mal am anderen Morgen die türkischen Positionen leer. Sie besetzten sie ohne anscheinend noch die Kraft zu energischer Verfolgung zu haben. Der Offizier konstatierte ferner, daß das bulgarische Artilleriefeuer nicht gut sei, daß vor allem die Granaten nicht richtig explodierten. Das Feuer der Türken sei dagegen gut.

Die Situation in Konstantinopel.

Konstantinopel, 5. November. Die Stadt, sowohl Pera als auch Stambul, ist ruhig. Große Bewegung herrscht auf den Straßen in Stambul, besonders in der Nähe der Bahnhöfe und der Hofen Pforte. Die Straßen sind voll von Flüchtlingen, die ankommen, und von Soldaten, die ankommen oder abreifen. Die muslimantische Bevölkerung ist unter dem Eindruck der offiziellen Mitteilung von dem Rückzug der Armee von einer tiefen Traurigkeit ergriffen und erscheint resigniert. Nirgends aber zeigt sich die geringste Gärung. Infolgedessen erscheinen alarmierende Gerüchte und die Furcht vor schweren Tumulten für den Augenblick unbegründet. Das am Morgen verbreitete Gerücht, die Kurden hätten in Stambul eine verdächtige Zusammenkunft gehabt, ist falsch. Die Kurden, die in Stambul in großer Anzahl als Lastträger arbeiten, wurden durch Vermittlung einiger einflussreichen Beys in der Moschee Hagia Sophia zusammengerufen. Dort richteten die Beys die Mahnung an sie, ihre Arbeit aufzugeben und in den Kampf gegen den Feind zu ziehen. Wie bereits angekündigt, ergreift die Regierung Maßnahmen, um die Ordnung sicherzustellen. Sie bildet Abteilungen aus Feuerwehrlenten und besetzt die Hauptplätze in Pera mit Polizeiposten. Patrouillen durchziehen die europäischen Viertel. Trotzdem mußten, da Mitglieder verschiedener fremder Kolonien Befürchtungen äußerten, die Ankunft der zweiten Stationäre, die für morgen erwartet wird, hat im übrigen die Fremden beruhigt. Der Abzug der Bevölkerung von Rodosto und der Stranddörfer zwischen Rodosto und Konstantinopel hat begonnen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der serbische Vormarsch auf Saloniki.

Belgrad, 5. November. Einer Privatmeldung zufolge sind die serbischen Truppen bis fünfzig Kilometer nördlich von Saloniki vorgeückt. Die westliche Kolonne soll vor Monastir eingetroffen sein.

Serbische Kriegsbente.

Belgrad, 5. November. Im Katschanikapah haben die Türken 21 Geschütze und eine große Menge Munition zurückgelassen.

Ein österreichisches Dementi.

Wien, 5. November. Wie der Vertreter des „B. Z. V.“ erfährt, werden die Gerüchte über ein Einrücken der österreichischen Truppen in den Sandtschat von zuständiger militärischer Seite als jeglicher Grundlage entbehrend bezeichnet.

Vom montenegrinischen Kriegsschauplatz.

Vor dem Bombardement von Sutari.

Sutari, 5. November. Auf das Drängen der Beunruhigten Bewohnerschaft richteten die Konjulin

der neutralen Mächte ein gemeinsames Schreiben an den Kronprinzen Danilo als den Oberkommandierenden der montenegrinischen Belagerungstruppen, in dem sie ihn bitten, es zu vermeiden, daß durch das Bombardement die friedlichen christlichen und mohammedanischen Bewohner sowie die Gebäude der neutralen Mächte beschädigt würden. Kronprinz Danilo gab seine Genehmigung kund, der Bitte zu entsprechen, fügte aber hinzu, daß die Muselmanen den türkischen Kombattanten zuzurechnen seien. Auch bei den besten Geschießen sei es unmöglich zu verhindern, daß einzelne Geschosse an solchen Plätzen explodierten, wozu sie nicht gerichtet worden seien. Nach dem wiederholten Mißbrauch der weißen Fahne gegenüber den Montenegrinern bestand Kronprinz Danilo darauf, daß seine Antwort in Gegenwart des Vertreters einer neutralen Macht übergeben werde. Zu diesem Zwecke begab sich der österreichisch-ungarische Militärattaché Hauptmann Hubla in den Hafen von Scutari, wo am Nachmittag die Uebergabe der Antwort erfolgte.

Vom südlichen Kriegsschauplatze.

Ein türkischer Erfolg.

Konstantinopel, 5. November. Die Blätter erfahren durch eine vorgestern ausgegebene Depesche aus dem Vilajet Monastir, daß dort am Tage vorher in der Gegend von Panika und Florina ein Gefecht mit einer griechischen Division stattgefunden hat, in dem die Griechen zurückgeworfen wurden. Die türkischen Truppen hätten Panika besetzt. Eine Bande von 1000 Mann steckte das Dorf Jakubbey in der Gegend von Florina in Brand, wurde aber dann von den Truppen zersprengt.

Athen, 5. November. Nachrichten vom Kommando der griechischen Nachhut melden, daß die griechischen Truppen beim Vormarsch von Panika nach Florina jenseits Vanika auf überlegene feindliche Streitkräfte stießen, die sie zwingen, ihren Vormarsch zu unterbrechen und besetzte Stellungen zu beziehen.

Die Insel Psara von den Griechen besetzt.

Athen, 5. November. Ein griechisches Kanonenboot hat gestern die Insel Psara besetzt, auf der bereits im Jahre 1821 die Freiheitskämpfe geführt worden sind.

General Sapundjakis meldet telegraphisch, daß die Zahl der türkischen Gefangenen in Prevesa im Augenblick ihrer Einschiffung sich auf 810 beläuft, und zwar 58 Offiziere, 600 Soldaten und 152 albanesische Vaschibozuks.

Das diplomatische Intrigenspiel.

Die Antwort des Dreibundes auf das türkische Vermittlungsersuchen.

Paris, 5. November. Der „Agence Havas“ wird aus London gemeldet: Nach Auskünften aus Wien und Berlin soll die Antwort der Dreibundmächte auf den französischen Vorschlag ziemlich zufriedenstellend (plutôt satisfaisant) sein. Die Dreibundmächte erkennen die Nützlichkeit einer Vermittlung an, bemerken aber, daß eine solche nicht auferlegt werden könne, sondern von wenigstens einem der Kriegführenden nachgesucht werden müsse. Sobald ein solches Ansuchen gestellt werde, würden die Dreibundmächte geneigt sein, sich mit denen der Triple-entente zu vereinigen, um nach den Bedingungen zu suchen, unter denen eine Vermittlung eintreten kann.

Eine Rede des Grafen Berchtold.

Budapest, 5. November. Der Ausschuss für Außenere der Delegation des Reichsrates trat um 5 Uhr nachmittags zu seiner ersten Sitzung zusammen. Minister des Außenern Graf Berchtold ergriff das Wort zu folgenden Ausführungen:

In der kurzen Spanne Zeit, die uns von der nächsten Delegationsberatung trennt, sind im internationalen Leben Ereignisse eingetreten, denen eine weittragende Bedeutung zugemessen werden muß. Bevor ich mich mit diesen Ereignissen eingehender beschäftige, möchte ich eines gedenken, welches von uns mit Rücksicht auf unser Alltagsverhältnis besondere Wichtigkeit besitzt. Durch den Friedensschluß von Lausanne ist nach einjähriger Dauer der Waffenstillstand zwischen Italien und der Türkei zum Abschluß gebracht worden und unser Verbündeter in den unbeschränkten Besitz seines ausgedehnten Gebietes an der nordafrikanischen Küste gelangt. Wir haben das unsrige dazu beigetragen, um den Friedensschluß zu erleichtern, und unmittelbar nach demselben die Souveränität Italiens über Syden anerkannt. Ich möchte mit dem Ausdruck aufrichtiger Genugtuung erwähnen, daß unser Allererster auf diese Weise zu dem von ihm seit Jahrzehnten angestrebten Ziel gelangt ist und ein weites Feld gefunden hat, die hohe Kultur des Heimatlandes auf fremden Boden zu verpflanzen.

Die Besetzung des Ausgleichs zwischen den Kriegführenden hat zwar den Ausdruck der Konflagration auf dem Balkan nicht hinstandhalten können, aber immerhin verhindert, daß die ohnedies ernste Lage noch weiter kompliziert werde. Auch von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir daher das Zustandekommen des Friedensvertrages von Lausanne willkommen heißen. Gelegentlich meiner kürzlichen Anwesenheit in Italien konnte ich mich überzeugen, daß unsere Haltung hinsichtlich des vom Königreich mit der Türkei geführten Krieges nicht nur seitens der Regierung, sondern auch von der Bevölkerung voll und ganz gewürdigt wird. Die sympathische Aufnahme, welche mir in verbündeten Königreichen zuteil wurde, möchte ich nicht in letzter Linie auch auf diesen Umstand zurückführen. Der Widerhall aber, den diese Stimmung bei uns gefunden hat, kann als Würdigung für eine neue Festigung des Allianzverhältnisses, michin auch des Dreibundes dienen.

Sehr ernst hat sich die Lage im nahen Orient gestaltet, wo sämtliche Balkanstaaten zu den Waffen gegriffen haben. Es ist Ihnen bekannt, daß sich die Diplomatie der Großmächte auf Anregung Herrn Poincarés seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten angelegt hat, durch wechselseitige Fühlungnahme die Möglichkeit anzubahnen, in einem gegebenen Zeitpunkt vermittelt aufzutreten und dadurch die Grenzen des Krieges einigermassen abzukürzen. Wie haben im englischen Einvernehmen mit unseren Verbündeten und in reger Fühlung mit Rußland und England an diesem Gedankenaustausch teilgenommen und befinden uns auch derzeit in Kontakt mit den Mächten, überzeugt, auf diesem Wege dem auch bei uns allgemein gehegten Wunsche zu dienen, daß der Brand nicht bald gelöscht werde.

Der bisherige Verlauf des Krieges hat den Balkanstaaten große Erfolge gebracht; Erfolge, unter deren Einfluß dieselben ihr selbst-erwähltes Ziel wesentlich verrückt haben. Während ursprünglich die Einführung von administrativen Reformen, welche die Lebens- und Existenzbedingungen der Stammesgenossen im osmanischen Reich verbessern sollten, das Postulat der Balkanstaaten gebildet hatte und als solches auch in den Kriegsmotiven zum Ausdruck ge-

kommen war, sind gegenwärtig die Aspirationen der Verbündeten viel weitgehender Natur und mit dem Prinzip der Integrität der Türkei nicht mehr vereinbar. Für unsere Politik, die von keiner Expansionsstendenz beeinflusst wird, kann nur die Sorge maßgebend sein, das Bedürfnis nach Erhaltung des Friedens mit der obersten und auferlegenden Pflicht zu vereinigen: die Interessen der Monarchie vor jeder Einbuße zu schützen. Wir haben durch unsere bisherige Haltung gegenüber den Kriegsergebnissen eine Zurückhaltung und Mäßigung bewiesen, die auf allerorts gewürdigt worden ist. Wir gedenken auch weiterhin auf diesem Wege zu verharren, im Bewußtsein der uns innewohnenden Kraft, die die volle Sicherheit bietet, daß wir unserer Stimme Geltung verschaffen können. Ich zweifle nicht daran, daß dies uns möglich sein wird, ohne mit den berechtigten Ansprüchen anderer in Widerstreit zu geraten. Wir sind bereit, der durch die Siege der Balkanstaaten geschaffenen neuen Situation in weitgehender Weise Rechnung zu tragen und so die Grundlagen zu einem dauernden, freundschaftlichen Einvernehmen zu schaffen. Andererseits aber haben wir auch das Recht zu verlangen, daß die legitimen Interessen der Monarchie durch eine Neuregelung der Dinge keinen Schaden erleiden. Die ruhige und maßvolle Haltung des uns engbefreundeten Königreiches Rumänien war für den Verlauf der Ereignisse von nicht zu unterschätzender Bedeutung, und wir hoffen, daß seine auf der geographischen Lage beruhenden, namhaften Interessen Berücksichtigung finden werden. Ich bin bemüht gewesen, Ihnen, soweit dies mir unter den gegebenen Umständen möglich war, ein übersichtliches Bild der augenblicklichen Lage zu geben und möchte nur noch die Bitte an Sie richten, das Vertrauen, welches Sie mir bei früheren Anlässen geschenkt haben, in diesem ersten Momente dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß Sie sich mit meinen knapp bemessenen Ausführungen begnügen und davon absehen wollen, auf einer Erörterung derselben im einzelnen zu bestehen, die bei dem heillosen Charakter der in Schwere befindlichen Verhandlungen meine Aufgabe nicht zu erleichtern geeignet wäre.

Die Ausführungen des Ministers wurden wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen und ihrer ganzen Tendenz nach sehr sympathisch aufgenommen. Am Schluß erteilte lebhafter Beifall und Handklatschen. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Oesterreichische Belagerungen für Serbien.

Wien, 5. November. Das „Fremdenblatt“ schreibt: Die serbische Armee hat in einer Reihe von Gefechten und Schlachten Erfolge erzielt, die geeignet sind, sie mit hohem Selbstvertrauen zu erfüllen. Besonders anerkennenswert ist die durch Augenzeugen verbürgte Tatsache, daß die serbischen Truppen auch nach den erbittertesten Gefechten gute Disziplin zeigten und, offenbar der Weisung ihrer Vorgesetzten folgend, die Gefangenen und die nichtserbische Bevölkerung gut behandelten. Dieses Verhalten der Serben hat dazu beigetragen, den Serben Sympathie zu werden und sie außer im Besitz kriegerischer Tugenden auch in dem zivilisatorischen Fähigkeiten zu zeigen. Da die Serben nunmehr an der Grenze autonomlos von Albanesen bewohnter Gebiete angelangt sind, muß schon jetzt die ganz bestimmte Erwartung ausgesprochen werden, daß Serbien den Schwierigkeiten, die bei den historischen Charaktereigenschaften des national sehr empfindlichen Albanesevolkes als unüberwindlich angesehen werden müssen, von vornherein aus dem Wege gehen wird. Schon die elementarste Gerechtigkeit verlangt, daß das von den Serben so hoch gehaltene Prinzip: „Der Balkan den Balkanvölkern!“ auch den Albanesen zugute komme. Der Unabhängigkeitswille der Albanesen ist ein Faktor, mit dem vernünftigerweise und zwar rechtzeitig gerechnet werden muß.

Grey über die Balkansituation.

London, 5. November. Im Unterhause fragte King den Staatssekretär Grey, ob er gehört habe, daß die Balkanverbündeten bereit seien, mit der Türkei über den Frieden zu verhandeln, aber nicht geneigt seien, Friedensunterhandlungen mit den Großmächten anzunehmen, weiter ob mit Rücksicht auf ihre Siege das Recht der Balkanverbündeten, der Türkei Friedensbedingungen vorzuschreiben, vollkommen anerkannt werden würde. Sir Edward Grey erwiderte: Ich habe eine Andeutung über das, was King im Sinne hat, von den Balkanstaaten nicht empfangen. Soviel ich weiß, will bisher mit Rücksicht auf das Ergebnis des Krieges niemand den Balkanstaaten das Recht streitig machen, die Bedingungen aufzustellen, unter denen sie zum Friedensschlusse bereit sind. (Beifall bei den Ministern.) Und ich glaube nicht, daß die Großmächte langsamer gewesen sind oder langsamer sein werden als irgend jemand, ihre eigenen Anschauungen dem Gang der Ereignisse anzupassen. Morrell fragte, ob bereits irgendein Vorschlag irgendeiner der Großmächte, die in der Lage seien, eine Vermittlung anzubieten, vorläge, um die kriegführenden Parteien zu versöhnen, wie das z. B. seitens Amerikas beim Abschluß des russisch-japanischen Krieges der Fall gewesen sei. David Mason fragte, ob die Fortsetzung des Vorschlags telegraphisch habe, sie möchten die Großmächte davon unterrichten, der Türkei werde jede Aktion, die auf die Einrückung der Feindseligkeiten abzielt, willkommen sein. Sir Edward Grey erwiderte: Es ist natürlich wahr, daß die Worte an die Mächte appelliert hat, aber ich möchte betonen, daß, obwohl diese Mächte zurzeit ihre Meinungen austauschen, es für die Mächte eine sehr heikle Angelegenheit ist, zwischen zwei Kriegführenden zu vermitteln, wenn sie es nicht auf Ansuchen beider Parteien tun.

Staatssekretär Grey erklärte in Verantwortung weiterer Anfragen: Der Bericht einiger Zeitungen, daß die britische der bulgarischen Regierung eine Warnung irgendwelcher Art habe zukommen lassen wegen der Bewegungen und Absichten der britischen Schiffe, ist durchaus unwahr. Die Bestimmung der Schiffe ist gestern von Asquith angegeben worden. Sie ist, wie ich glaube, genau dieselbe, wie die der Schiffe, welche die anderen Nationen abgesandt haben oder absenden werden, um das Leben ihrer Landsleute zu schützen. Ueber die Ausdehnung der Schiffe haben sich die Mächte verständigt gemäß den Ansichten, die die Konstantinopeler Votschaffler einschlehtlich des englischen zum Ausdruck gebracht haben. Soviel ich weiß, ist die Lage in Konstantinopel so wie gestern. Sie kann dahin aufgefaßt werden, daß Besorgnis vor künftigen Entwicklungen besteht, wenn der Krieg sich den Toren Konstantinopels nähert. Bisher ist es in der Stadt selbst zu keinerlei Unzuträglichkeiten gekommen.

Die sozialistische Kammerfraktion und die französische Regierung.

Paris, 5. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die sozialistische Fraktion beschloß, Mittel zu suchen, um mit der Regierung zu einem Austausch der Erklärungen über die Balkansituation zu kommen. Eine Subkommission, bestehend aus Jaurès, Sembat, Bailliant, Laugel und Laparte, soll die orientalischen Ereignisse verfolgen,

In der Kammer forderte Genosse Aubriot, daß, wenn die Kammer eine Debatte über die auswärtige Lage nötig habe, diese allem anderen vorangehe. Poincaré erwiderte, daß er Interpellationen zur Verfügung stehe, sobald er sich vollständig erklären könne.

Der „Temps“ sagt offiziell, daß die Antwort Oesterreichs sich dahin resumieren lasse, daß sie auf der Frage vorbeigehe ohne zu antworten.

Die Flottenaktion der Großmächte.

Die Durchfahrt durch die Dardanellen.

Konstantinopel, 5. November. Ein Trade wurde veröffentlicht, durch das die Durchfahrt eines Panzerkreuzers für jede der Großmächte mit Ausnahme von Italien durch die Meerengen gestattet wird; der Panzerkreuzer soll als zweiter Stationär für den Votschaffler dienen. Das Trade ist bereits den Kommandanten der Meerengen des Bosporus und der Dardanellen mitgeteilt. Die Kreuzer treffen morgen ein.

Konstantinopel, 5. November. Ein zweites Trade des Sultans gestattet einem italienischen Kreuzer als Stationär der Votschaffler die Durchfahrt durch die Dardanellen. — Der Kreuzer „Aspern“ trifft morgen als Stationär der österreichisch-ungarischen Votschaffler hier ein.

Schiffsbewegungen.

Wien, 5. November. Die erste Division des österreichisch-ungarischen Geschwaders wird als ersten Hafen Smyrna anlaufen.

Syria, 5. November. Hier sind gestern drei französische Kriegsschiffe eingetroffen. Sie erwarten weitere Befehle.

Die Internationale gegen den Krieg.

Außerordentlicher Parteitag in Frankreich.

Anfang Dezember wird ein außerordentlicher Parteitag in Frankreich stattfinden, der sich mit der internationalen Lage beschäftigen soll.

In Mannheim

erhob nach einem Referat des Genossen Frank eine von 6000 Personen besuchte Versammlung scharfen Protest gegen die Haltung der deutschen Regierung zur Teuerung und gegen die Kriegsböcke.

Der Protest der Schweizer Arbeiterschaft.

Bern, 4. November. (Fig. Ver.) In der Schweiz haben gestern die Versammlungen gegen den Krieg begonnen. Die Parteileitung forderte in einem Aufruf gemeinsam mit der gewerkschaftlichen Landeszentrale zur Einberufung von Versammlungen auf. In Bern formierte sich am Sonntagmittag ein Demonstrationsszug, der circa 6000 Personen zählte. Vor etwa 10000 Personen sprachen dann in der städtischen Reitschule die Nationalräte Studer und Grimm und der Redakteur Bianchi aus Mailand über das Thema „Krieg und Teuerung“. Eine Versammlung fand auch in Luzern statt; weitere Protestkundgebungen sind angefangen in Basel, Referent Dr. Frank-Mannheim.

Ueber die Ursachen der Kriegsbegeisterung in den unteren Volkschichten Bulgariens.

schreibt man dem sozialdemokratischen Pressebureau aus Sofia:

Der Kriegstrauch hat alle Schichten des bulgarischen Volkes erfasst; auch die politisch ganz indifferenten Bauern laufen von Feld und Hof weg, lassen die zum Teil noch nicht ganz eingebrachte Ernte im Stich, um am Krieg teilzunehmen. Und mit den Arbeitern verhält es sich genau so. Die Arbeit stockt zwar überall und man könnte annehmen, daß die Arbeitslosigkeit die Arbeiter zum Eintritt in das Heer treibt. Aber die augenblickliche wirtschaftliche Lage ist doch nur ein untergeordnetes Motiv der Kriegswut; die Volksmassen beherrscht das instinktive Gefühl, daß die Lösung der mazedonischen Frage, die Befreiung Mazedoniens, gleichzeitig die Befreiung des bulgarischen Volkes von einer ganzen Menge von Lasten, die mit der mazedonischen Frage verbunden sind, bedeutet. Die ständigen Unruhen an der türkisch-bulgarischen Grenze sind immer zum Vorwand bei der Schaffung einer bulgarischen kriegsbereiten Armee genommen worden; die Entwicklung des Militarismus in Bulgarien ist fast ausschließlich der mazedonischen Frage zuzuschreiben. Von Jahr zu Jahr wächst das Kriegsbudget, das jetzt fast ein Drittel des ganzen Staatsbudgets bildet, und dementsprechend wachsen auch die Ausgaben.

Die Zusammenstöße an der Grenze stören fortwährend das friedliche Leben der Grenzbevölkerung und rufen große Unzufriedenheit unter den Volksmassen hervor. Aus Mazedonien kommen Tausende von Flüchtlingen und Arbeitslosen nach Bulgarien und brüden natürlich auf den Lohn. Außerdem arbeiten bei den unsicheren Verhältnissen viele mazedonische Arbeiter in Bulgarien nur einige Monate und kehren dann nach ihrer Heimat zurück. Dies schadet wieder den bulgarischen Arbeiterorganisationen sehr; die Fluktuation macht den Mitgliederbestand schwankend und hindert eine ruhige, dauerhafte Entwicklung. Die mazedonischen Arbeiter wollen obendrein von nichts außer der mazedonischen Frage hören. Dieser Zustand mußte in den proletarischen Massen große Unzufriedenheit hervorgerufen.

Nieht man nun noch in Betracht, daß in Bulgarien sich augenblicklich etwa 250 000 mazedonische Emigranten befinden, die eine leidenschaftliche Propaganda für Befreiung ihrer jenseits der Grenze gelagerten Heimat machen, daß einige politische Parteien aus eigenmächtigen Erwägungen formwährend schüren und daß schließlich die ständigen Verfolgungen und Missetaten in Mazedonien das Mitleid der Massen erregen — so versteht man, daß die Volksmassen in den jetzigen Aufreue hineinkommen konnten.

Die mazedonische Misere brüde so schwer auf das bulgarische Volk, daß einzelne bulgarische Sozialisten erklähr die Frage ventilierten, ob es nicht besser wäre, wenn Oesterreich einmal für immer Mazedonien annektierte.

Das ist die psychologische Erklärung der Volksstimmung diesem Kriege gegenüber. Man ist der Meinung, daß, wenn nach der Mobilisation die bulgarische Regierung zurückgewichen und alles beim alten geblieben wäre, die Revolution in Bulgarien die Folge gewesen sei. An die Möglichkeit von Reformen glaubt niemand mehr, weil nicht nur in der mazedonischen, sondern auch in den albanischen, armenischen und anderen Fragen sich gezeigt hat, daß die türkische Regierung nichts reformieren kann. Und deshalb werden „Reformen“ auf der Grundlage des territorialen Status quo für einen lösen Scherz gehalten. Hier herrscht die feste Ueberzeugung, daß, welches auch immer der Ausgang des Krieges sein möge, er die radikale Lösung der mazedonischen Frage herbeiführen müsse.

„Man hält uns vor Augen,“ — sagte mir der zweite Präsident des bulgarischen Parlamentes — „daß der Krieg uns große Verluste

Von Menschen und Geld verursacht wird. Über diejenigen, die so urteilen, vergessen, daß die mazedonischen Bulgaren in den letzten 25 Jahren bedeutend mehr Menschenleben geopfert haben, als ein großer Krieg kosten kann. Und es ist ganz unnützlich, den Schaden abzuschätzen, den der mazedonische Schrecken dem wirtschaftlichen Leben des Landes gebracht hat."

Die nordamerikanische Präsidentschaftswahl.

New York, 24. Oktober. (Fig. Ber.)

Je näher der Wahltag (5. November) heranrückt, desto toller wird das Hossenspiel, welches die Hintermänner der bürgerlichen Parteien in dem politischen Kasperletheater aufzuführen lassen, die Wähler zu betören.

Mit welchem Brüllens der Ueberzeugung verkünden die Demokraten, die Republikaner und die unter den Namen „Bull Moose“ und „Progressive“ bekannnten Anhänger Roosevelts ihre „Programme“!

Der Herr besiehlt, der Knecht gehorcht. Wer bezahlt, ist Herr. Nun werden aber die Kriegskassen der Demokraten, der Republikaner und der Bull Moose aus der gleichen Quelle, der Schatzkammer der Hochfinanz, gespeist. Von allen Bewerbern um die Präsidentschaftskandidaturen zahlten der Demokrat Wilson, der Republikaner Taft und der Bull Moose Roosevelt die höchsten Preise — aus den Taschen von Multimillionären. Sie galten den Trustmagnaten von allen innerhalb ihrer resp. Parteien in Betracht kommenden Männern als die genehmigten Kandidaten und wurden daher aufgestellt.

In Baltimore die Kandidatur zu erlangen, wendete Wilson 208 000 Dollar auf. Von den republikanischen Anwärtern hatte Roosevelt mit 825 000 Dollar (3 300 000 M.) die größten Ausgaben. In weitem Abstande folgte Taft mit nicht ganz die Hälfte dieser Riesensumme. Wenn er dennoch mit knapper Not als Präsidentschaftskandidat wieder aufgestellt wurde, so verdankt er es dem Umstande, daß zahlreiche Parteitagdelegierte als abhängige Bundesbeamte für ihn stimmen mußten.

Roosevelt hatte sich in allen seinen früheren Stellungen, namentlich als Gouverneur des Staates New York und als Präsident der Vereinigten Staaten, als allezeit willfähriger und ergebener Diener des Stahltrusts und anderer kapitalmächtiger Rauborganisationen erwiesen. Drum brauchte er auch nach dem republikanischen Parteitage nicht in der Verfassung zu verschwinden.

Millionen von Dollars wurden für den Raubreiter aufgebracht. Dieser gründete eine neue Partei und suchte durch ein radikales, ausgesprochen sozialpolitisches Programm der rasch aufstrebenden Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen. Fast alle sozialistischen Gegenwartsforderungen verleihte er seiner Plattform (Programm und Wahlauftrag zugleich) ein. Dabei hat der sich im Wahlkampf — vom bürgerlichen Standpunkt aus gesprochen — ultra-radikal gebärdende Roosevelt in seinem ganzen verklossenen Leben sich aus aller Kraft jedem Fortschritt entgegengestellt, die Arbeiterschaft mit dem verbohrtten Hass des Fanatikers verfolgt und Geseh wie Verfassung und Gemeinwohl mit frechem Hybris im Dienste des Großkapitals niedergetreten.

Wilson, der als Universitätsprofessor der Nationalökonomie der Gewerkschaftsbewegung die Daseinsberechtigung absprach und noch im letzten Frühjahr als Gouverneur von New Jersey duldete, daß in Perth Amboy, Passaic und anderen Fabrikstädten die als Privatpolizisten geworbenen Verbrüderbanden, von den Unternehmern auf Streikende losgelassen, im Dienste der „guten Sache“ ungestraft kaltblütige Morde verübten, sucht nunmehr als Präsidentschaftskandidat den Raubreiter Roosevelt noch in „Arbeiterfreundlichkeit“ zu übertrumpfen. Immer volkstümlicher gebärden sich die demokratischen und die progressiven Kräfte im Streit. Gleichzeitig aber wissen sie in rückständigen Gegenden den konservativen „Staatsmännischen“ Geist hervorzuheben. Und darin liegt das erheitende Moment der zur Ausführung gelangenden Riesenschauspiele. Die Republikaner betreiben sich rebellisch, es den anderen nachzumachen. Aber im Vergleiche zu ihren beiden Konkurrenten sind sie elende Stümper. Weiter als bis zu der verlogenen Redensart vom Ausgleich der Klassengegensätze, von der Gemeinamkeit der Interessen aller Stände und dem aus dem Hochschulzoll für die werktätige Bevölkerung fließenden Segen bringen sie es nicht.

So verschieden die kapitalistischen Parteien in ihrem Auftreten sind, so gleichartig volks- und vor allem arbeitserfeindlich sind ihre Absichten. Sie alle kämpfen für das moderne Raubrittertum der Hochfinanz. Steht doch oft derselbe Finanzakrobat hinter jeder der drei bürgerlichen Parteien. So gab Charles R. Crane-Chicago nach seiner eigenen Angabe zur gleichen Zeit wöchentlich viele Tausende von Dollars für die Förderung der Kandidaturen von Roosevelt, Wilson und Taft. Nicht prinzipielle Fragen, nur dem Platz an der Bundes- und Staatskippe gilt der Kampf, den das politische Freibeutertum mit leidenschaftlicher Erbitterung untereinander führt.

Wenn es auch demokratischer, insbesondere aber progressiver Demagogie gelingen wird, die Stimmen des radikal gerichteten, aber noch nicht klassenbewußten Teils der Arbeiterschaft, der unter anderen Umständen für unseren Kandidaten eingetreten wäre, für Wilson und Roosevelt zu gewinnen, so darf doch auch auf eine beträchtliche Zunahme unserer Stimmen gerechnet werden. 1908 vereinigte Genosse Debs 420 792 Stimmen auf sich. Damals wurden 40 000 politisch organisierte Genossen gezählt, während es jetzt deren 150 000 gibt.

Unsere zielbewusste Agitation wie der sich fortwährend verschärfende, immer klarer zutage tretende Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter haben in zweifacher Hinsicht ihre Früchte getragen. Einmal wuchs die Zahl der Sozialdemokraten, sodann wurden die Massen radikaler. Die radikale Strömung in den eigenen Stammeisern zu leiten, führen die bürgerlichen Parteien das Hossenspiel auf, welches für den diesjährigen Wahlkampf so charakteristisch ist. Sie sind ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Indem sie mit sozialistischen Forderungen Stimmenfang treiben, gewinnen sie für dieselben Wählerkreise, welche für uns noch auf lange Zeit unerreicht geblieben wären. Sie besäen den Boden und machen ihn empfänglich für unsere Saat. Und das alles, um der Sozialdemokratie vorübergehend Abbruch zu tun.

Ob und in welchem Umfang es ihnen gelingt, am 5. November die Wahl sozialistischer Volksvertreter zu hintertreiben, bleibt abzuwarten. Vorläufig läßt sich nur sagen, daß unsere Versammlungen in allen Teilen des Landes über alles Er-

warten gut verliefen, und daß die Genossen Debs und Seidel, Präsidentschafts- bzw. Vizepräsidentschaftskandidat, von dem glänzenden äußeren Erfolg ihrer Agitation im Norden und Süden, im Osten und Westen überragt sind.

Wo immer die Wahl eines Sozialisten ernstlich in Betracht kommt, machen die bürgerlichen Parteien gemeinsame Sache. Um die Wiederwahl des Genossen Berger im 5. Wisconsiner Kongresswahlkreis und den Verlust des 4. Wisconsiner Wahlkreises an den Genossen Gaylord zu verhindern, schlossen Demokraten, Republikaner und Rooseveltianer ein Bündnis. Rein zahlenmäßig an dem Ergebnis der Kongresswahlen von 1910 gemessen, wäre der Wahlausgang sicher, das Schicksal der Kandidaturen Bergrers und Gaylords besiegelt.

Vor zwei Jahren siegte Berger mit 13 497 Stimmen über den Republikaner Cochens, der 13 147, und den Demokraten Carnes, der 8433 Stimmen erhielt. Gaylord unterlag mit 11 814 Stimmen, während der siegreiche Republikaner Cary 12 261 und der Demokrat Kershaw 8081 Stimmen auf sich vereinigte.

Die Taktik, sich bei der Wahl des Präsidenten bitter zu befeinden, und bei der am gleichen Tag und auf dem gleichen Stimmzettel vorzunehmenden Erklärung von Repräsentanten gegen den verbohrtten roten Feind zusammenzugehen, muß wenigstens einen Teil der bürgerlichen Wähler stutzig machen. Die im letzten Frühjahr in Milwaukee vorgenommenen Kommunalwahlen zeigten von einem starken Wachstum der Sozialdemokratie. Zudem erlangten die beiden Kongressdistrikte bei der kürzlich vorgenommenen Neueinteilung der Wahlkreise durch das Ausschneiden der Milwaukee benachbarten Ortschaften einen rein städtischen Charakter. Daher ist die Forderung, Wisconsin 5 zu behaupten und Wisconsin 4 zu erobern, nicht ganz unberechtigt.

Ganz besondere Anstrengungen machen die Sozialisten noch in Cleveland (Ohio 12), Los Angeles (Kalifornien 7), dem 3. Kongressdistrikt von Kalifornien, dem 12. New Yorker Distrikt (Stadt New York) und dem 23. New Yorker Distrikt (Schenectady-Albany).

In Cleveland erhielten 1910: Bachman (Soz.) 11 142, Ronnid (Dem.) 15 131, Taylor (Republ.) 17 696 Stimmen. Zwei Jahre vorher (1908) waren nur 1211 sozialistische Stimmen gezählt worden. In Los Angeles vereinigte Genosse Job Harriman im letzten Jahre trotz des McClamarrummels bei der Bürgermeisterwahl über zwei Fünftel aller abgegebenen Stimmen auf sich. Die Industriestadt Schenectady erwählte in der Person des Genossen Dunn einen sozialistischen Bürgermeister.

Daß die Zahl unserer Vertreter in den einzelstaatlichen Parlamenten eine Steigerung erfährt, scheint sicher zu sein.

New York, 5. November. (W. T. W.) Heute finden außer der Präsidentschaftswahl auch Kongresswahlen statt. In vielen Staaten finden gleichzeitig Staatswahlen, die Wahlen von Gouverneuren und sonstigen Staatsbeamten sowie Staatslegislativmitgliedern statt. Infolge des Umstandes, daß in diesem Jahre mit einer dritten großen Partei — der Rooseveltischen — zu rechnen ist, wird die Stimmengählung kaum so rasch wie in früheren Jahren erfolgen können. In vielen Staaten, in denen bisher Stimmengählmaschinen im Gebrauche waren, sind sie heute wegen des komplizierten Wahlzettels nicht in Benutzung. Es wird noch vielfach behauptet, daß es keine Ueberzählung wäre, daß keiner der drei Hauptkandidaten für das Weiße Haus: Taft, Wilson, Roosevelt, eine Majorität der Stimmen des Wahlmännerkollegiums erhalte; in diesem Falle müßte dann das Unterhaus des Kongresses den Präsidenten wählen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. November 1912.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus besprach am Dienstag zunächst eine nationalliberale Interpellation über die Ausführung des Privatbeamten-Versicherungsgesetzes. Die Debatte, in die u. a. Genosse Leinert eintritt, zeigt, wie große Unklarheiten über dieses so hastig vom Reichstage verabschiedete Gesetz bestehen und welcher Bureaukratismus bei den mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden herrscht. Treffend war die Antwort, die der Handelsminister S y d o w den Interpellanten zuteil werden ließ. Wenn wir auch mit den sonstigen Ausführungen des Regierungsvertreeters nicht übereinstimmen, so müssen wir ihm doch darin beipflichten, daß die Schuld an der so schnellen Erledigung und demzufolge unklaren Fassung des Gesetzes in erster Linie die nationalliberale Reichstagsfraktion trifft, die mit Rücksicht auf die damals bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage die Zeit der Verabschiedung gar nicht erwarten konnten. Als freiwilliger Regierungskommissar spielte sich Herr R u g d a u auf, dessen Jungfernrrede auf eine Verherrlichung des Gesetzes hinauslief. Ihm erwiderte in sachkundiger Rede Genosse Leinert, der nachwies, daß das Privatbeamten-Versicherungsgesetz nichts weniger als eine große sozialpolitische Tat ist und daß durch die Ausführungsbestimmungen das wenige Gute teilweise in sein Gegenteil verkehrt ist.

Den Rest der Sitzung nahm die Beratung eines nationalliberalen Antrages betreffend Förderung des Obst- und Gemüsebaues in Anspruch, der bereits zur Staatsberatung gestellt, der Budgetkommission überwiesen und von dieser zur Annahme empfohlen war. Ueber die Notwendigkeit einer systematischen Förderung des Obst- und Gemüsebaues herrschte unter allen Parteien Einmütigkeit. Auch Genosse H o s s m a n n trat namens der Sozialdemokraten für den Antrag ein, er verlangte die Bereitstellung einer möglichst hohen Summe für diesen Zweck und benutzte die Gelegenheit, mit dem Landwirtschaftsminister und den Agrariern abzurechnen. Mit seiner Ironie geizelte er die kürzlich seitens des Ministers an die Arbeiter ergangene Aufforderung, nicht so viel Fleisch zu essen, unter großer Heiterkeit des Hauses zog er einen Vergleich zwischen dem Menu des Ministers, der nur dreimal wöchentlich Fleisch ist und dem der Arbeiter. Der Sozialistenführer S t r o s s e r, der sich nicht enthalten konnte, wie in allen Fragen, so auch in diese hineinzureden, wurde von unserem Genossen gründlich abgefertigt. Der Antrag selbst gelangte einstimmig zur Annahme.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die erst am Montag stattfindet, steht das Sportfessengesetz in dritter und der Antrag Hammer betreffend Besteuerung der Warenhäuser in zweiter Lesung.

Wotzo zu Eulenburg.

Der Staatsminister und ehemalige preussische Ministerpräsident Graf Wotzo zu Eulenburg ist am Dienstag früh im Alter von 81 Jahren gestorben. Eulenburg wurde 1878 Oberpräsident der Provinz Hannover und 1878 Minister des Innern unter Bismarck.

Als Ureaktionär war er einer der eifrigsten Mitarbeiter für das Sozialistengezei. Er selbst geriet er einige Jahre später mit Bismarck in Konflikt. Der Reaktionär in Großfolio entledigte sich seinerzeit in recht auffälliger Weise seines kleineren Kollegen. Auf eine Anfrage v. Kleist-Dehnow gab Eulenburg im Herrenhaus eine Erklärung ab. Darauf erhob sich ein Geheurnat Kommel und gab namens des Ministerpräsidenten v. Bismarck eine Erklärung ab, die fast das Gegenteil belegte. Der dergestalt brüskierte Minister des Innern mußte natürlich gehen. Eine Zeitung blieb das Wort von dem Obermeltwerden schuldig. — Nachdem Eulenburg als Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau eine Zeitung als beschautes Dasein geführt hatte, wurde er 1892 von Caprivi, dem Nachfolger Bismarcks, in die Stellung des preussischen Ministerpräsidenten lauziert. Zwei Jahre später jedoch geriet auch der neue Reichsminister in Konflikt mit Eulenburg, als deren Opfer zunächst der preussische Ministerpräsident fiel, um jedoch bald darauf Caprivi nach sich zu ziehen.

Eine bekannte Kriegswarnung.

Ein originelles Pech ist dem Genossen Ströbel widerfahren. Ein Passus seiner Rede über den Wagenmangel auf den preussischen Eisenbahnen ist in den Berichten der bürgerlichen Presse so wiedergegeben worden, als ob er Besorgnisse geäußert habe, der Wagenpark der preussischen Eisenbahnen könne am Ende für einen Kriegszustand nicht ausreichen. Und der ebenso phantasiebegabte wie gemüthvolle Parlamentsplauderer der „Tägl. Rundschau“ appliziert unserem Genossen beinahe einen alteutschen Verbrüderungsschmaß, indem er schreibt:

„Herr P a h n i d e gräbt das Kriegsbeil aus. Wenn in Friedenszeiten die Dinge schon so schlimm ständen, was sollte dann im Kriege werden? ... Auch Herr Ströbel pflanzt wie Dietrich von Bern das Panier des germanischen Kriegsgedankens auf. Man kann ihm nur weitere Fortschritte auf diesem Gebiete wünschen.“

Wir können unseren Genossen gegen dies Färlchlechtsattentat erfreulicherweise in Schutz nehmen, denn er hat das „Panier des germanischen Kriegsgedankens“ nicht nur nicht „aufgepflanzt“, sondern gerade im Gegenteil auf die volkswirtschaftliche Katastrophengefahr eines Krieges hingewiesen. Nach dem — selbstverständlich unkorrigierten! — amtlichen Stenogramm jagte er nämlich:

„Interessant war es ja, von dem Minister zu hören, daß beispielsweise auch die Vermehrung der Transporte für die Firma Krupp mit dazu beigetragen hat, daß eine solche Verkehrshinderung und ein solcher Wagenmangel eingetreten ist. Es war mein Herr Vorredner Dr. P a h n i d e, der darauf hinwies, was denn einmal bei uns eintreten möchte, wie die Ballanreise vielleicht eine europäische Krise hervorrufen würde und welche kolossalen Störungen dann erst eintreten würden, wenn in noch viel höherem Maße vielleicht von der Militärverwaltung die Wagen beansprucht würden. Da ist es auch ganz interessant, daran zu erinnern, daß es ein Mitglied des Hauses war, das in der Kommission ausgesprochen hat, daß ein Kriegszustand allein dem Eisenbahnstudium einen täglichen Ausfall in Höhe von mehr als drei Millionen Mark verursachen würde, sodah, wenn ein solcher Krieg monatelang dauern würde, allein in den Einnahmen der Eisenbahnverwaltung ein Rückgang von Hunderten und Aberhunderten von Millionen Mark eintreten würde und schon dieser kolossale Ausfall an Einnahmen allein katastrophal wirken müßte.“

Uebrigens war auch die Bemerkung des Eisenbahnministers ebenso deplaciert, daß die preussischen Eisenbahnen jedem Kriegszustand gewachsen seien. Daran, daß sie nötigenfalls die Truppen-, Munitions- und Provianttransporte bewältigen könnten, zweifelt natürlich kein Mensch. Ebenso zweifellos ist aber, daß ein Krieg mit seiner Beanspruchung des Bahnmateriale den ganzen Verkehr lahmlegen und — allein durch den Einnahmeausfall der Eisenbahnverwaltung — die Staatsfinanzen total zerrütten würde!

Zu dem freisinnig-nationalliberalen Landtagswahlabkommen in Nordhausen.

wird und geschrieben:

Das Abkommen, das der Nordhäuser Freisinn mit den Nationalliberalen getroffen hat, ist besonders bemerkenswert. Die Nordhäuser Nationalliberalen zeichnen sich durch ganz besondere Feindschaft gegen eine fortgeschrittene Wahlreform, insbesondere gegen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht aus. Außerdem müssen die freisinnigen Führer wissen, daß der Kreis Nordhausen der Reaktion nur vorenthalten werden kann, wenn die Sozialdemokraten den Gegnern der Reaktion zu Hilfe eilen. Bei strenger Einhaltung der Wahlvorschriften wäre die Majorität Bismers schon bei der letzten Wahl auf einige Stimmen zusammengeschmolzen. Die Konservativen entfalten schon jetzt eine rege Arbeit. Es ist wahrscheinlich, daß sie mit Hilfe aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ihre Wahlmännerzahl vermehren. Und die Sozialdemokratie, die in der Zeit von 1903—1908 ihre Wahlmännerzahl von 6 auf 20 erhöhte, wird sicher auch 1913 einen erheblichen Zuwachs erhalten. Der Liberalismus hat aber gar keine Aussicht, seine Lage zu bessern. Es liegt sicher in der Hand der Sozialdemokratie, wie der Kreis Nordhausen im preussischen Abgeordnetenhaus vertreten sein wird.

Ob es besonders klug von den Freisinnigen ist, unter Verschimpfung der Sozialdemokratie mit einer Partei zu kompromittieren, die in diesem Bezirk vor einigen Tagen offiziell durch einen ihrer Abgeordneten erklärt ließ, daß für sie das gleiche, allgemeine Wahlrecht für den Landtag nicht in Frage käme, möchten wir bezweifeln.

Ein Magistrat als Unternehmerantw.

Bayern scheint sich den Ruhm erwerben zu wollen, in reaktionären Absonderlichkeiten das Land der unbegrenzten Möglichkeiten zu werden. Vom Ministerium Hertling bis herab zu den Magistratskollegen der kleinsten Städte wird offenbar danach getrachtet, den preussischen Polizeigeist möglichst noch zu überirumpfen. Denn was sich am letzten Donnerstag das Magistratskollegium der im Wahlkreis Hof gelegenen kleinen Stadt Schwarzenebach a. S. geleistet hat, dürfte wohl einzig dastehen. In diesem kleinen Städtchen streiten nämlich die Textilarbeiter. Wie es selbstverständlich ist, verhandeln die Streikenden die Arbeitswilligen von ihrem die Arbeiterfrage und sich selbst schädigenden Tun abzugeben und sie zwar Anschlag auf den Streik zu bewegen, um die gestellten Forderungen durchzubrüden. An dieser Auflösungsarbeit beteiligte sich nun in Schwarzenebach a. S. auch ein Lagerhalter des Konsumvereins, der zugleich sozialdemokratischer Gemeindevorstandsmittler ist. Diese Mittellat konnte die erste „Kammer“, die sich offenbar zur Wadenehung der Unternehmerinteressen berufen fühlt, nicht ungerührt lassen. Sie beschloß sich in ihrer letzten Sitzung vom Freitag mit dem sündigen Gemeindevorstandsmittler, das sich nach ihrer Meinung schwer gegen die „Würde“ eines Gemeindevorstandsmittlers vergangen hatte. Schließlich beehrte das Magistratskollegium folgenden Beschluß ein:

„Dem Lagerhalter und Gemeindevorstandsmittler Wolfgang Kröger, der in der Wohnung des Laternenanzünderes Schmidt

erschien, um dessen Tochter zur Teilnahme am Streik in der Spinnerei-Aktiengesellschaft zu veranlassen, wird die Mißbilligung dafür ausgesprochen. Die Angelegenheit wird dem Kgl. Bezirksamt zur Würdigung hinübergegeben.

Dieser Beschluß wurde mit 5 gegen 1 (sozialdemokratische) Stimme angenommen.

Die verurteilten Diederhofsener Kapläne.

Wie die „Köthlinger Bürgerzeitung“ meldet, ist das Gnaden-gesuch der Diederhofsener Kapläne, die seinerzeit wegen ihres subordinationwidrigen Benehmens bei der Kontrollversammlung vom Oberkriegsgericht zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt worden sind — das Kriegsgericht hatte auf sechs Monate Gefängnis erkannt — abschlägig beschieden worden.

Jetzt wird das Geseis der Kaplanspreffe, die sonst alle Miß-handlungen von Soldaten durch Vorgesetzte systematisch verschweigt, von neuem losgehen.

Der Eisenbahnminister und die Techniker.

Kürzlich wurde berichtet, daß die Eisenbahndirektion Altona ihren Angestellten die Zugehörigkeit zum „Bund technischer-industrieller Beamten“ und „Deutschen Techniker-Verband“ untersagt habe.

Wie der „Rhein.-Westf. Ztg.“ dazu berichtet wird, geht diese Verfügung durchaus nicht selbständig von der Eisenbahndirektion Altona aus, sondern sie geht auf einen Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten zurück, der erst vor kurzer Zeit betont hat, daß die Eisenbahndirektionen auf die Zugehörigkeit ihrer Angestellten zu Vereinen zu achten haben.

Nach dem Rundschreiben des Ministers an alle Eisenbahndirektionen, schreibt dieses Blatt, ist es als unzulässig anzusehen, daß die Eisenbahner einem Verbandsangehörigen, der das Streikrecht als ein notwendiges Kampfmittel betrachtet. Nach einer neuerlichen Verfügung des Ministers sind die Angestellten sogar schon vor ihrer Anstellung darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich diesen Bedingungen unterwerfen müssen, da die Eisenbahnbetriebe aus allgemeinen nationalen Interessen ganz selbstverständlich einen Streik ihrer Angestellten nicht dulden kann. Aus eben diesem Grunde darf sie es nicht dulden, daß ihre Angestellten Vereinen angehören, die unter Umständen zum Streik auffordern. In dieser Art von Vereinen gehört der „Bund technischer-industrieller Beamten“. Auch der „Deutsche Techniker-Verband“, der früher nicht diesen Anschauungen huldigte, hat sich in letzter Zeit auf denselben Standpunkt gestellt. Das gleiche, was die Eisenbahndirektion Altona verfügte, gilt demgemäß für alle Eisenbahndirektionen der preussisch-hessischen Eisenbahn.

Katürlich ist dieses Gerede vom Streikrecht nur ein Vorwand, der das Verbot des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten rechtfertigen soll. Der eigentliche Grund des Verbotes ist, daß beide Vereine dem Minister unbenommen sind.

Oesterreich-Ungarn.

Die Kämpfe in Ungarn.

Am Dienstag begannen in Budapest die Delegationsberatungen. Die Delegationen sind die Ausschüsse des österreichischen und des ungarischen Parlaments und haben über die den beiden Staaten gemeinsamen Aufgaben (Heer, Marine, auswärtige Politik) zu beraten. Diese Sitzungen finden getrennt, umschichtig in Wien und in Budapest statt. Für die ungarischen Delegationsberatungen sind große politische Vorkehrungen getroffen worden. Ungeheure Polizeimassen halten sich im Parlament und vor dem einzigen Tore auf, durch welches der Eintritt gestattet wird. Die anderen Tore sind gesperrt. Die Opposition wird dasselbe Vorgehen einschlagen, wie bei den letzten Sitzungen in Wien. Da die ausgeperrten Abgeordneten nicht zu den Delegationsberatungen zugelassen werden, wird eine Deputation derselben von der Galerie aus Protest gegen die Beratungen erheben.

Die Opposition sagt in einem Communiqué, daß sie die Delegation nicht als gesetzlich anerkennt, daß dieselbe nicht berechtigt sei, über die auswärtige Politik zu entscheiden und irgend welche Gesetze zu erlassen. Die gefaßten Beschlüsse könnten nicht die königliche Sanction erhalten, da sie nach ungarischem Gesetz ungesetzlich seien; infolgedessen beschließt die gemeinsame Opposition, von nun an Separat-sitzungen zu halten und über die eingereichten Gesetz-vorschläge und über die auswärtige Politik separat zu beschließen und dem ungarischen Volke ihre Beschlüsse zu veröffentlichen. — Es ist daher ein Gegenparlament. Dieser Beschluß der Opposition verursacht in Regierungskreisen große Verwirrung, da die Delegation über die auswärtigen Fragen entscheidende Beschlüsse fassen will. Nun tritt die Opposition als Gegenparlament auf, und dadurch verlieren die Beschlüsse der Delegation an Kraft und Gewicht. Die Regierungsblätter bemerken sich auch lebhaft, die Opposition von ihrem Beschlüsse abzubringen, und verweisen darauf, daß es jetzt notwendig sei, daß die Völker zusammenhalten, um die Interessengemeinschaft auf dem Balkan zu wahren und der auswärtigen Diplomatie zu imponieren. — Die Opposition weist das Anerbieten zurück und besteht auf ihren Beschlüssen. Infolgedessen wird wahrscheinlich schon Mittwoch die erste Sitzung des Gegenparlamentes abgehalten werden.

England.

Eine Abshüttelung des Lord Roberts.

London, 5. November. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Acland sprach in Edmonton bei London und kam dabei auf die neuliche Rede Lord Roberts zurück. Lord Roberts, sagte er, erklärte nicht nur, daß Deutschland uns angreifen wollte, sondern er sagte etwas Schlimmeres, nämlich, daß wir in der Lage sein müssen, Deutschland anzugreifen, ehe es in einer Zeit tiefsten Friedens und ohne Ursache uns zertrümmere. Dieser Vorschlag ist grundschlecht, und nur das deutsche System, eine zweijährige Dienstpflicht, würde uns dazu in den Stand setzen. Ein solches System würde eine ungeheure Vermehrung des Heeresbedarfs bedeuten und damit den Flottentat schädlich beeinflussen. Es würde sich gleich zeigen, daß England nicht in der Lage wäre, zugleich eine überlegene Flotte und eine Armee kontinentalen Stils nach Lord Roberts Vorschlag zu erhalten. Solch eine enorme Vermehrung würde zugleich allen Plänen zu Sozial-reformen ein absolutes Ende bereiten und würde schließlich ein geradezu verbrecherisches Vorgehen und eine Herausforderung gegen alle Länder der Welt sein.

Aus der Partei.

Die Reichstagskandidatur in Essen.

Genosse Gewehr hat die Reichstagskandidatur in Essen, die er seit 1903 innehatte, niedergelegt. Grund dazu ist sein leidender Gesundheitszustand. Vor Jahresfrist hatte er eine schwere Operation durchzumachen und erst kürzlich hat er sich wieder in weitere Behandlung gegeben. Da die Reichstagskandidatur in Essen große Anforderungen an den Kandidaten stellt und Genosse Gewehr veranm., Redakt.: Alfred Dielepp, Reutl. Inzeratenteil veranm.:

auch in seiner übrigen Tätigkeit sehr beschäftigt ist, hat er sich entschlossen, schon jetzt die Kandidatur niederzulegen, damit die Essener Genossen alles ordnen können und in jedem Fall gerüstet dastehen.

Genosse Gewehr übernahm den Kreis als Nachfolger des verstorbenen Genossen Gräfer, auf den im Jahre 1903 2277 Stimmen entfallen waren. Bei der letzten Wahl erhielt Genosse Gewehr 40500 Stimmen; mit dieser gewaltigen Stimmenzahl legt er nunmehr die Kandidatur in die Hände der Essener Genossen zurück.

Konferenz der Thüringer Landtagsabgeordneten.

Im Volkshaus zu Weimar tagte am Sonntag die fünfte Konferenz der Landtagsabgeordneten Thüringens. Von den 46 Abgeordneten waren 33 erschienen. Den Parteivorstand vertrat der Genosse Frau. Es waren vertreten: Altenburg durch 3, Gotha durch 8, Reiningen durch 2, Rudolstadt durch 7, Schwarzburg-Sondershausen durch einen, Neuh jüngere Linie durch 2, Neuh ältere Linie durch 3 und Weimar durch 4 Abgeordnete. Nach einer kurzen Begrüßung durch Gen. Vaudert-Weimar gab Genosse Leber-Jena den Situationsbericht über die Tätigkeit der Fraktionen in den Einzellandtagen. Mit großer Freude konnte über ein ständiges Steigen der Zahl unserer Landtagsmandate berichtet werden. Seit 1909 stieg diese Zahl wie folgt: von 31 auf 38 im Jahre 1910, auf 40 im Jahre 1911 und in diesem Jahre auf 46. Redner verweist darauf, daß auch in Gotha nur wenig Urwahlstimmen gesammelt hätten, um das gestrige Mandat und damit die Landtagsmajorität zu erobern. Er bespricht dann eingehend die politische Situation in Rudolstadt, sodann den mangelhaften Anschluß der Einzellandtage an gemeinsame Einrichtungen, wie Oberverwaltungsgerichte, Versicherungsämter usw., und bespricht die vorbandene Verzerrtheit. Der vernünftige Gebietsaustausch zwischen den Einzellandtagen müsse von uns mehr angeregt und von uns eifrig betrieben werden. Auch für eine stärkere Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen, wie dem Kali- oder sonstigen Bergbau, spricht sich Redner aus. — Diefem Bericht folgte eine kurze Debatte, in der die Schwierigkeiten, die oft der Beschaffung gemeinsamer Institutionen entgegenstehen, geschildert wurden und in der ein systematischer Ausbau der Sammelstelle für parlamentarische Material gewünscht wird.

Genosse Vaudert-Weimar referierte über die einheitliche Verwaltung der Thüringer Kleinststaaten. Redner gibt einen interessanten historischen Überblick über die Geschichte Thüringens und zeigt an einzelnen Beispielen die Rückständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung der einzelnen Staaten. Er bespricht kurz die materiellen Hilfsquellen und verweist auf die Verwendung der Steuern. Als ein krasses Beispiel für das kunterbunte Durcheinander bezeichnet er die Forstgesetze.

Kaadem in der Debatte die Genossen B o d -G o t h a und H o f m a n n -S a a l f e l d bestimmte Vorschläge gemacht, um dem Gedanken des Zusammenschlusses der Thüringer Staaten zu einem einzigen Groß-Thüringen mehr Nachdruck zu geben, wurde ein Antrag angenommen, der die Wahl eines Ausschusses vorschlägt, welcher alle einschlägigen Fragen nochmals zu prüfen und Vorarbeiten zu einer Konferenz zu machen hat, die sich ausschließlich mit diesem Thema befassen soll.

Genosse B o d -G o t h a referierte über Straßenbau und -Verkehr in den Thüringer Kleinststaaten. Er schilderte die Bedeutung des Straßenbaues für den wirtschaftlichen Wohlstand und die allgemeine Entwicklung eines Landes. Trotz der riesenhaften Ausdehnung des Eisenbahnwesens und der Wasserstraßen habe auch heute noch die Straße eine große Bedeutung. Der Bau neuer und die Instandhaltung bestehender Straßen erfordere erhebliche Mittel. Da müsse man sich klar sein, wer die Unterhaltungspflicht dieses wichtigen Verkehrsmittels habe; hier könne nur der Staat in Frage kommen. Redner schilderte noch im einzelnen, ob und inwieweit die Aufgaben der Unterhaltungspflicht heranzuziehen und in welcher Form derartige Gebühren zu erheben seien. Seine Erörterungen über das Gotharer sogenannte Automobilsteg führten zu der Forderung eigene Automobilstraßen zu schaffen. Redner erklärt, eine Resolution nicht vorlegen zu wollen, da die Frage noch eingehender Erörterung bedürfe. In einer umfangreichen Diskussion wird im Sinne des Referenten beschlossen, eine Bindung nach bestimmten Seiten hin abzulehnen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung referierte Gen. H o f m a n n -S a a l f e l d über Wasserfragen, Talsperren und Flußregulierungen in Thüringen. Es wurde beschlossen, den interessanten Vortrag möglichst im Wortlaut allen Thüringer Parteiblättern beizulegen. Eine Resolution des Referenten fand einstimmige Annahme.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Es wurde beschlossen, die nächste Konferenz in Rudolstadt abzuhalten.

Der Bezirkstag für den Agitationsbezirk Erfurt

(umfassend die vier Wahlkreise Erfurt-Schleusingen-Riegenrück, Mühlhausen-Rangena, Nordhausen und Heiligenstadt-Sorbis) wurde am Sonntag in Erfurt abgehalten. Der Bezirkstag war von 17 Delegierten, je einem Vertreter der Kreisverbände aus Erfurt, Mühlhausen und Nordhausen, den beiden Reichstagsabgeordneten Schulz und Dr. C o h n -B e r l i n, je einem Mitgliede der Parteiredaktionen aus Erfurt und Nordhausen und einem Vertreter des Bezirksbildungsausschusses besetzt. Als Vertreter des Parteivorstandes nahm Genosse Müller-Berlin an den Verhandlungen teil. — An den Bericht des Bezirkssekretärs Genossen P e l -E r f u r t schloß sich eine lange, jedoch von rein sachlichen Gesichtspunkten getragene Debatte, in der hauptsächlich das für den Nordhäuser Kreis besonders in Betracht kommende Stichwahlabkommen mit dem Freisinn, ferner die nach einer Regelung drängenden Presseverhältnisse im Bezirk und die finanzielle Katastrophe des Bezirkes und der ihm angeschlossenen Kreise besprochen wurden. Nur zu letzterem Punkte wurde ein Antrag Erfurt angenommen, der bestimmt, daß die Speien und Fahrgelder des Bezirkssekretärs zur Agitation in den einzelnen Wahlkreisen in Zukunft aus der Bezirkstasie zu zahlen sind. — Ueber die preussischen Landtagswahlen hielt Reichstagsabgeordneter Dr. C o h n -B e r l i n ein sehr instruktives Referat. — Die auf dem Chemnitzer Parteitag beschlossenen Statut-änderungen machten eine Reihe Beschlüsse zum Bezirksstatut notwendig. — Beschlossen wurde die Herausgabe eines Verzeichnisses der im Bezirk befindlichen Redner an sämtliche Ortsvereine, ferner die Herausgabe des Agitationskalenders auch für 1914. — Die Beschickung des außerordentlichen und ordentlichen internationalen Kongresses bleibt näherer Beschlusfassung vorbehalten. Als Bezirksvorsitzender wurde Genosse Paul R e i c h h a u s -E r f u r t, als Ort für den nächsten Bezirkstag Mühlhausen gewählt.

Kommunalwahlerfolge.

Bei der Gemeindeauswahlwahl in Gemelingen bei Bremen hatte am Donnerstag in der 6. Klasse die Sozialdemokratie ein Mandat zu verteidigen. Die Bürgerlichen versuchten mit allen Anstrengungen es ihr zu entreißen. Deshalb hatten sie auch einen Arbeiter als ihren Kandidaten aufgestellt. Vergebens. Unser Genosse Franzkiewitz siegte mit 381 gegen 288 Stimmen. Im Oktober 1911 wurde der genannte Genosse mit 275 Stimmen in den Gemeindeauswahl gewählt. Die Bürgerlichen enthielten sich voriges Jahr der Wahl.

In dem preussischen Orte Farge bei Blumenthal wurden fünf Genossen in den Ortsauswahl, der zwölf Mitglieder zählt, gewählt. Bisher saßen zwei Genossen im Auswah.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Strafkonto der Parteipresse.

In den Monaten April bis Ende Oktober dieses Jahres wurden 84 Prozeßverfahren geführt. Das Resultat der Justifikationen war, daß auf 14 Monate Gefängnis und 9190 Mark Geldstrafen erkannt wurde. Fünfzehnmal mußte auf Freisprechung

erkannt werden, weil oftmals aus den wichtigsten Ursachen zum Nach gelassen wird.

Verfassungen.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Der Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin I, die in den „Kornhallen“ stattfand, lag der Geschäfts- und Kassenbericht für das dritte Quartal 1912 vor. Die Versammlung tagte zum ersten Male unter der neuen Einführung des Delegierten Systems. Hiernach ist Groß-Berlin in 12 Bezirke eingeteilt, die wieder ihre Versammlungen einzeln an bestimmten Tagen abhalten. Auf eine bestimmte Mitgliederzahl delegierten die einzelnen Bezirke wieder die Generalversammlungsvertreter. Diese Neuordnung brachte die starke Entwicklung der letzten Jahre mit sich. Ist doch innerhalb zweier Jahre die Mitgliederzahl um das Doppelte gestiegen und beträgt jetzt annähernd 3000. Nach dem Geschäftsbericht, der schon in den Bezirkversammlungen vorgelesen hatte, waren zur Erledigung der Geschäfte in der Berichtszeit 28 Sitzungen des Vorstandes, 151 Kommissionssitzungen und 34 Betriebsbesprechungen notwendig. Ferner fanden noch die regelmäßigen Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen statt. Von Juli bis Ende September wurden 15 Tarife abgeschlossen, welche für 22 Betriebe Geltung haben. In diesen Betrieben werden 151 Kellner für fest beschäftigt, für die durch die Tarifabschlüsse nur an Lohnerhöhungen und sonstigen Verbesserungen pro Jahr 31200 M. in Betracht kommen. Daneben konnten noch gegen 150 Aushilfskellner besser gestellt werden. Streiks begu. Ausperrungen waren 4 zu verzeichnen. Trotz aller Mühe, die sich der Interessenverband gastwirtschaftlicher Unternehmer, einer Schatzmacherorganisation in der vorzüglichsten Reinkultur, gab, seine Mitglieder und angeschlossenen Unternehmerverbände zu veranlassen, Tarife nicht abzuschließen, mußten sich die bestreikten Firmen doch zu Tarifabschlüssen bequemen.

Nach dem Kassenbericht bilanzierten Einnahmen und Ausgaben mit 31209,43 M. Wochenbeiträge wurden 30379 umgesetzt. An Krankenunterstützung wurden 1325,25 M. bezahlt. Zur Durchführung der Lohnbewegungen waren circa 1900 M. nötig. Für das Verbandshaus wurden 5200 M. aufgewendet. 1500 M. wurden als Kassenbestand für das vierte Quartal vorgezogen. Die Zahl der Mitglieder ist 2926 gegen 2825 zu Ende des zweiten Quartals. Die Fluktuation der Mitglieder ist noch immer eine erhebliche. Durch den Arbeitsnachweis wurden 196 feste und 6964 Aushilfsstellen besetzt. Nach der niedrigsten ortsüblichen Tage der Vermittlungsgebühren sind damit den privaten Vermittlern 1696 M. entzogen worden.

In der Diskussion wurde getadelt, daß bei dem Tarifabschluß mit den „Germaniatälen“ nicht die volle Anerkennung des Arbeitsnachweises gefordert wurde und bei dem Gewerkschaftshaus das alte Vertragsverhältnis nicht beibehalten worden war. Verschiedene Anträge und Resolutionen fanden dazu die Zustimmung der Versammlung. Weitere Anträge, die sich mit dem Arbeitsnachweis und sonstigen inneren Einrichtungen befaßten, wurden, da die Versammlung sich vertagte, zurückgestellt.

Der Balkankrieg.

Die Antwort des Dreiebundes.

Paris, 5. November. (W. T. U.) Eine Note der Agence Havas teilt mit: Ministerpräsident Poincaré gab heute vormittag im Ministerrat Kenntnis von der Antwort Oesterreich-Ungarns, Deutschlands und Italiens auf die letzte von Frankreich, England und Rußland gemachte Mitteilung. Die Antwort hält den Kontakt mit allen Mächten aufrecht und läßt unter Befriedigenden Bedingungen Raum für Unterredungen.

Rußland will vermitteln.

Petersburg, 5. November. (W. T. U.) Rußland hat auf das Ansuchen der Türkei die Antwort gegeben, es sei bereit, mit den anderen Großmächten zusammen zu vermitteln unter der Bedingung, daß die Mächte plein pouvoir (freie Hand) erhielten.

Ein „patriotischer“ Beamter.

Belgrad, 5. November. (W. T. U.) Der türkische Postdirektor in Belgrad hat den serbischen Behörden nach Einzug der serbischen Armee die von ihm verstreut gehaltene türkische Post übergeben, darunter 60000 Dinars, die für die türkischen Behörden bestimmt waren und als Kriegsbeute beschlagnahmt wurden.

Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.

Letzte Nachrichten.

Wahlergebnis in Neudöln.

Bei den heute stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen der 2. Abteilung wurde folgendes Resultat erzielt:

1. Bezirk. Abgegebene Stimmen: 923. Soziald.: 459. Gegner: 468. Zerspl.: 4. Stichwahl zwischen Soziald. und Gegner.
2. Bezirk. Abgegebene Stimmen: 1013. Soziald.: 472, 458. Gegner: 517 (Gröppler), 482, 35. Gewählt Gröppler (Würgerl.), Stichwahl zwischen Berger (Soz.) und Winter (Würgerl.).
3. Bezirk. Abgegebene Stimmen: 746. Soziald.: 544. Gegner: 200. Gewählt Hormann (Soz.).
4. Bezirk. Abgegebene Stimmen: 925. Soziald. 727. Gegner: 198. Gewählt Roessler (Soz.).
5. Bezirk. Abgegebene Stimmen: 1062. Soziald.: 488, 487. Nichtbürgerliche: 359, 368. Liberale Arbeitsgem. 205, 200. Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Nichtbürgerlichen.

Die Präsidentenwahlen in Nordamerika.

New York, 5. November, 4 Uhr nachm. (W. T. U.) In allen Teilen des Landes zeigt sich eine ungewöhnlich starke Stimmlage, die sofort nach Eröffnung der Wahlstellen begann. Das erste Wahlergebnis, das aus der Ortschaft Acushnet in Massachusetts kommt, weist eine große Zunahme der demokratischen Stimmen auf.

Eine Fabrik durch Feuer zerstört.

Silberheim, 5. November. (W. T. U.) In der Zunderfabrik in Dinklar entstand heute früh infolge von Selbstzündung in der Trockenanlage Großfeuer, das die Anlage vollständig vernichtete. Der Schaden wird auf 200000 bis 250000 M. geschätzt.

Unfall eines Lenkbalkens.

Ranch, 5. November. (W. T. U.) Als heute bei Toul der Militärballon „Adjutant Vincenot“ in seinen Schuppen zurückgebracht werden sollte, riß der Wind die Soldaten, die die Seile hielten, um. Der Ballon erhob sich, wobei ein Sergeant am Lenkhebel hängen blieb. Die Piloten ließen den Ballon wieder niedergehen, bis er der Erde nahe war und der Sergeant abspringen konnte. Er brach sich die Arme. Zwei andere Soldaten wurden leicht verletzt. Als der Lenkbalken dann in den Schuppen gebracht wurde, brach die Schraube und die Hülle zerriß.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

92. Sitzung. Dienstag, den 5. November 1912, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Dr. Deumer (nall.) betr.

Die Ausführung des Privatbeamtenversicherungsgesetzes.

Abg. Dr. Deumer (nall.): In der Ausführung des Versicherungsgesetzes für Angestellte bestehen vielfach Unklarheiten, die einen unerträglichen Zustand der Ungewissheit in allen beteiligten Kreisen hervorgerufen haben. Das Gesetz gehört zu den Vorlagen, die in allen großen Eile verabschiedet worden sind, wie z. B. auch das Wertzuwachssteuergesetz. Auch hat sich jetzt der Zustand herausgebildet, daß im Reichstag, wenn der Vorstand der Gesetzgeber versagt, bereitgedruckt wird, daß der Bundesrat die betreffenden Bestimmungen zu erlassen hat. (Heiterkeit.) Gerade in dieser Beziehung übertrifft das Privatbeamtenversicherungsgesetz alles bisher Dagewesene. Den großen Magdeburger Privatbeamtenverein hat die Reichsanstalt für Privatversicherung auf eine Anfrage über die Anknüpfungen der maßgebenden Behörden betr. die Zulassung von Erfahrungsstellen an den Bundesrat verwiesen, und dieser hat auf drei Eingaben überhaupt nicht geantwortet. (Hört! hört!) Das ist der Gipfel des Bürokratismus, der gerade auf dem sozialpolitischen Gebiet sehr gefährlich ist. (Sehr richtig!) Unklar ist z. B. die Zugehörigkeit vieler Kategorien von Angestellten zu der Versicherung, u. a. der Monteur, der Maurerpolier, der Lageristinnen, die Musterfärbungen zusammenstellen, der Schreibmaschinenkräfte, die lediglich nach Diktaphone oder nach Diktat arbeiten usw. Mit all diesen Fragen ist das Reichsversicherungsamt mit seiner großen Erfahrung in allen Stadien der Gesetzgebung und der Ausführung überhaupt nicht befaßt worden. (Hört! hört!) Weiter fragt es sich: kann ein Angestellter mit einer Lebensversicherungsgesellschaft nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Vereinbarung dahin treffen, daß die Fälligkeit der Versicherung auf das 65. Lebensjahr hinausgeschoben wird? Die Reichsanstalt sieht in einem solchen Zusatz einen neuen Vertrag, obgleich ein solcher Zusatz bisher noch nie für stempelrechtlich erklärt worden ist. Die Folge dieser formalistischen Auslegung ist, daß ein solcher Angestellter, wenn er mit 60 Jahren die Lebensversicherung ausbezahlt bekommen hat, versicherungspflichtig wird. Schwer geschädigt werden die privaten Klavierlehrer durch die Ausführungsbestimmungen, die es ermöglichen, daß jeder Arbeitgeber aus der Versicherungslaste erlassen kann, welches Honorar der Klavierlehrer bei anderen Arbeitgebern bekommt. Diese Honorare sind bekanntlich heute sehr verschieden, je nach der Zahlungsfähigkeit des Arbeitgebers. Den Augen von dieser verkehrten Ausführungsbestimmung werden nur die Konservatorien haben. — Rein formalistisch ist auch eine Antwort, die man dem Vorstand der Pensionskasse deutscher Privat-Eisenbahnverwaltungen erteilt hat. — Einem bei der Lebensversicherungsgesellschaft „Concordia“ in Köln versicherten Angestellten wurde die Befreiung von der Beitragspflicht zur Privatangestelltenversicherung versagt mit der ungläubigen Verächtlichkeit der Gesellschaft bedeutenden Bemerkung, das Zustandekommen des Versicherungsvertrages vor dem 5. Dezember 1911 sei nicht erwiesen. Der Minister sollte eheliche Erwerbsgesellschaften gegen derartige Uebergriffe der Bureaukratie in Schutz nehmen. (Bravo!)

Handelsminister Sydow: Auf die Frage der Schnelligkeit, mit der die Reichsregierung arbeitet, hier einzugehen, muß ich aus prinzipiellen Gründen ablehnen; ebensowenig wie ich auf die Ausführungen über die Tätigkeit der Reichsanstalt hier nicht eingehen kann. Den zuletzt angeführten Fall will ich daraufhin prüfen, ob in der Tat eine preussische Erwerbsgesellschaft geschädigt worden ist. Nun könnte allerdings gefragt werden, weshalb die preussische Stimme im Bundesrat der schnellen Verabschiedung des Gesetzes zugestimmt habe. Darauf habe ich zu bemerken, daß von allen Parteien im Reichstag die schleunige Verabschiedung des Privatbeamtenversicherungsgesetzes vor den Wahlen verlangt wurde, daß alle Parteien dem Gesetz zugestimmt haben und daß bei den Interpellationen an die Regierung, wann das Gesetz kommen werde, die Freunde des heutigen Interpellanten mit an erster Stelle standen. Der Herr Redner hätte also seine Beschwerde über die schnelle Verabschiedung des Gesetzes nicht an die preussische Staatsregierung sondern an seine eigenen Freunde im Reichstag richten müssen. (Heiterkeit.) In der Prüfung der Frage der Zulassung von Erfahrungsstellen, die möglichst einheitlich erfolgen soll, ist der Bundesrat noch nicht gekommen. Wenn Anfragen nicht beantwortet worden sind, so hängt das wohl mit den Ferien, die von Juli bis Ostender dauern, zusammen. Alle Bestimmungen, die der Bundesrat

zu treffen hat, werden jedenfalls rechtzeitig herauskommen. Für den Fall der Pensionalkassen der Privat-Eisenbahnen betrifft, muß ich den Interpellanten an den Eisenbahnminister verweisen. — Alle Zweifel werden sicher durch die Ausführungsbestimmungen nicht gelöst werden. Zu ihrer Lösung sind bestimmte Instanzen geschaffen: die Rentenausschüsse, Schiedsgerichte und Oberschiedsgerichte. Auch die Zweifel über den Kreis der Versicherten werden die Rentenausschüsse zu lösen haben; es hätte keinen Zweck, wenn ich hier auf die Einzelheiten eingehen wollte. Wenn die Ausführungsbestimmungen erst im letzten Viertel dieses Jahres erscheinen, so hängt das auch damit zusammen, daß die Durchführung der Reichsversicherungsordnung ebenfalls zu erledigen war. Die Hauptsache wird sein, daß alle Beteiligten loyal an der Ausführung des Gesetzes mitarbeiten, dann werden die Schwierigkeiten in einigen Jahren überwunden sein.

Auf Antrag des Abg. Girsch-Effen (nall.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. v. Jacobi (l.): Gegenüber dem Minister stehen wir auf dem Standpunkt der Interpellanten, daß die Materie sehr wohl vor dies Haus gehört, da die Ausführung des Gesetzes in der Hauptsache den Landesbehörden überlassen ist. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen, wir legen den Hauptwert darauf, daß bis zum 1. Januar volle Klarheit geschaffen wird.

Abg. Dr. Wagner (st.): Auch uns kommt es nur darauf an, daß hier Klarheit über offene Fragen geschaffen wird. Unstimmigkeiten zu beseitigen wird Sache des Reichstags sein; eine Novelle zum Gesetz wird sich doch bald notwendig machen.

Abg. Wiesberts (B.): Ueber den vorhandenen Unstimmigkeiten sollten wir die große Bedeutung des Gesetzes nicht vergessen. Die Verabsichtigung der Reichstagsmehrheit durch den Abg. Deumer weist ich mit Entschiedenheit zurück. — Die Diktatmaschinen-schreiberinnen gehören zweifellos unter das Gesetz, denn ihre Tätigkeit ist durchaus keine rein mechanische. Ebenso müssen Korrektoren in Buchdruckereien versicherungspflichtig sein. — Sehr bedenklich ist, daß man jetzt große Werkpensionalkassen einfach den Lebensversicherungsgesellschaften gleichstellt. Das Gesetz ist ein legendäres Werk, mögen nun die Faktoren, die mit seiner Ausführung betraut sind, dafür sorgen, daß es wirklich legendäres wird.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Das Material des Interpellanten reicht kaum zur Begründung der Interpellation aus. Von einer zu schnellen Verabschiedung des Gesetzes kann keine Rede sein; denn der Beratung im Reichstag waren 10jährige Vorarbeiten vorausgegangen. Fehler hat jedes Gesetz. Auch das Privatbeamtengesetz wird sich in kurzer Zeit die Beliebtheit erwerben, wie feinerzeit das Invalidenversicherungsgesetz. Von einer genauen Definierung des Begriffs „Angestellter“ hat der Gesetzgeber mit Recht abgesehen. (Sehr richtig!) Infolgedessen entstehen natürlich Zweifel. So ist z. B. die Versicherungspflicht der Journalisten unbestimmt, die man neuerdings als „Stiefkinderanten“ bezeichnet. (Heiterkeit.) Inhaber von Korrespondenzbüros, die man wunderbarerweise als versicherungspflichtig hinstellt, sind zweifellos nicht versicherungspflichtig, denn sie sind selbständige Unternehmer. — Die Bemerkung des Abg. Deumer über die Klavierlehrer trifft nicht zu. Der Klavierlehrer kann soviel Karten nehmen, als er Arbeitgeber hat. — Der Lebensversicherungsgesellschaft „Koncordia“ gegenüber hatte das Reichsamt geradezu die Pflicht, den Nachweis zu verlangen, daß der Vertrag vor dem 1. Dezember 1911 abgeschlossen war. Wichtig ist die Frage, ob verpändete Lebensversicherungen von der Beitragspflicht zur Angestelltenversicherung befreit können. Das sollte unter allen Umständen ausgeführt sein. Wenn Herr Wiesberts hier dafür eintritt, daß einem Angestellten die Zeiten, wo er vorübergehend nicht versicherungspflichtig ist, angerechnet werden sollen, so ist das eine Verbesserung des Gesetzes, für deren Zustandekommen die Freunde des Herrn Wiesberts im Reichstag sorgen sollten. Bei ihrem guten Verhältnis zu den Rechten wäre ihnen das sicher leicht möglich, zumal auch viele Mitglieder der Linken für einen solchen Antrag zu haben sein würden. — Wenn die Kinderkrankheiten des Gesetzes überwunden sein werden, wird es als eine bedeutende Verbesserung unserer sozialen Fürsorge erkannt werden. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Wendlandt (nall.) geht auf weitere Unklarheiten des Gesetzes ein.

Abg. Nigerrdt (Pole) stellt ebenfalls einige Anfragen über den Kreis der Versicherten und ähnliches.

Abg. Reinert (Soz.): Als eine große sozialpolitische Tat kann ich das Privatbeamtenversicherungsgesetz nicht anerkennen; eher könnte man es als große parteipolitische Tat bezeichnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), denn es ist lediglich mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen so schnell verabschiedet worden. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß die Angestellten nicht infolge der vorgezeichneten Befreiungen ihre Rechte vollständig verlieren. Das Gesetz spricht wohl von Befreiungen von der Versicherungs-

pflicht, sieht aber gar keine Kontrolle für die Einzahlung der Beiträge vor. Das beste wäre gewesen, von den Befreiungen überhaupt Abstand zu nehmen. Allerdings kann auf die Befreiung verzichtet werden, aber das ist ein sehr bedenklicher Schritt, wenn man bedenkt, daß die Befreiung von der Versicherungspflicht mehr im Interesse des Arbeitgebers als des Angestellten liegt. Vor allem sollten die privaten Pensionskassen, die Fabrikpensionen usw., nicht als Ersatzkassen zugelassen werden. Darauf läuft ja das ganze Streben des Zentralverbandes der Industriellen hinaus, daß diese Kassen als Ersatzkassen in möglichst weitem Umfang zugelassen werden mögen, und ich freue mich, daß der Minister diesen Wünschen nicht entgegengekommen ist. Ich hoffe, er wird im Gegenteil seinen Einfluß dahin geltend machen, daß solche Fabrikpensionen als Ersatzkassen möglichst ausgeschlossen werden.

Die Bedingungen, unter denen die Wahlen für die Angestelltenversicherung vor sich gehen soll, hätten früher veröffentlicht werden sollen. In der Wahlordnung war eine bedenkliche Bestimmung enthalten, die dazu beitrug, die Zahl der Wahlberechtigten aus den Arbeitgeberteilen zu verringern. Es war nämlich bestimmt, daß ein Arbeitgeber nicht als solcher stimmen dürfe, wenn er zugleich versicherungspflichtiger Angestellter ist. In dieser Lage war ich z. B. als versicherter Angestellter der sozialdemokratischen Partei einerseits und andererseits als Mitinhaber der Buchdruckerei „Volkswille“ in Hannover. In solchen Fällen müßte es dem Wähler vorkommen, daß er nicht als Arbeitgeber wählen darf, sondern als Angestellter oder als Arbeitgeber wählen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Veränderungen in den Listen sollten von den Arbeitgebern nicht an die Reichsversicherungsanstalt, sondern an die unteren Verwaltungsbehörden eingereicht werden, denn diese sind allein in der Lage, die Richtigkeit nachprüfen zu können. Es können sonst von Arbeitgebern zum Schaden der Versicherten Veränderungen eingereicht werden, die wer weiß wie lange zurück liegen. — Der Kreis der Versicherungspflichtigen muß so weit als möglich gezogen werden. Herr Mugdan meinte, wenn jemand mehrere Arbeitgeber hat, kann er sich ebenso viel Karten anschaffen. Das ist praktisch ganz ausgeschlossen. Diese Frage muß näher geprüft werden, damit solche Leute wie die Klavierlehrer vor Schaden geschützt werden. In Zweifelsfällen sollte stets von der Regierung zugunsten der Versicherten entschieden werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Während jetzt diejenigen, über deren Versicherungspflicht Zweifel bestehen, zunächst keine Karte erhalten, wodurch sie des Wahlrechtes verlustig gehen. Von wenig Interesse für die Versicherten zeugt es, daß man zugelassen hat, daß in den Bekanntmachungen für die Wahlen der Vertrauensmänner die Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit fortgelassen werden konnten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist darauf hingewiesen worden, daß das Gesetz von allen Parteien angenommen wurde. Vor allem ist das wohl geschehen, weil die Reichstagswahlen vor der Tür standen. Aber im übrigen enthält das Gesetz auch gewisse Vorteile für die Angestellten, und zwar bemerkenswerterweise gerade solche Bestimmungen, die kurz vorher bei der Reichsversicherungsordnung für die Arbeiter abgelehnt worden waren. Dazu gehört die Gewährung der Altersrente mit 65 Jahren, die Möglichkeit für höher entlohnte Angestellte, sich durch höhere Beiträge höhere Renten zu erwerben, die Anrechnung des Gesamtverdienstes und die Gewährung von Witwenrenten auch an nichtinvalide Witwen. In demselben Jahre, wo man diese Vorteile den Angestellten bewilligt hat, hat man sie den Arbeitern abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Je mehr die Grenze der Versicherungspflicht für Angestellte nach unten ausgedehnt wird, desto mehr wird sich in weiten Kreisen der Arbeiter das Streben geltend machen, daß diese Vorteile auch in die Reichsversicherungsordnung hineingebrought werden. Wenn dieser Wunsch endlich erfüllt wird, dann wird man auch dahin kommen können, beide Versicherungszweige in eine einzige Versicherungssankt zu zusammenzulegen. Diese Perspektiven waren der Grund, weshalb die Sozialdemokraten für das Gesetz gestimmt haben. Die angenommenen Verbesserungen entsprachen ja Anträgen unserer Partei, die bei der Reichsversicherungsordnung gestimmt waren. Deshalb wünschen wir auch, daß jede Verbesserung zugunsten der Versicherten in loyaler Weise zur Ausführung komme. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Girsch-Effen (nall.) weist die Behauptung des Vorredners zurück, daß das Motiv der Interpellation in Beziehungen der Interpellanten zu den Werkpensionalkassen zu finden sei. Damit schließt die Besprechung.

Es folgt die Beratung eines Antrages G. Eder-Winsen (nall.) betreffend die

Förderung des Obst- und Gemüsebaues.

— Abg. Eder (nall.) begründet den Antrag, der verlangt, daß weitere 100 000 M. im Etat eingelegt werden für den planmäßigen Wessenanbau von Obst und systematische Förderung des Gemüse-

Das Deutsche Opernhaus. Ueber das Entscheidende dieses neuen Operntheaters, über seine Abmessungen, auch über die technischen Einrichtungen wurde schon gelegentlich einer Vorbesichtigung berichtet. Damals lebten wir die Weiträumigkeit des Hauses, die jedes üble Gedränge hindern und bequemen Verkehr sichern wird. Wir sprachen zugleich mit Anerkennung davon, daß Seeling es verstanden habe, die 2000 Zuschauer menschenwürdig unterzubringen. Die üble Schichtverteilung der Rangtheater und der angestrebte Druck der übereinander geschichteten Etagen wurden auf ein Minimum reduziert. Dazu ist für Lüftung und Sicherung gegen Feuer und Rauch trefflich gesorgt worden. Die Bühne schließlich muß den weitgehendsten Anforderungen entsprechen; sie bekam eine Grundfläche von 1280 Quadratmetern und wurde so die größte aller kontinentalen Theater.

Heute wäre nur noch etwas zu sagen über die Fassadengestaltung. Die innere Ausstattung, kurz das eigentlich architektonische oder künstlerische, aber — man soll nicht freigen suchen vom Dornenbusch. Seeling ist ein ganz vorzüglicher Techniker und ein ausgezeichneter Grundrisskonstrukteur; es mangelt ihm aber der Instinkt, für die ästhetische Balance der Fassade und noch mehr jegliches Gefühl für das Detail. Früher, als er noch im Paros wühlte, liebte er allegorische Weiber, Helden und ähnlichen Stud. dazu Dekorationen von Ornamenten an die Wände. Diesmal begnügte er sich mit einer sogenannten Schattellade, dorischen Säulen und so. Gut, das Ueberflüssige löst nicht mehr; aber es fehlt die Kunst. Es ist zum Beispiel einfach grob, den Säulenschaft ohne Basis auf den Gebäudepodest zu stellen; und was die Plastik betrifft (solche Kleinigkeiten charakterisieren) die Laternen an den Eingängen, so ist das schon recht schlimm. Recht ärgerlich ist es auch dem Zuschauerraum ergangen. Hier wollte Seeling anfangs mit sehr viel Farbe operieren; er hatte die Proben bereits in den hellsten Tönen angelegt. Das hätte ohne Zweifel sehr gefährlich werden können. Was heute zu sehen ist, heißt: Langeweile. Es geht in Grau und Braun. Dazu werden schwächliche Plastikmotive, Dreiecksfüße und ähnliches beigebezt. Man kann nur bedauern, daß Seeling nicht kritisch genug war, sich dem anerkanntwertigen Theaterpraktiker, einem Künstler zur Seite zu stellen. Solche Einsicht in die Grenzen seines Könnens hätte es ihm erspart, ein gut angelegtes Werk verdorren zu sehen.

Von der edlen Hebjagd. Die ehemaligen, ebenso grausamen als lustvollen Hofjagden sind endlich, dem Himmel sei Dank! aus der Mode. Noch im Anfang und in der Mitte des 18. Jahrhunderts machten sie eine der vornehmsten fürstlichen Vergnügungen aus. Es war auch wohl, wahrhaftig! sehr fürstlich, ein armes un-

schuldiges Tier, unter der wütendsten Todesangst, bis zum Stürzen zu sehen, um am Ende den unnützen Profressoren, den Gunden, einen lederten Fraß zu verschaffen. —

Sonst, sagt man, ist die Jagd eine der anständigsten und nützlichsten Vergnügungen. Sie erhält die Gesundheit des Körpers, weckt den Mut, schärft das Auge, härtet ab gegen Beschwerden.

Alles recht schön! wenn nur nicht bei so manchen Fürsten die Jagd zu einer Leidenschaft würde, die sie von ihren notwendigen, besseren Geschäften abzieht. Denn über Recht und Ordnung im Lande zu wachen, ohne sich blindlings den Dienern des Staates zu vertrauen, Anstalten zum allgemeinen Wohl in allen Fächern zu treffen, und selbst den Fortgang dieser Anstalten zu beobachten und zu befördern; das ist denn doch, beim Himmel! ein wenig wichtiger, als einen Hasen aus seinem Lager zu fressen, oder einem Schmalziere die Angel durchs Herz zu jagen, oder mit eigener Schmalziere Hand eine Sau abzufangen.

Ein gewisser Antiochus von Syrien, der sich einst auf der Jagd von den Seinigen verloren hatte, soll in einer Bauernhütte, worin man ihn nicht erkannte, sehr derbe Wahrheiten herüber gehört haben. Wenn doch jeder fürstliche Jäger sich ebenso wie Antiochus vertragen und gleiche Wahrheiten über sich hören müßte! Doch wer weiß, ob er den Edelmut hätte, sie ebenso dankbar wie Antiochus aufzunehmen?

Im irtümlichen Auslegungen zu begegnen, als ob wir etwa eine freche Verpöschung der heutigen so beliebten fürstlichen Hebjagden beabsichtigten, über die gewisse Blätter allseitig unterläßt zu berichten trüben, bemerken wir, daß diese Sätze von keinem anderen herrühren als von dem Philosophen und Schriftsteller J. J. Engel, dem Erzherzog Friedrich Wilhelms III. und späteren Hoftheaterdirektor (1784—94) in Berlin. Seine freimütigen Bemerkungen über die Hebjagd stehen in seinem „Fürstenspiel“.

Notizen.

— Die Londoner Zensur hat die Vollmoellerische Pantomime „Benizianische Nacht“, mit der Reichardt die Londoner beglücken wollte, verboten. Sie soll zu unmoralisch sein, was natürlich pure Neudeckelung ist.

— Ein Vogelparadies. Die Witwe eines New Yorker Bankiers hat für 800 000 M. eine Insel, Marsh-Island, an der Küste von Louisiana gekauft, um dort ein Vogelparadies einzurichten. Hier sollen alle Vögel von weit und breit eine Freiheit und vollkommenste Pflege und Schonung genießen. Die Wahl des Ortes ist mit Bedacht geschehen, denn gerade auf jener Insel wurde bisher der Vogelfang am stärksten betrieben, da die Golegenheit dazu besonders günstig war.

Kleines Feuilleton.

Leibls Jäger. Der Romanschriftsteller Anton von Persall ist gestorben. In der Geschichte der modernen Kunst wird er fortleben als Modell eines der großartigen Bilder, die Wilhelm Leibl geschaffen hat: des „Jägers“ in der Berliner Nationalgalerie. So wie er hier vor uns steht, in der Volkstracht gesunder Jugend, Jagdtasche und Wäsche auf dem Rücken, scharf und hell zurückschauend, wird er fortleben, und mancher wird seine prächtigen Jagdschilderungen nur noch deshalb lesen, weil sie den Stimmungszauber dieses edlen Wertes in uns fortwirken lassen. Das Bild, das 1875 entstand, ist ein Resultat der ständigen Jagdwochen, die der Maler in dem Revier Persalls auf Schloß Greifenberg erlebte. In schönen Erinnerungen hat Persall von den Freunden dieser Zeit und den Qualen des Modell-Stehens — Leibl war im Malen wie im Jagen gleich unermüdbar — erzählt. Im See, der von dem Bilde leuchtend herübergrüht, wie im Feld waren sie gleich heimisch. „Ein Naturfanatismus hatte uns ergriffen“, erzählt Persall, „ein jäher Drang, immer mehr in ihr aufzugehen, alles abzutreiben, was uns hinderlich — das Gewand am Leib war uns zuwider. Stunden verbrachten wir nach auf dem Verdeck seines Kutters, auf freier See, bald uns hineinsetzend, bald auf dem Rücken träumend, bald fischend, bald nach Röhren und Tauchern fischend. Oder wir verfrachten uns in das Moos, tief hinein in die Schilfwälder — und stielten da eine förmliche Wacht- und See-Siesta. Die Sonne verbrannte uns, der Regen wusch die Narben aus unseren Gewändern; wir waren Wilde geworden, soweit es noch möglich war.“ Diese Stimmung eines tiefinnerlichen Naturerlebens ist in dem Bilde zu einzigartigem Ausdruck gebracht, in dem Weidenbaum, vor dem der Jäger steht, einem Wunderwerk der Feinarbeit mit dem Garten, gegen den graublauen Himmel sich abzeichnendes Geäst, in dem ruhigen Grün des Vordergrundes, in den hinten in seinem Dunst verschwimmenden Wiesen und Bergen. Ganz vorn liegt „Perdrix“, der weiße Hühnerhund mit dem grauen Kopf, mit dem Leibl und Persall togelung auf den Feldern herumstreifen. Ein Stück Natur ist dieses Bild, wie Persall sagt, „hinübergegangen durch eine starke Künstlerseele, verklärt durch ihre eigene Harmonie“. Höchste Feinheit des einzelnen vereint sich mit der Monumentalität des Ganzen. Leibl achte das Werk vor andern hoch; lange hing es in des Künstlers Wohnzimmer in Aibling, bis es dann schließlich nach Frankfurt kam und heute einen Hauptplatz der Berliner Nationalgalerie bildet.

Waffen in den dafür besonders geeigneten Gegenden. Durch größere Förderung des Gemüsebaues und Aufklärung über die Zubereitung von Gemüse könnte der Fleischnot besser begegnet werden. (Beifall bei den Nationalberatern.)

Abg. Wankersdorf (Z.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit dem Antrag.

Abg. Stroffer (L.): Es ist unerhört, daß bei einer so wichtigen Sache kein einziger Vertreter der Regierung anwesend ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Weiterkeit.) Der Waffenbau von Obst und Gemüse muß durch einen Zoll geschützt werden.

Abg. Adlers (St.) spricht ebenfalls für den Antrag.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Es ist doch merkwürdig, daß die durchaus berechnete Forderung dieses Antrages gleich verknüpft wird mit dem Ruf nach neuen Jällen. Ich kann nur davor warnen, dem Volk nach dem Fleisch auch noch Obst und Gemüse zu verteuern. Das Bedauern, daß so wenig Gemüse in Deutschland zur Nahrung des Volkes verwandt wird, teilen auch wir. Insbesondere in den Restaurants gibt es ja nur noch Vogelapfeln voll Gemüse. Daran hat wohl der Minister gedacht, als er sagte, Fleisch, Fleisch und immer wieder Fleisch. Ebenso ist es mit dem Obst. In den letzten Jahren hat es sich ja etwas gebessert. Man kann jetzt einen Zug von den Hochflüssen auf das Land beobachten, viele Arbeiter legen ihre wenigen Ersparnisse an, um kleine Parzellensitzer zu werden und aus Sandwästen blühende Obstgärten zu machen. Leider erschwert man dies Bestreben der Arbeiter durch kleinliche Schikanen. Wenn die Arbeiter die Nacht vom Sonnabend zu Sonntag auf ihrer Parzelle bleiben wollen, um dann am Sonntag der Landarbeit nachgehen zu können, schießt man ihnen Strafmandate von 60 Kr. auf Grund des Vagabundengesetzes, weil sie in „ungepflasterter Gegend“ gewohnt hätten usw. Wo können wir hin, wenn alle die bestockt würden in Kreuchen, die an nicht gepflasterten Straßen wohnen. (Sehr richtig und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Wenn einer der Vorkredner soweit ging, zu behaupten, wir hätten den Krieg von 70 gewonnen, weil in Deutschland viel Gemüse gegessen wird, so ist das doch gar zu starker Kohl. (Große Heiterkeit.) Mit Herrn Stroffer stimme ich ausnahmsweise in dem lebhaften Bedauern überein, daß der Landwirtschaftsminister nicht hier ist. Vielleicht hat er heute seinen Gemüsetag und kann wegen der Verdauung nicht kommen. (Heiterkeit.) Die geringe Befehung des Hauses beweist auch, welches Interesse das Haus in Wirklichkeit diesem wichtigen Gegenstande entgegenbringt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Minister neulich sagte, daß viele Arbeiterfrauen die Zubereitung des Gemüses erst lernen müßten, so ist das sehr richtig. Aber sind wir es nicht gerade gewesen, die in allererster Linie den Haushaltungsunterricht gefordert haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Landwirtschaftsminister sagte, bei ihm selbst komme dreimal in der Woche kein Fleisch auf den Tisch, so will ich nicht untersuchen, aus welchen Gründen. Aber das Gemüse, das bei ihm an Stelle des Fleisches kommt, akzeptiere ich für jeden Arbeiter gern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es gut und schmackhaft zubereitet wird, ist das Gemüse mit Gemüse wohl ebenso teuer, wie die Fleischnahrung, das beweisen auch die vegetarischen Kochbücher. Dazu kommt, daß zur Zubereitung des Gemüses viel mehr Zeit gehört, während die Arbeiterfrauen sich vielfach die Zeit stehlen müssen, um das Mittagessen so schnell wie möglich zu bereiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also, wir sind gern bereit, alles zu bewilligen, was zum Pflanzenbau von Obst und Gemüse notwendig ist. Hunderttausend Mark werden gar nicht langen, wenn wirklich etwas ernstliches auf diesem Gebiete getan werden soll. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dellus (Op.) stimmt dem Antrag zu. Weder die innere Kolonisation gefördert, dann wird auch mehr Gemüse angebaut werden. Der geforderte Betrag von 100 000 Kr. ist sehr gering.

Ein Geheimrat vom Landwirtschaftsministerium erklärt, der Antrag sei bereits eingeleitet in der Kommission behandelt worden, der Minister hoffe, in den nächsten Etat namhafte Beträge zur Förderung des Obst- und Gemüsebaues einsehen zu können.

Abg. v. Stroffer (L.): Der Haushaltungsunterricht ist von allen Parteien dieses Hauses schon seit langen Jahren gefordert worden. Meine Bedauptung, daß viele Frauen und auch Arbeiterfrauen Gemüse nicht zu kochen verstehen, muß ich aufrechterhalten.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wir sind, solange die Sozialdemokratie besteht, für die Einrichtung von Haushaltungsschulen gewesen, also wir sind doch etwas früher aufgestanden als Sie, Herr Stroffer. (Heiterkeit.) Wenn Sie sagen, alle Parteien sind hier so einig gewesen, so ist es doch wunderbar, daß so spät und so wenig in dieser Beziehung geschaffen worden ist. Wenn Sie jetzt darauf hinweisen, daß viele Frauen Gemüse nicht zubereiten können, so geben Sie zu, daß Sie Ihre Pflicht als Gesetzgeber vernachlässigt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Erst haben Sie dem Volke alle Nahrungsmittel verteuert, und jetzt wollen Sie Anweisung geben, wie das Volk billiger leben kann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Dritte Lesung des Spar-Kassengesetzes und Anträge.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Wien, 4. November.

4. Verhandlungstag.

Das neue Organisationsstatut der Partei, das gestern abend bereits einstimmig angenommen wurde, nachdem Seich im Namen der Kommission berichtet hatte, zeigt folgende Aenderung gegenüber dem Entwurf der Parteiverordnung:

Die Parteioptionen sind verpflichtet, für eine systematische sozialistische Erziehungsarbeit Sorge zu tragen. Wo es möglich ist, sollen Bildungsausschüsse eingesetzt werden. Die Organisationen sind auch verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die schulentlassene Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen werde. Auch die Einwirkung auf die Erziehung der Arbeiterkinder soll sich die Parteioptionen angelegen sein lassen.

Die Reichsparteiverordnung besteht aus 20 Personen. Zehn vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Reichsparteiverordnung bilden den Parteivorstand. Die anderen zehn Mitglieder bilden die Parteikontrolle. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteipresse. Die Reichsparteikontrolle entscheidet über Beschwerden und ist berechtigt, an den Sitzungen des Parteivorstandes teilzunehmen. Die Mitglieder der Kontrolle haben dabei in allen Angelegenheiten, die nicht der Kompetenz der Kontrolle unterliegen, das Stimmrecht. Die Reichsparteiverordnung ist zur Entscheidung aller Fragen von großer politischer oder finanzieller Tragweite vom Parteivorstand mindestens vierteljährlich einmal zu berufen. Auf Beschluß der Reichsparteiverordnung können die Vertreter der Zentralleitung der Gewerkschaften, Konsumvereine und Krankenkassen an ihren Sitzungen teilnehmen.

Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt bei allgemeinen Reichswahlen durch die Reichskonferenz, und zwar auf Grund von Vorschlägen, die unter Leitung der Reichsparteiverordnung vom Parteivorstand im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation bzw. einer Vertrauensmännerkonferenz des Wahlbezirks festgestellt wer-

den. Erfolgt ein solches Einverständnis nicht, so erstattet jede der beteiligten Körperschaften ihren begründeten Vorschlag in der Reichskonferenz, die endgültig entscheidet. Bei Nachwahlen entscheidet über die Kandidatur, wenn eine Einigung nicht erfolgt, eine Kommission, die aus je drei Vertretern beider Teile besteht und deren Vorsitzender, wenn über dessen Person eine Einigung nicht erfolgt, von der Parteikontrolle bestimmt wird. Die Entscheidung der Kommission ist endgültig.

Heute referiert zunächst Abgeordneter Winkler über die

Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Gemeinden.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Oesterreich haben eine schwerere Aufgabe als die deutschen. In Deutschland gibt es eine reichhaltige Literatur über die sozialdemokratische Gemeindepolitik und eine ausgezeichnete Zeitschrift. Diese in Deutschland erscheinenden Schriften sind aber in Oesterreich nicht immer verwendbar. Die Grundzüge sind zwar die gleichen, aber die gesellschaftliche Grundlage ist häufig durchaus verschieden. Dringend erforderlich ist die Herausgabe einer Monatschrift für sozialdemokratische Kommunalpolitik. Redner beantwortet die Herausgabe einer solchen Korrespondenz, die nach kurzer Debatte vom Parteitag beschlossen wird.

Die Bedrohung des Koalitionsrechtes.

Ueber diesen Punkt der Tagesordnung spricht Abg. Heinrich Beer: Seit der Erringung des Wahlrechtes haben sich die Klassenverhältnisse unaufhörlich verschärft. Die Regierung hat die Gewerkschaften ja nie besonders entgegenkommend behandelt; allein in jüngster Zeit macht sich der wachsende Einfluß der Unternehmerorganisationen immer deutlicher bemerkbar. Der sinnfälligste Ausdruck hierfür ist der vollständige Stillstand unserer sozialreformatorischen Gesetzgebung. Für wirkliche sozialpolitische Zwecke wurden 1900 annähernd 600 000 Kronen verwandt, 1912 etwa 3 Millionen Kronen. Fast die Hälfte dieser Summe entfällt auf die Wohnungsfürsorge, die ja keine ausschließliche Arbeiterfrage ist. Nicht einmal ein Reihel eines Prozentes der Staatsausgaben, die von 1901 bis 1912 von 1 886 000 000 Kronen auf 3 187 000 000 Kronen gewachsen sind, wird für sozialpolitische Zwecke verwendet. Selbst dieser Pappenstiel erscheint unseren Industriellen als groß. Die Klagen über die unerschwinglichen sozialen Lasten, die ihre Konkurrenzfähigkeit erschweren. Dabei fallen bei uns 7,80 Kronen auf den Kopf der Bevölkerung für das soziale Versicherungswesen, während in Deutschland 17,53 Kronen, in England 27,48 Kronen dafür ausgegeben werden. Die österreichische Regierung steht völlig im Mann der Unternehmerorganisationen. Das Handelsministerium sagt seine Wissen so auf, als sei die Förderung der Industrie nur durch die Behinderung des sozialen Aufstieges der Arbeiterklasse zu erreichen. Die Sektion V im Handelsministerium ist der offenkundige Ratgeber der Unternehmerorganisationen in ihren Angriffen auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, während die sozialpolitische Sektion in gesundem Schlaf liegt. Auch im Justizministerium trägt eine Sektion durch offene oder verhüllte Beeinflussung der Gerichte wesentlich dazu bei, daß in letzter Zeit eine Reihe geradezu haarsträubender Entscheidungen ergangen sind, die das Koalitionsrecht der Arbeiter auf das schwerste bedrohen. Während die Unternehmer freigesprochen werden, die durch Drohung mit der Entlassung von ihren Arbeitern den Austritt aus der Organisation zu erzwingen trachten, werden Arbeiter wegen Erpressung verurteilt, wenn sie ihre Kollegen energisch an ihre Pflicht erinnern, der Organisation beizutreten. Aber die Unternehmer und die Behörden verkennen die Situation. Durch seine noch so fürchterliche Gewaltanwendung können sich die Arbeiter das Recht auf Koalition nehmen lassen. Wir werden es höher als jedes andere Recht. Es ist die Basis des sozialen Kampfes überhaupt, weil es allein die Möglichkeit der Organisationsbildung gibt. Ein Angriff auf das Koalitionsrecht bedeutet für die Arbeiter Krieg auf der ganzen Linie. Weil man nicht den Mut zu Ausnahmegerichten hat, sucht man das Recht der Arbeiter feig und hinterträts zu erschöpfen. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen. (Stürmischer Beifall.)

Redner schlägt folgende Resolution vor:

„Ausgehend von der Erwägung, daß das Koalitionsrecht die stärkste Waffe zur Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen, zur Verbesserung der ökonomischen Lage, also auch zur Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeiterklasse ist, und geleitet von der Erfahrung, daß die bestehenden Klassen und ihre Verwaltungsorgane alles aufwenden, um dieses wichtige Recht der Arbeiterklasse, durch Beeinträchtigung durch Gesetzesverletzung, durch Polizeiwillkür zu schmälern, so sogar zu vernichten, beschließt der Parteitag die Einleitung einer energischen, rasch und rücksichtslos ansetzenden Aktion zur Verfestigung aller Parteien des Koalitionsrechtes und fordert, daß die Beobachtung der auf das Koalitionsrecht bezughabenden gesetzlichen Vorschriften durch die politischen Behörden um jeden Preis erzwungen werde.“

Der Parteitag verlangt daher:

1. Die Abschaffung des Arbeitsbuchs.

2. Die Befreiung der im § 85 der Gewerbeordnung enthaltenen, dem Grundgesetz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze widersprechenden Bestimmungen, daß der Kontraktbruch des Arbeiters eine Verletzung der Gewerbeordnung begründe.

3. Die Erlassung eines Ministerialverordnungsung an alle politischen Behörden, in den ihnen die Befreiung erteilt wird, daß das bloße Aufstellen von Streikposten nach dem geltenden Gesetz zulässig ist, daß es dem Behörden daher strengstens untersagt werde, Streikposten, so lange sie sich keiner ungesetzlichen Handlung schuldig machen, zu belästigen, geschweige denn sie zum Verlassen ihres Postens aufzufordern oder sie sogar, wie es täglich vorkommt, zu verhaften und nach dem Prügelpatente zu bestrafen.

4. Die Schaffung eines Gesetzes zur Regelung des Streitverhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern, denen Arbeiter- oder Werkschmungen in der Absicht überlassen werden, um ihnen die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen, oder wesentlich zu erschweren.

5. Ohne Rücksicht auf die geplante Reform des Strafgesetzes die sofortige Abänderung der strafrechtlichen Bestimmungen über Erpressung und gefährliche Drohung (§§ 98 und 99 St.G.), die seit sechs Jahren gegen den Wortlaut des Gesetzes mit Klassenbewußter Brutalität auf Arbeiter angewendet werden, welche aus den besten Motiven im Interesse ihrer Organisation tätig sind, Abänderung der §§ 98 und 99 St.G. hat in dem Sinne zu erfolgen, daß sie nur dann anwendbar sein dürfen, wenn es sich um gewinnbringende Motive handelt, doch aber unter allen Umständen strafflos bleiben muß die bloße Warnung vor einem Uebel, von dem der Genötigte weis und absehen wissen muß, daß es eintreten werde, wenn die geforderte Handlung, Duldung oder Unterlassung nicht erfolgt.

Der Parteitag beauftragt den Deutschen sozialdemokratischen Klub des Abgeordnetenhauses, zur Lösung der vorstehenden Aufgaben alles Zweckdienliche unversäuglich zu unternehmen und mit allen ihm immer gearteten parlamentarischen Mitteln die Erfüllung dieser Forderungen durchzusetzen.

Der Parteitag beauftragt endlich die Parteiverordnung, diese Aktion der sozialdemokratischen Abgeordneten durch eine mächtige ununterbrochene Agitation in ganz Oesterreich zu unterstützen. Ueber die

Arbeiterschutzgesetzgebung

referiert Dr. Bauer: Die Fortschritte, die seit 1907 gemacht wurden, sind äußerst geringfügig. Wir haben drei kleine Gesetze für die Industriearbeiter, aber sehr bedeutende Reformen für die Bergarbeiter und etwas mehr für die Arbeiter im Handelsgewerbe, vor allem das Ladenschlußgesetz bekommen. Die meisten dieser Gesetze sind nicht aus der Initiative der Regierung hervorgegangen, sondern verdanken ihre Entstehung entweder sozialdemokratischer Anregung oder sind auf Grund internationaler Konventionen erlassen worden. Im Versicherungswesen ist eine Erweiterung der Gewerbeinspektion erfolgt; Verordnungen über den Schatz gegen Verwundung und über Arbeitspausen und Sonntagsruhe in ununterbrochenen Betrieben sind ergangen. Es waren beschiedene Abschlagszahlungen auf unsere Forderung des Achtstundentages und wären ganz gut, wenn sie nicht auf dem Papier blieben. Im allgemeinen

ist im Vergleich zu anderen Ländern Beschämung föhlig geschaffen worden. Die Verantwortung dafür fällt nicht ausschließlich auf das Abgeordnetenhause. Die größten Hindernisse liegen im Herrenhause, das auf jedem Gebiet zu einer Reihe des Fortschritts geworden ist. Es verschleppt oder verschlechtert alle sozialpolitischen Vorlagen, läßt sie monatlang in den Kommissionen liegen, bezweifelt sie vom Plenum wieder an die Kommission zurück oder läßt sie überhaupt nicht zur Verhandlung kommen. So ist das Gesetz über den Kontraktbruch, das ja nur eine Verbeugung vor der formalen Rechtlosigkeit zwischen Unternehmern und Arbeitern ist, dreimal einstimmig vom Abgeordnetenhause angenommen, aber vom Herrenhause noch nicht beraten worden. Der eigentliche Sitz der Arbeiterfeindschaft des Herrenhauses ist auf der sogenannten Antikommunisten, die an der Ausbeutung der Arbeiter persönlich interessiert sind. Das Herrenhaus läßt sich sehr durch Petitionen irritieren. Petitionieren ein paar Tugend Unternehmer oder Buntler, dann verbeugt sich das Herrenhaus vor diesem Ausbruch des Volkswillens. Haben die Herren davon solchen Respekt, nun, petitionieren können wir auch. Es braucht ja nicht in schriftlicher Form zu bestehen, wir können ja auch einmal persönlich vor dem Herrenhause erscheinen. (Stürmischer Beifall.) Nur in der Kraft der Arbeiterklasse liegt die Hoffnung auf Besserung. (Erneuter Beifall.)

Redner schlägt folgende Resolution vor: „Der Parteitag stellt fest, daß jeder Fortschritt der Arbeiterschutzgesetzgebung an der passiven Resistenz der Regierung, an der Obstruktion der bürgerlichen Parteien und an dem Streik des Herrenhauses scheitert. Nur aus eigener Kraft kann sich die Arbeiterklasse dem Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung erzwingen. Der Parteitag verpflichtet daher die Parteiverordnung, den Klub der Abgeordneten, die Parteipresse und die Organisationen, mit gesteigertem Eifer den Kampf für die Arbeiterschutzgesetzgebung fortzusetzen, eine planmäßige Agitation für sie vollständig zu betreiben, ihre Gegner immer wieder vor den Wählermassen an den Pranger zu stellen und, wenn der Widerstand der Arbeiterklasse im Abgeordnetenhause und im Herrenhause nicht gebrochen werden kann, in einem geeigneten Augenblick die Arbeitermassen selbst zum Kampf für den Arbeiterschutz zu rufen.“

Als die allernächsten Ziele dieses Kampfes stellt der Parteitag fest: Die baldige Vollendung der Sozialversicherung unter Befreiung der von den Krankenkassenbesitzern beschlossenen Grundzüge; den neunstündigen Höchstarbeitszeit für alle Gewerbebetriebe, den achtstündigen Höchstarbeitszeit für die ununterbrochenen Betriebe und für den Bergbau; wirksamer Schutz der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter gegen die Gefahr der Betriebsunfälle und Gewerbekrankheiten, insbesondere auch durch Anordnung des sanitären Maximalarbeitszeitages; die Erlassung eines Arbeiterschutzgesetzes, das keinesfalls hinter den Beschlüssen des Arbeiterschutzes zurückbleiben darf; Befreiung der Bergarbeiter von der Mißwirtschaft der Grubenbetriebe, Unfallversicherung der Bergarbeiter, Mindestlöhne im Bergbau; Regelung der Heimarbeit, Aufstellung von Mindestlöhnen für die Heimarbeiter durch obligatorische, paritätisch zusammengesetzte Heimarbeitungskommissionen.“

In der Diskussion sprechen eine Reihe Gewerkschafter, so W. W. Wien für die Holzarbeiter, J. P. Wien für die Bäcker, W. W. Wien für die Handlungsgeschäfte, P. W. Wien für die Schneider, H. W. Wien für die Textilarbeiter.

W. W. Wien, W. W. Wien für die Maurer, P. W. Wien und J. W. Wien für die Bergarbeiter, W. W. Wien für die Transportarbeiter, M. W. Wien für die Eisenbahnarbeiter, S. W. Wien für die Arbeiter in der chemischen Industrie. Sie tragen die besondern Beschwerden und Wünsche ihrer Berufe zur Arbeiterschutzgesetzgebung vor. In sehr interessanten Ausführungen spricht W. W. Wien über das

Koalitionsrecht und das Recht auf Streikpostenstellen.

Auch bei uns sind die Streikbrecher das wertvollste Element der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und sie finden kaum milderen Schutz bei den Gerichten als die allerhöchste Spitze. Ohne das Recht auf Streikpostenstellen ist das Koalitionsrecht ein Messer ohne Schale und Klinge. Soll man das Koalitionsrecht gegen die Streikbrecher nicht handhaben dürfen, so wäre das nicht anders als wenn man einen Staat ohne Polizei und Gerichte lassen wollte. Von allen Exekutionen, die eine Gesellschaftsklasse gegen Uebelthäter richtet, ist die Exekution an Streikbrechern wohl die begreiflichste und verdienstlichste. Jede Maßnahme gegen das Streikpostenstellen ist eine offene Ungerechtigkeit. Aber die österreichische Regierung ist nun einmal in der Hand der aller schlimmsten Scharfmacher, denen sie bis über die Ohren verschuldet ist. Daß man bei einer solchen Regierung mit Klagen über die Infamien des Unternehmertums nichts ausrichtet, ist begreiflich. Nur wenn die Regierung sich vor den Arbeitern so fürchten müßte wie vor den Unternehmern, wird es besser werden. Wenn nicht so viele Arbeiter noch so dumme wären, den Arbeitereigenen überall nachzulaufen, brauchten wir über das primitivste Recht nicht Beschwerde zu führen. Die ganze Frage ist also eine Organisationsfrage. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Karpis verlangt, daß die Parteileitung und die Gewerkschaftskommission ihre Vertreter aus dem staatlichen Arbeiterrat zurückziehen sollten, weil doch nichts dabei herauskäme. (Zustimmung.)

Die Resolutionen werden einstimmig angenommen, nachdem die eine nach dem Zufall erfahren, daß aus dem Regierungsentwurf zur Reform des Strafgesetzes diejenigen Bestimmungen beseitigt werden müßten, die eine vollständige Vernichtung des Koalitionsrechtes der Eisenbahner und der Angestellten aller öffentlichen Betriebe bedeuten.

Gleichfalls angenommen wird eine Resolution der Handlungsgeschäfte zugunsten des Siebenstundentages.

In den Parteivorstand werden gewählt: Dr. Adler, Ellenbogen, Fernerstorfer, Adelheid Popp, Reumann, Schrammel, Seich, Schummeier, Skaret und Tomshil; in die Parteikontrolle für Wien Beer und Wiedholz, Dr. Czech-Brünn, Dimmig-Moggenfurt, Gruber-Binz, J. J. Troppan, Preußner-Salzburg, Refel-Gras, Schäfer-Reidenberg und Seeliger-Lepel.

Die Wahlen erfolgen einstimmig oder beinahe einstimmig. Auf eine Anregung der Bezirksorganisation Troppan wird beschlossen, beim Internationalen Bureau den Antrag zu stellen, auf die Tagesordnung des nächsten ordentlichen internationalen Kongresses die Alkoholfrage zu setzen. Auf die Tagesordnung des nächsten eigenen Parteitages sollen die Bestrebungen zur Erziehung der Arbeiterkinder gestellt werden.

Die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag — Karlsbad ist in Vorschlag gebracht — wird der Parteileitung überlassen. Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt.

Dr. Adler: Parteigenossen, wir haben den Parteitag begonnen unter dem Eindruck der Notwendigkeit, alles, was in unserer Kraft liegt, zu tun, um die

Kriegsfrage

abzuwehren. Wir haben vor wenigen Tagen unter dem Eindruck gestanden, daß die Regierung, das Auswärtige Amt und die von ihm beeinflusste öffentliche Meinung sich ungefähr auf derselben Linie bewegt, und wir konnten immerhin annehmen, daß bei den Herren, wenn wir ihnen auch nicht trauten, die Vernunft die Oberhand behalten würde. Leider müssen wir heute konstatieren, daß sich in den oberen Regionen und das Leben von Hunderttausenden, in den letzten 48 Stunden ein Wechsel vollzogen hat. Die ganze offiziöse Propaganda ist seit Sonntag früh, und intensiver noch heute, wieder sehr froh, sie provoziert und betont mit durchsichtiger Absicht die ungeheuer wichtigen Interessen,

die Oesterreich auf dem Balkan in den verschiedensten Richtungen hätte. Mit großer Leidenschaft lehnt sie jede Möglichkeit ab, daß Oesterreich erklären könnte, es hätte auf dem Balkan keine spezifischen mit allen Mitteln durchzuführende Interessen. Eine solche Wendung der offiziellen Presse ist sehr zu beachten. Ich gehe ja nicht so weit, daß ich den schreibenden Vorschub unter den Offizieren schon ernst nehme, der jeden für einen Vaterlandsverräter erklärt, der nicht die ganze militärische Gewalt Oesterreichs auf dem Balkan einsetzen will. Wir werden ja sehen, was Graf Berchtold sagen wird. Ich glaube vorläufig noch, daß dieser Schreibknecht des Ballhausplatzes seinen Auftrag überschritten hat.

Für uns aber liegt in alledem die ernste Mahnung, daß wir uns auf die Vernunft und die Verantwortlichkeitsverpflichtung der bei uns Herrschenden nicht verlassen können, daß wir mit aller Energie die schon begonnene Aktion auf die öffentliche Meinung fortsetzen müssen, die mit der Ansicht aller Vernünftigen im Lande übereinstimmt: Oesterreich soll Frieden halten auf dem Balkan! (Stürmischer Beifall.) Es kann dort niemals Interessen haben, die es wert wären, bezahlt zu werden mit einem Kriege, mit dem Leben unserer Söhne, mit der Wohlfahrt unserer Völker. (Erneuter Beifall.)

Gerade weil diese Wendung eingetreten ist, erschien es mir richtig, den Schluß unseres Parteitages anzuknüpfen an seinen Beginn. Unsere ganze Energie muß darauf verwandt werden, den Herren da oben klar zu machen: das arbeitende Volk in Oesterreich will keinen Krieg unter gar keinem Vorwande, mag er lauten wie er will. (Stürmischer Beifall.)

Fernerstorfer gibt einen Ueberblick über die Arbeiten des Parteitages, der wieder bewiesen hätte, daß die einzige Kulturpartei in Oesterreich die Sozialdemokratie sei. Wir wissen nicht, was der nächste Tag bringt, aber wir wissen, daß unsere Solidarität uns mit den Sozialdemokraten aller Länder verknüpft. So hoffen wir auch auf die Zukunft der Sozialdemokratie unten in den Balkanstaaten. Vor allem wissen wir eins: Wir wollen den Krieg nicht! Wir fürchten nicht, daß das Menschengeschlecht erlahmen könnte und so werden, wenn es kein Stahlbad des Krieges mehr gäbe. Wir wissen, daß die Tugenden, die nur im Kriege gedeihen sollen, auch im Frieden blühen. Auch die Kämpfer auf dem Gebiet der Wissenschaft müssen Wagemut beweisen, wenn sie Gefahren begegnen, die noch größer sind, als die des Krieges. Und die Kühnheit unserer aufstrebenden Generation wird nicht verschwinden, wenn die Kriege verschwinden. Aber diese Wagemut und diese Kühnheit, die das Volk immer höher führt, ist auf Edeles gerichtet, als auf Mord. Wir fühlen die Solidarität aller Menschen, wir fühlen die Heiligkeit des einzelnen Menschen. Deshalb sagen wir auch heute:

Krieg dem Kriege!

(Brausender Beifall)

Dreimal erklingt der Hochruf auf die deutsche Sozialdemokratie und die Internationale. Die Delegierten haben sich erhoben und singen stehend die ersten Verse des Liedes der Arbeit. Fernerstorfer: Der Parteitag ist geschlossen.

Krieg und Geldmarkt.

Die Sparkassencrisis und die Börsenkrise während der Marokkorkrisis im vergangenen Jahre haben Deutschland den Vorwurf eingebracht, daß die deutsche Geldwirtschaft für außerordentliche politische Vorfälle nicht gerüstet sei. Besonders im Auslande hat man diese Ansicht verbreitet, und die deutschen Patrioten halten es daher für ihre Aufgabe, sie zu widerlegen. Während die agrarisch gerichteten Blätter alle Schuld auf die Großbanken schoben und erneut um Hilfe gegen die Börsen schrieben, wandte der Direktor der Deutschen Bank, der auch als Finanztheoretiker bekannte Professor Helfferich, den Spiegel um und erklärte auf dem Münchener Bankertage, gerade die Presse hätte durch beunruhigende Nachrichten das Publikum vollends in Verwirrung gebracht. Immerhin fühlten die Finanzleute Deutschlands die Vorwürfe als so schwere, daß sie seitler alles um, um gegenüber der Öffentlichkeit als besonders stark und gerüstet zu erscheinen. Jetzt während des Balkankrieges, der natürlich nicht ohne Rückwirkung auf den deutschen Geldmarkt ist, vermeidet man alles, was das Publikum beunruhigen könnte. Auch der Staat ist selbstverständlich an dem finanziellen Prestige des Landes wesentlich interessiert. Das neue preussische Sparkassengesetz, das die Kassen zur Anlage eines Teils ihres Vermögens in Staatsanleihen zwingt, mußte sich zum Beispiel die Begründung gefallen lassen, daß es die finanzielle Bereitwilligkeit (größere Flüssigkeit der Mittel) für einen Kriegsfall im Interesse des Publikums fördere. Vor allem aber durch die Reichsbank, die als Zentralkreditinstitut bestimmenden Einfluß auf den Geldmarkt ausübt, sucht die Regierung ihr Ziel zu erreichen. Zur Einschränkung der Spekulation hat sie ihren Zins für die Ultimo, an denen die Spekulationsgeschäfte beglichen werden, verteuert. Auch sonst sucht sie durch ihren Geschäftsvorteil mit den Großbanken diese zu vorsichtigerer Kreditgewährung für Spekulationszwecke zu veranlassen. Sie selbst aber hält ihren Zinsfuß möglichst niedrig, um den Eindruck zu erwecken, daß genügende Mittel für den Geldverkehr vorhanden sind. Gerade im Oktober, als der Balkankrieg eine allgemeine „Versteifung“ am internationalen Geldmarkt hervorrief, sah sie von Diskont- (Wechselzinsfuß) Erhöhungen möglichst ab. Einige Tage hindurch war bei ihr billigeres Geld zu erhalten, als bei der Bank von England, während sonst stets die englische Zentralbank um mindestens 1/2 bis 1 Prozent niedriger auslieht. Auch zur Zeit (d. h. während des Ultimos und kurz danach) steht der offizielle Diskontfuß in Berlin mit 5 Proz. nicht höher als in London.

Die Großbanken haben ebenfalls ein Interesse daran, die Geld- und Kreditverhältnisse als möglichst gesund darzustellen. Gerade im Oktober sind von der agrarischen Presse, voran von der „Deutschen Tageszeitung“, heftige Angriffe erfolgt. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die ersten Kursverluste bei Ausbruch des Balkankrieges nicht durch Angstverkäufe des Publikums, sondern durch Abgaben der Banken verursacht worden sind. Auf Grund genauer Kenntnis der Vorgänge auf dem Balkan haben gerade die Großbanken das Publikum zum Verkauf veranlaßt. So schreibt der „Blut“ über die Rolle der Berliner Handelsgesellschaft bei den ersten Verkäufen:

Herr Fürstberg (Geschäftsinhaber der Handelsgesellschaft) hat, wie ich zuverlässig weiß, schon einige Tage vor der Mobilmachung in Serbien davon gemerkt, wie die wirkliche Lage am Balkan gewesen ist und auf Nachrichten, die aus den Bureaus der Handelsgesellschaft kamen, haben Auge Vermögensverwalter um-

fangreiche Verkäufe vorgenommen. Die Berliner Handelsgesellschaft hat übrigens die Depesche über die Kriegserklärung Montenegro um 11 Uhr vormittags an dem Tage gehabt, an dem erst in den Abendblättern die Kunde davon veröffentlicht wurde.

Erst durch die von den Banken in Szene gesetzten Kursverluste wurde dann das größere Publikum unruhig und ging seinerseits zu Verkäufen über. Durch Forderungen auf Erhöhung des Einflusses (Wahlzettel) für Spekulationszwecke und durch Zwangsverkäufe der Spekulationspapiere, wenn die spekulierenden Kunden nicht Nachschüsse liefern konnten, haben die Banken dann wesentlich zur Verstärkung der Kurdrückgänge beigetragen. Die Banken traten auf die Seite der Baissespekulation. Sobald aber ein Tiefstand erreicht war und die Einstellung der Spekulation den Banken Geschäftsverluste gebracht hätte, regten die Banken selbst wieder zur Spekulation an. Die Beeinflussung der Kunden durch Mitteilungen der Banken war um so leichter, als im Oktober die Großindustrie sehr günstige Jahres- und Vierteljahrsabschlüsse der jetzigen Hochkonjunkturperiode veröffentlichte. Sobald die Hausstimmung erzeugt und ein neuer Hochstand der Kurse erreicht war, gingen die Banken wieder in die Baissespekulation. Sie nahmen eine neue „Reinigung“ des Spekulationsmarktes vor. So führten die Banken abwechselnd die Börse auf und ab: Tiefstand am 2. Oktober, Hochstand am 5., Panik am 11. und 12., Hochstand am 16., Abwärtsbewegung bis Ende des Monats, dann wieder Aufwärtstendenz. Zielen die Kurse so sorgten die Banken für die Vesteiligung ungesunder und übertriebener Spekulation; stiegen die Papiere, so bewachten die Banken durch Interventionskäufe vor größeren Kurdrückgängen. So ländete die Börsenpresse das Lob der Banken an allen Tagen. Tatsächlich haben die Großbanken im Oktober ganz enorme Gewinne gemacht, indem sie die wechselnde Situation auszunutzen Papiere zu niedrigem Kurs aufnahmen und zu hohem Kurs abgaben.

Durch den Ultimo muß sich dieser günstige Einfluß des Krieges auf die Großbanken noch verstärkt haben. Wesentlich werden die Spekulationspapiere meist im Ultimohandel umgesetzt. Ende Oktober waren also die gekauften Papiere zu liefern, die Differenzgewinne auszuzahlen. Infolge der zahlreichen und hohen Kurschwankungen müssen diese Summen eine recht beträchtliche Höhe erreicht haben. Gepannt und ängstlich warteten daher alle Börsenteile auf den Ultimo. Zahlungseinstellungen wurden sicher erwartet. Erschauerlicherweise vollzog sich aber alles glatt. Die Spekulationsgewinner, also vornehmlich die Großbanken, müssen ihren Schuldnern reichlich Stundung der Zahlungen gewährt haben. Auch das Reportgeschäft wird eine starke Belebung erfahren, d. h. die Banken werden die Papiere gegen Kreditgewährung bis zum nächsten Ultimo übernommen haben, damit die kreditnehmenden Spekulanten, in der Hoffnung auf Kurssteigerungen im kommenden Monat, nicht ihre Papiere zu verkaufen brauchen. Daß die Banken nicht auf Glattstellung der Geschäfte drängen, hat wiederum in dem Bestreben seinen Grund, den deutschen Kapitalmarkt möglichst widerstandsfähig erscheinen zu lassen. Die agrarische Presse sucht eifrig nach jedem Anlaß, durch gefühligen Zwang die Tätigkeit von Banken und Börse einzuzengen. Auch im Auslande hätten Zahlungsschwierigkeiten deutscher Firmen ein Bild hervorgerufen, das dem Reich aus politischen und den Finanziers aus geschäftlichen Gründen gleich unerwünscht ist. Auffach wird den Großbanken um so leichter fallen, als sie ja jederzeit die Liquidation ihrer Schuldner eintreten lassen können, so daß sie keine Verluste zu fürchten haben. Die Spekulanten aus dem Privatpublikum sind im Oktober bereits geschöpft und expropriert worden. Nun auch die kleinen Firmen zum Falliment zu bringen, dafür liegt kein Interesse vor. Ihre Abhängigkeit von den Großbanken ist weiter befestigt worden. Die Erfahrungen, die etliche Bankfirmen in Reichsbach (Provinz Schlesien) machen mußten, haben überall Befürchtungen geweckt. Als dort die Firma F. W. Weiß ihre Zahlungen einstellte, begann das Publikum auf die Banken zu laufen und die Spargelder abzuholen. Eine zweite alte, angelegene Bankfirma, Fr. v. Einem, fiel diesem nun zum Opfer. Würden die Großbanken durch Schuldbreitungen weitere Firmen im Reich oder gar in Berlin selbst zu Zahlungseinstellungen zwingen, so begänne ein allgemeiner Sturm auf die Privatbanken und Sparkassen. Die nervös die kleinen Sparer bereits jetzt sind, geht daraus hervor, daß die gesamte Presse mit Anfragen überschüttet wird, ob die Gelder auf Sparkassen, größeren Banken usw. im Kriegsfalle auch sicher wären. Der Konkurs einiger Banken wäre sofort der Anstoß, die Spargelder zurückzuziehen. Und darunter litten nicht nur die kleinen Banken, das würde auch die Depositantinnen der Großbanken empfindlich treffen. Ruhe, so weit es die — Geschäfte irgend erlauben, heißt jetzt die Lösung. Aber gerade diese Ungewißheit über die Situation und das Verhalten der Großbanken verstärkt die Unsicherheit. An der Börse gibt man schnell wechselnd günstigen und ungünstigen Momenten nach, bald beurteilt man die Kriegsgefahren zu übertrieben pessimistisch, bald zu lässig optimistisch.

Auch die Großbanken verlagen als Führer durch die Wirrnisse der politischen Möglichkeiten, denn die Banken wissen ebenso wenig wie die Diplomatie, die jederzeit die Banken des eigenen Landes über die Aussichten auf dem Laufenden hält. So ergibt sich für sämtliche großkapitalistischen Staaten das gleiche Bild: Unsicherheit an den Börsen, Expropriation der kleinen Spekulanten und Kapitalrentner durch die Großbanken, finanzielle Rüstung durch langsame Herauslösung des Diskonts. Einzelne Börsen (u. a. Petersburg) haben die Gelegenheit ergriffen, um einige Kenderungen des Börsenverkehrs durchzuführen. Dort versuchte man, in der Öffentlichkeit die Kurdrückgängen auf rein technische Mängel zurückzuführen. In Deutschland hat man den Vorschlag gemacht, eine Abendbörse einzuführen. Dann könnten noch am Abend die neuesten Nachrichten berücksichtigt werden und das Kursniveau würde dann öfter ausgeglichen erscheinen. Zusätzlich würde natürlich eine Abendbörse die Spekulation nur neu anregen, ohne daß die Mittagbörse auch nur eine Entlastung erfähre.

So steht der Geldmarkt im Zeichen des Krieges auch da, wo er scheinbar seine Unabhängigkeit wahr.

Die Teuerung.

Keine weiteren Maßnahmen.

Wie die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“ erfährt, hat der zuständige Bundesratsausschuß alle auf die Fleischfrage bezüglichen weitergehenden Anträge abgelehnt. Es bleibt somit bei den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Fleischteuerung — wenn es nach den Wünschen der Regierung und ihrer Auftraggeber geht.

Die Teuerungskommission im Reichsamt des Innern.

Die vom Reichskanzler im preussischen Abgeordnetenhaus in Aussicht gestellte Kommission zur Beratung der Teuerungserhältnisse soll nach einer Meldung der „Neuen politischen Correspondenz“ noch in diesem Monat zusammentreten. Sie wird sich aus Vertretern der Wissenschaft und Statistik, der Landwirtschaft, der landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Viehwirtschafts, der Kommissionäre des Fleischgewerbes, der Schlachthofdirektoren sowie aus Vertretern der Kommunalverwaltungen zusammensetzen. Die Ver-

handlungen sollen im kontraktlichen Verfahren stattfinden; es werden dazu eine große Zahl von Sachverständigen aus den verschiedensten Kreisen und Gebieten herangezogen werden, wegen deren Benennung die Reichsverwaltung mit den Regierungen und den interessierten Verbänden bereits in Verbindung getreten ist.

Agrarische Ausbeutung der Notlage des Volkes.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist sehr ungehalten über die Veröffentlichung und die Kritik des Angebots des Pommerischen Vieh- und Schweinehandelsverbandes, der Stadt Berlin wöchentlich 1200 Schweine im Gewicht von 100—120 Kilo lebend zum Preise von 66 M. per per 50 Kilo Lebendgewicht abzüglich 20 Proz. Tara frei Viehhofcamp Berlin zu liefern, wenn der Magistrat hierüber einen Vertrag auf fünf Jahre abschließt. Das Blatt bemerkt sich, nicht nur die Veröffentlichung als Vertrauensbruch irgendeines Magistratsbeamten hinzustellen, sondern auch die Feststellung, daß das Angebot zu hoch ist, abzuschwächen. Das Angebot lehnte die Stadt Berlin, wie wir bereits mitteilten, ab, weil es bis zu 1955 M. höher ist als der Berliner Durchschnittspreis des letzten Jahres. Das Ortsblatt zieht man den Durchschnittspreis des letzten Jahres fünf bis sechs heran und kommt zu dem Resultat, daß das Angebot nur um einen Pfennig höher ist. Es werden die Preise angeführt von 61,08 M. vom Jahre 1908, steigend bis 79,30 M. im Jahre 1912. Und auf Grund dieser so kolossal gesteigerten Preise sollte Berlin sich auf fünf Jahre binden! Damit bestätigt das Blatt, daß die Agrarier mit demselben Raffinement die wirtschaftliche Lage auszunutzen suchen wie seinerzeit bei der Beratung des Zolltarifs durch den Antrag Raniß.

Wer nicht nur das Dr. Diederich Hahn nahm Anstoß, im preussischen Landtage den Pommerischen Vieh- und Schweinehandelsverband herauszuheulen, und der Agrarierhaupteingabe schlanke Weg, die Angebote, die der Verband gemacht habe, bewegten sich durchweg in der Preislage von 45—48 M. Es war nun aber leicht, die Unrichtigkeit dieser Behauptung nachzuweisen. Doch die „Deutsche Tageszeitung“ kommt auch in solcher Situation nicht in Verlegenheit; sie erklärt jetzt, daß der der Stadt Berlin angebotene Preis franko Berlin nur einem den Landwirten (vom Vieh- und Schweinehandelsverband) zugestandenem Preis von 45—47 M. ab pommerischen Stationen entspricht. Davon sagte aber Dr. Diederich Hahn im Abgeordnetenhaus nichts. Echt agrarisch!

Memel erhält kein russisches Fleisch.

Die Stadt Memel, die sehr hohe Fleischpreise hat, trotzdem sie nur vier Meilen von der russischen Grenze entfernt liegt, hatte 15 000 R. zum Ankauf von Schweinen in Rußland bewilligt und auch bereits Vereinbarungen über den Verkauf mit den Fleischern getroffen. Der Regierungspräsident in Königsberg hatte die Zulassung der Einfuhr russischen Fleisches befürwortet, doch der Minister hat die Zulassung der Einfuhr russischen Fleisches nach Memel über Vajahren abgelehnt und der Stadt anheimgestellt, durch Vermittlung der Landwirtschaftskammer mit Viehwirtschaftsgenossenschaften in Verbindung zu treten. Der Minister treibt also auf diese Weise unseren Agrariern die Kundschaft zu. Das sind die „Maßnahmen“ der Regierung zur Vinderung der Fleischnot.

Eine Folge der Fleischnot.

Zu schweren Kämpfen zwischen Großhandel und Kleingewerbe hat die Fleischteuerung in Oberhessien geführt. Die Donnersmarckhütte, ein Industriebetrieb des 203 Millionen schweren Fürsten gleichen Namens, läßt fremdes Fleisch hereinchaffen und gibt es den Arbeitern zum Selbstkostenpreise ab. Die Fleischmeister der Umgegend führen diese Sozialpolitik des fürstlichen Werkes auf die Absicht zurück, keine höheren Löhne zu geben, wie es nötig wäre, und haben in einer Konferenz mit dem Bürgermeister von Jaberge festgestellt, daß die Hütte bei diesem Verfahren monatlich nur 1200 M. zuzusehen brauche — für sie eine Kleinigkeit — und damit das ganze Fleischergewerbe ruiniere! So wird der konservativste Fleischer zum Vernichter des Mittelstandes, weil die — Agrarier Hölle und Einfuhrschwierigkeiten in exorbitanter Höhe erhalten wollen. Jetzt soll die Handwerkskammer helfen, um die sich das fürstliche Werk natürlich den Teufel scheeren wird. Wenn also demnächst der Gerichts-vollzieher bei den oberhessischen Fleischern einzieht, dann ist es nicht die mittelstandsfreundliche Sozialdemokratie, die ihn schiebt, sondern Herr Hahn, Herr Dertel und Herr v. Donnerstmark, die Oberpatrioten!

Maßnahmen gegen die Teuerung.

Senat und Bürgerschaft der Stadt Bremen haben mit den Mitgliedern der Schlächterinnung als Maßnahme gegen die Teuerung vereinbart, daß die Schlächter Mittwoch bei Abnahme von mindestens zwei Pfund mit Knochenbeilage das Rindfleisch zu 80 Pf. und das Pfund Schweinefleisch zu 85—90 Pf. verkaufen sollten. An diesen „billigen Fleischtagen“ machen die Schlächter ein besseres Geschäft als sonst, weil sie alle Knochen, die sich ansammeln, loschlagen konnten. Darüber wurden so viele Klagen der Konsumenten laut, daß die Teuerungskommission sich veranlaßt sieht, vom Senat und von der Bürgerschaft 100 000 M. zum Einkauf ausländischen Viehes und Fleisches zu verlangen, das den Schlächtern gegen entsprechenden Rügen zum Verkauf überlassen werden soll. Weiter sollen die polizeilichen Bestimmungen über das Halten von Schweinen im Staatsgebiet — mit Ausnahme der engeren Stadt — erleichtert und mit auswärtigen Viehmästereien Verträge auf vermehrte Lieferung von Schlachtwiech abgeschlossen werden.

Soziales.

Die Einigung der französischen Konsumvereine.

Paris, 2. November. (Eig. Ber.) Der gestrige Tag wird in der Geschichte der französischen Genossenschaftsbewegung von entscheidender Bedeutung sein. Die beiden großen Konsumvereinsverbände — der Verband der sozialistischen und Arbeiter-Kooperativen und der neutralistische Genossenschaftsverband — haben nämlich auf zwei Kongressen in Paris und Moanne das von einer gemischten Kommission ausgearbeitete Einigungsprogramm angenommen. Ein Einigungskongreß, der in den letzten Tagen dieses Jahres in Tours abgehalten werden wird, wird die Verschmelzung beider Organisationen auf dieser Grundlage vornehmen. Die französischen Konsumvereine werden dann gleich der sozialistischen Partei und der Arbeiterkonföderation einen einheitlichen, die innerhalb dieser sozialen Aktion wirkenden Kräfte umfassenden Organismus darstellen.

Der Einigungsbeschluss ist auf dem Kongreß des sozialistischen Verbandes nicht ohne Widerspruch gefaßt worden. Die Opposition ging von den Vertretern der bedeutenden Konsumvereine des Nordens aus, die in nahen Beziehungen zur sozialistischen Föderation stehen und ähnlich wie die Genossenschaften im Nordosten Belgien für Propagandazwecke kräftig beisteuern. Theoretisch vertreten diese Genossenschaften die Anschauung, daß die Konsumvereinsbewegung so wenig wie die Gewerkschaftsbewegung sich selbst genügen kann und auch nicht an sich, sondern nur in den Diensten, die sie der nach der Eroberung der politischen Macht strebenden sozialistischen Aktion erweist, einen „revolutionären Wert“ darstellt. Dagegen herrscht in der Mehrheit des Verbandes die Meinung vor, daß die Genossenschaftsbewegung in ihren Zielen eine sozialistische, in ihrer organischen Zusammenfassung tatsächlich eine proletarische Bewegung sei und dadurch, ohne einen formellen Anschluß an die anderen Aktionsformen der Arbeiterschaft, dem Klassenkampf diene. Hierzu kam einerseits die Tatsache, daß der

neutralistische Verband, trotzdem sein geistiger Leiter, Herr liberaler Nationalökonom Charles Gide, in seinem Kurgenossenschaftlerum bisweilen bis zur Rechtfertigung des Streikbuchs gekommen ist, in neuerer Zeit seine antikapitalistischen Tendenzen immer härter betont hat, andererseits die kritische Situation, die sich für die ganze Genossenschaftsbewegung durch das Emporwachsen großer kapitalistischer Organisationen des Lebensmittelhandels mit zahlreichen Filialen und durch die von vielen genutzten und radikalen Kollektivern geforderte gewerbetätige Hebe der Kräfte vorzubereiten scheint.

Unter diesen Umständen war die Annahme des Einigungsprogramms auf dem Kongress der sozialistischen Genossenschaften, wo die Reformisten die große Mehrheit besitzen, nicht zweifelhaft. Die Redner der Mehrheit, wie Poisson, Helies, der Direktor der Großeinlaufgenossenschaft, und Jaurès, der von zwei Genossenschaften des Departements Larn delegiert war, beriefen sich namentlich auf den Beschluß von Kopenhagen, der die Autonomie der Genossenschaftsbewegung festgesetzt habe und sprachen die Überzeugung aus, daß gerade die Autonomie den Einfluß der drei Aktionsformen des Proletariats herbeiführen werde. Die Redner der Minderheit vertraten namentlich die Meinung, daß es sich nicht in erster Reihe darum handle, Genossenschaften mit guten finanziellen Resultaten zu haben, sondern Genossenschaften, die der revolutionären Aktion des Proletariats dienlich sind.

Die Abstimmung ergab 307 Stimmen für, 30 gegen die Einigung und 3 Enthaltungen.

Auf dem neutralistischen Kongress wurde der Einigungsakt einstimmig angenommen.

Im Anschluß an den Kongress des sozialistischen Verbandes fand die Generalversammlung der Großeinlaufgenossenschaft statt. Die Umsatzziffer für das Jahr 1911/12 beträgt 10 610 000 Frank, 112 000 Frank mehr als in der vorangegangenen Periode. Die Genossenschaft befragt die Buchhaltung für 42 Konsumvereine. Sie hat 920 Vereine als Kunden, von denen indes nur 275 Aktionäre sind. Dabei beträgt ihr Kapital nur 80 000, die Reserven 120 000 Frank. Jetzt ist ein Entwurf ausgearbeitet, der von den Vereinen die Leistung von 4 Frank jährlich für jedes Mitglied vorsieht.

Aus Industrie und Handel.

Krupp — Mannesmann.

Trotz entschiedener Dementis, daß Krupp und Mannesmann in eine Kombination eingetreten wären, ist offenbar doch eine engere Beziehung zwischen beiden Werken hergestellt worden. Herr v. Bodenhausen, ein Mitglied des Krupp-Direktoriums, ist in den Ausschüß der Mannesmannwerke eingetreten. Das Mannesmann-Werk hat bereits seit einigen Jahren Beziehungen zu anderen Werken angeknüpft, um seinen Bedarf an Rohmaterialien sicherzustellen. So steht es in Verbindung mit den Rheinischen Stahlwerken, mit Junker und nun auch Krupp.

Neue Kursstürze brachte die gestrige Börse, nachdem schon bereits am Montag eine rückläufige Tendenz vorgeherrschet hatte. An der Berliner Börse herrschten offenbar von Waispökelanten verbreitete Gerüchte über angebliche österreichische Kriegserklärungen und sogar von einem Einmarsch der Armee in den Sandtschaf Kovibazar. Die Kurse gaben infolgedessen um mehrere Prozent nach.

Aus der Frauenbewegung.

Die Tagung der Rückschrittler.

Der vor einiger Zeit gegründete Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation hielt am Sonntag seine erste Hauptversammlung ab. Charakteristisch für den Geist der Veranstaltung waren bereits die einleitenden Bemerkungen des Vorsitzenden Graf v. Reventlow-Berlin: Es werden selbstverständlich zunächst die auf der gedruckten Tagesordnung angelegentlichsten Redner und Rednerinnen das Wort erhalten, als dann werde freie Aussprache stattfinden. Er ersuchte, jeden Redner ruhig anzuhören und mache darauf aufmerksam, daß ihm unter Umständen das Hausrecht zustehe. Die erste Rednerin Frau Anna Schellenberg-Mannheim sprach über

Frauenbewegung und Kultur

und wandte sich gegen die Frauenemanzipation, die die Kultur nur zurückdränge. Wenn die Frauenemanzipation in der bisherigen Weise fortschreite, und man den Beruf der Frauen im Erwerbsleben weiter in den Vordergrund stellt, dann werden die deutschen Mütter sehr bald Mütter einer geistig minderwertigen Nation werden. Man wende nicht ein, daß die Not die Frauen dem Erwerbsleben zutriebe. Dies könne doch schließlich nur die Ausnahme sein. Daß es die Regel geworden sei, daran sei die Frauenemanzipation schuld. Wenn die deutsche Nation nicht moralisch zugrunde gehen solle, dann müsse darauf Bedacht genommen werden, die deutschen Mädchen zu Hausfrauen und Müttern zu erziehen. Es müsse verhütet werden, daß der Mann und die Frau aus dem Hause gehen und das Haus verödet werde. Die Kultur könne nur gefördert werden, wenn das Familienleben wieder zur vollen Geltung komme. — Beifall und starkes Zischen unterbrachen häufig die Rednerin, deren gesamte Ausführungen sich auf dem Niveau der Behauptung bewegten, nicht die wirtschaftliche Not dränge und treibe die Frau ins Erwerbsleben, sondern die Agitation von Frauenrechtlerinnen. Während Frau Schellenberg immerhin nur kraftlose Lebensarten über die Kulturwidrigkeit der „modernen“ Frau vorbrachte, ging Graf Reventlow weit schärfer und größer in seinem Referat über

Frauenbewegung und Staat

vor. Der Redner bezeichnete die Frauenbewegung als staatsfeindlich, zumal sie sich eng an die internationale Sozialdemokratie anlehne. Obwohl Deutschland und Preußen erst durch die Kräfte groß geworden seien und sowohl der Sozialdemokratie als auch der Frauenbewegung die Möglichkeit gegeben haben, sich auszuweiten, so sei sowohl die Sozialdemokratie, als auch die mit ihr engverwandte Frauenbewegung, zum mindesten indirekt bemüht, das Deutsche Reich wehrlos zu machen. Schon der Umstand, daß die Sozialdemokratie bemüht sei, durch Schiedsgerichte den Krieg zu verhindern und ihn möglichst abzukürzen, bedeute eine Schwächung der deutschen Heeresmacht. Die deutsche Frauenbewegung sei ebenfalls bemüht, auf internationalem Wege in Gemeinschaft mit den Frauen anderer Nationen den Krieg möglichst zu verhindern und abzukürzen. Dadurch werde aber der nationale Gedanke ganz wesentlich geschwächt. Die deutschen Frauen müßten es sich zur Aufgabe machen, ein von nationalem Geiste erfülltes Geschlecht zu erziehen, das jederzeit bereit sei, einen etwaigen Angriff von außen mit vollster Begeisterung abzuwehren. Deutschland, das von allen Seiten bedroht sei, müsse stets gegen jeden etwaigen Angriff vollkommen gerüstet sein. Es gebe in dieser Beziehung keine Kompromisse, auch alle Höflichkeit höre dabei auf. So lange die Frauenbewegung nicht deutlich und hörbar von der Sozialdemokratie abtrude, müsse sie sich gefallen lassen, als Teil der Sozialdemokratie und als staatsfeindlich behandelt zu werden. — Das Lob des Massenmordes in den Tagen des Balkankrieges wirkt natürlich besonders geschmackvoll. Besser konnte sich der Bund gar nicht demaskieren. Der Vorwurf, daß alle in der bürgerlichen Frauenbewegung Tätigen Sozialdemokratinnen seien, ist so falsch, daß es einer Kennzeichnung des politischen Artzels des Herrn Grafen wirklich nicht bedarf. Als ein Zwischenruf darauf hinwies, daß auch die evangelischen Frauenvereine dem Zentralverband der bürgerlichen Frauen angegeschlossen sind, schüttelte dieser Ernationale auch sie ab: „Wenn Teile der Frauenbewegung auf nationalem Boden zu stehen glauben, so ist das ein Trugschluß“. Die Damen vom Deutsch-Evangelischen Frauenbund, die bereits von der konservativen Presse heftig angegriffen worden sind, werden sich darüber auch mit dem Grafen auseinandersetzen haben. Die Worte des Grafen Reventlow wirkten denn auch so provozierend, daß von mehreren Damen in ziemlich energischer Weise das Wort zur

Diskussion

verlangt wurde. Aber erst nachdem mehrere Rednerinnen und Redner, darunter der Vater des Bundes, Professor Sigismund-Weinor, ihre rückwärtlichen Ideen verappt hatten, nahm der Vorsitzende Wortmeldungen entgegen. Er gewährte außerdem nur fünf Minuten Redezeit; da eine Frau gewöhnlich in fünf Minuten mehr sprechen könne als ein Mann in zehn Minuten, äußerte der galante Stabhalter, Herr Freitag: Sie sei keine Sozialdemokratin, könne aber den gehörten Ausführungen nicht zustimmen, die wirtschaftlichen Verhältnisse nötigen gar viele Frauen, sich einem Berufe zuzuwenden. Die Zeiten seien vorüber, in denen die Frau die Skabin des Mannes gewesen sei. Die Frauen müssen nach Selbständigkeit streben, der neu begründete Bund werde nicht in der Lage sein, diese Bestrebungen zurückzuführen. — Herr Hohmann: Sie wünsche ebenfalls eine Verneuerung der Ehen. Der Bund solle für Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse Sorge tragen. Im übrigen sei sie eine Gegnerin der Frauenemanzipation, denn der Schöpfer der Frauenbewegung sei die Sozialdemokratie. — Frau Toni Breitscheid: Sie müsse es zunächst zurückweisen, daß die Frauenbewegung einen Teil der Sozialdemokratie bilde, noch mehr aber, daß die Frauenbewegung mit den Feinden des Vaterlandes in Unterhandlungen treten wolle. Auch die Sozialdemokratie sei entfernt, mit den Feinden des Vaterlandes zu verhandeln. Wenn die Sozialdemokratie bemüht sei, einen Krieg durch Schiedsgerichte zu verhindern und eventuell ihn möglichst abzukürzen, so sei das eine Kulturtat ersten Ranges. Sie sei nicht der Meinung, daß ein Krieg das Heil der Völker bedeute; solange es irgendmöglich sei, den Frieden zu wahren, müsse es geschehen. Selbstverständlich könne sie innerhalb 5 Minuten nicht alle Ausführungen widerlegen. Privatdozent Dr. Arnold Ruge (Heidelberg): Bedauerlich sei es, daß die Sozialdemokratie mit Juden durchsetzt sei, deren moralische Auffassung eine andere sei, als die der Germanen. Die Frauenbewegung sei eine Bewegung heimatloser Jungfrauen, kinderloser Frauen, Witwen und Juden. Fräulein Reichelt: Dieser Bund sei die beste Propaganda für die Frauenbewegung. Der Bund werde sich folgerichtig der vielen Frauen und Mädchen annehmen müssen, die genötigt seien, sich selbst zu ernähren. Ohne die Frauenbewegung wäre noch heute den Frauen jedes Studium verschlossen. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Nach diesen ersten öffentlichen Leistungen des Bundes zu urteilen, handelt es sich bei der „Anti“-bewegung um eine kleine Gruppe antikemistischer, kriegsheyerischer Männer und Frauen, die etwa den Eindruck machen, als wenn ein Hund den Mond anbellt. Man wird dementsprechend ihre Bedeutung einschätzen wissen.

Die erste Frauenkonferenz für den Agitationsbezirk Görtly

wurde am vergangenen Sonntag in Görtly abgehalten. 30 Orte waren durch 58 Delegierte — 46 Genossinnen und 12 Genossen — vertreten. Genossin Luise Fieg vom Parteivorstand hielt ein Referat über das Thema: „Wie gewinnen und wie schulen wir die Frauen für die politische Betätigung?“ Außerdem behandelte Genossin Fieg eingehend die wichtige Frage des Kinderdaseins. Folgende Anträge wurden angenommen: 1. Die weiblichen Vorstandsmitglieder der Ortsvereine und der Kreisleitung bilden gemeinsam mit den Gesamtvorständen eine Agitationskommission, welche nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Jahre, zusammenkommt. Die Anstellung einer Sekretärin für die vier schlesischen Agitationsbezirke hält die Konferenz für dringend notwendig und beauftragt die Bezirksleitung, in diesem Sinne zu wirken.

Einen imposanten Abschluß fand die Frauentagung in einer am Sonntagabend abgehaltenen Volksversammlung, in der Genossin Fieg über „Die Hausfrauen und Mütter gegen Lebensmittelteuerung und Kriegsgefahr“ referierte. Der offensichtliche Erfolg der Versammlung bestand darin, daß 60 neue Mitglieder, darunter allein 48 Frauen, für die Partei gewonnen wurden.

Das neue Heim des Bundes für Mutterschutz ist in der ersten Etage Sigmaringer Straße 25 in Wilmerdorf untergebracht und bietet mit seinen gesunden Räumen zehn Müttern und Kindern Unterkunft für die schlimmsten Zeiten der Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit. Die Zimmer für die werdenden Mütter, sowie für die Mütter mit ihren Kindern sind getrennt; daneben befindet sich ein Wohn- und Esszimmer zum Aufenhalt für die Mütter am Tage und bei der Arbeit. Das Heim steht unter Leitung einer Oberin, der zugleich die Materielle In der mit dem Heim verbundenen Auskunftsstelle obliegt.

Zum weiteren Ausbau und der Ausgestaltung des Heimes werden Gaben jeder Art (Wäsche, Kleidungsstücke, Möbel usw. an die Oberin des Heimes, Sigmaringer Straße 25) erbeten; Geldsendungen nur an die Deutsche Bank, Depositionskasse Q, Savignyplatz, Konto des Bundes für Mutterschutz.

Leicabende.

Zehlendorf. Heute Mittwoch, den 6. November, bei Richey, Potsdamer Str. 25: Vortrag der Genossin Ida Baar.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Zentralverband der Hausangestellten. Donnerstag, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Industrie-Festhallen, Guthstr. 20 I: Lichtbildervortrag von Herrn Kurt Vignig: Die Erdoberung der Erdpole. Gäste willkommen. Eintritt 20 Pf.

Gerichts-Zeitung.

Tut nichts, der Streikende wird bestraft.

Die Göttinger Strafkammer hat den Verdammungsgrundsatz gewissenloser Helfer gegen schuldlose Juden, der so treffend in Lessings „Nathan der Weise“ mit den Worten gekennzeichnet wird: „Tut nichts, der Jude wird verbrannt!“ auf die Justiz gegen Streikende übertragen. Tut der Streikende auch gar nichts, steht er nur dabei, wenn ein anderer eine strafbare Handlung begeht, so muß er doch nach Ansicht der Strafkammer verurteilt werden. Deshalb — ja nun, weil er ein streikender Arbeiter ist.

In Niederharden (Kreis Ründen) streikten die Büttelfeldschen Arbeiter. Mit einem Kollegen ging der ausländische Arbeiter Flachsbartch zum Bahnhof Oberharden, wo Streikbrecher Koblen für 30 R. ausluden. „Nehmt Euch in acht,“ jagte H.S. Begleiter, „daß Ihr nicht mal mit blutigen Schädeln nach Hause kommt, wenn Ihr überhaupt nach Hause kommt.“ Flachsbartch stand dabei und sagte gar nichts. Aber alle beide sind von Wändener Schöffengericht jeder zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Flachsbartch Berufung half nichts. „Wenn er auch die Arbeitswilligen nicht mit bedrohte,“ hieß es, „so machte er sich durch sein Danebenstehen und Schweigen strafbar; er hätte gegen die Drohungen, welche sein Begleiter ausstieß, protestieren müssen.“

Es gibt immer noch Richter, die behaupten, Klassenjustiz gäbe es nicht. Hätte ein nicht gegen die Interessen und Rechte der Arbeiter eingenommenes Gericht wie geschehen urteilen können?

Spindel und Altendiebstahl.

Das Schwurgericht in Köln beurteilte am Montagabend den Gerichtskanzlisten Blum zu vier Jahren Zuchthaus, den Kaufmann Graf zu vier Jahren Gefängnis und den Händler Wienen zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus. Der letztere betrieb mit dem Kanzlisten zusammen gewerbsmäßig die Befestigung von Gerichtskanzlisten, zu denen Blum Zutritt hatte, da er einen Vorkaufmannsdiener der betreffenden Gerichtskammer besaß. Wienen ließ sich dafür von Auktionen, Bordellinsidern usw. Beträge von mehreren hundert Mark zahlen. In dem Prozeß wurde festgestellt, daß Wienen auch dadurch verschunden waren, daß ein Referendat sie mit in ein Versteck genommen und sie dort liegen gelassen hatte. In zwei Fällen waren

auch auf den Akten des Polizeipräsidenten Straflisten gestohlen worden.

In der Verhandlung gegen die drei Beurteilten umfiel unumwunden zugegeben werden, daß ein im vorigen Jahre wegen Betruges zu drei Monaten beurteilter Mann namens von der Ruhr in dem Prozeß als Spindel benutzt wurde. Der Polizeispindel bot der Frau und dem Bruder des Graf von Waf wiederholt an, gegen Zahlung von mehreren tausend Mark ihnen zusammenzukommen mit den Bekleidungen zu verschaffen, schließlich sogar, diesem zur Flucht zu verhelfen, wofür er 1000 M. verlangte. Wiederholt sperrte man den Polizeispindel mit Blum zusammen in eine Zelle, damit er diesen ausforsche. Der Spindel war während der Vernehmung von Zeugen zugegen. In einer Wirtschaft räumte sich der von der Ruhr, ihm seien für seine Tätigkeit in dem Aktenprozeß 500 M. von behördlicher Seite versprochen, fernem wolle der betreffende Beamte seine Begnadigung herbeiführen. Tatsächlich hatte von der Ruhr während seiner Spindelstätigkeit die ihm im vorigen Jahre wegen Betruges subskribierte Strafe noch nicht abgehülst.

Der falsche Kriminalbeamte.

Wegen unbefugter Amtsanmaßung hatte sich der Kaufmann Erich Rabbe gestern vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte, der wegen Geisteschwäche schon einmal entmündigt war, war mit einem Schriftfeger Georg P. gut befreundet. Dieser war mehrere Jahre verheiratet, will aber, wie er dem Angeklagten wiederholt sagte, ein sehr unglückliches Eheleben geführt haben, da seine Schwiegermutter in seinem Haushalt das große Wort führen wollte. Beide kamen schließlich auf einen recht abenteuerlichen Plan, durch welchen sich P. von seinem Ehepaar befreien wollte, ohne von der Frau wegen böswilligen Verhaltens mit Alimentenzahlungen in Anspruch genommen zu werden. Gleichzeitig wollte er auch seine sämtlichen Kleidungs- und Wäschestücke heraushaben, die ihm freiwillig wahrscheinlich nicht herausgegeben worden wären. Eines Tages war P. verschwunden. Seine Frau fand dann in dem Briefkasten einen von ihrem Ehemann geschriebenen Zettel, auf welchem dieser ihre mitteilte, daß er sich das Leben nehmen werde. Einige Tage später erschien der Angeklagte bei der Frau P. und gab an, daß ihr Ehemann vollkommen verwahlost im Stenwald aufgefunden worden sei und, da er offenbar geisteskrank sei, sofort nach einer auswärtigen gelegenen Irrenanstalt transportiert worden sei. Er komme vom Polizeipräsidenten und sei beauftragt, sämtliche Sachen ihres Mannes abzuholen, die nach der Irrenanstalt geschickt werden müßten. Die Frau war der Meinung, einen Kriminalbeamten vor sich zu haben, und gab die Sachen heraus. Der Spindel kam jedoch später zur Einbedung und Rabbe mußte seinen Freundschaftsdienst mit der jetzigen Anklage büßen. — Der Staatsanwalt beantragte 1 Monat Gefängnis, das Gericht ließ jedoch Milde walten und erkannte nur auf 30 M. Geldstrafe eventuell 3 Tage Gefängnis.

Sittlichkeitsverbrechen.

Schwere Verfehlungen haben den Oberpolizeikommissar Heinrich Klengst auf die Anklagebank gebracht. Unter der Anklage des wiederholten Verbrechens gegen den § 176 St.G.B. hatte sich Kl. gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Wie die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung ergab, hatte sich Kl., der verheiratet ist und selbst Kinder hat, wiederholt an 12-jährigen Schulkinder vergangen. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit derartiger Straftaten, durch welche das Gemüt unschuldiger Kinder für immer vergiftet werde, eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr. Das Gericht hielt trotz des Reuens des Angeklagten die Straftaten für festgestellt und erkannte auf 8 Monate Gefängnis.

Schamlose Erpressung.

Erpressungen, denen ein wohlhabender Rentier zum Opfer gefallen war, bildeten den Gegenstand eines Prozesses, welcher gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmer der 2. Strafkammer des Landgerichts III bejahigste. Aus der Untersuchungssache wurde der frühere Berliner Max Schröder vorgeführt, um sich wegen wiederholter verübter und vollendeter Erpressung zu verantworten. Wais angeklagt war früher noch der Rechtskandidat Erich Blasius aus Königsberg, der zurzeit jedoch nicht auffindbar ist. Die beiden Angeklagten, die früher in Königsberg wohnhaft waren, hatten dort die Bekanntschaft eines Rentiers gemacht, der, obwohl er verheiratet war, mit besonderer Vorliebe die Bekanntschaft von jungen Leuten zu machen suchte. Am 1. März v. J. suchte der Angeklagte den Rentier in dessen Wohnung auf, nachdem er vorher mit Blasius verhandelt hatte, daß sie dieser auf ein bestimmtes Zeichen hin „überzockten“ sollte. Diese Szene ging auch ganz programmäßig vonstatten. Blasius gab sich als Referendar aus und erklärte dem Opfer an der Hand eines wahrscheinlich extra zu diesem Zwecke mitgebrachten Strafgesetzbuches, daß er sich solchen strafbar gemacht habe. Er sei gezwungen, von dieser Straftat der Behörde Mitteilung zu machen, da er sich als Beamter selbst strafbar machen würde, wenn er eine Anzeige wegen einer ihm bekanntgemachten Straftat unterdrücken würde. Der fast zu Tode geängstigte Rentier warf sich dem angeblichen Referendar zu Füßen und beschwor ihn himmelhoch, ihn und seine Familie nicht unglücklich zu machen. Der Angeklagte Schröder spielte, seiner Rolle getreu, ebenfalls den Verzweifelten und fragte als erster, ob man denn die Sache nicht mit Geld aus der Welt schaffen könne. Der angebliche Referendar spielte nun den Enttäuschten und hatte sogar die Frechheit, sich über das „Treiben“ moralisch höchlich zu entrüsten. Schließlich zeigte er sich nachgiebig und verlangte die Kleinigkeit von 40 000 M. Als der Rentier erklärte, daß die Zahlung dieser Summe gleichbedeutend mit seinem Ruin sei, ermähigte Blasius nach und nach seine Forderung auf 6000 M., von denen sofort 5000 M. in bar bezahlt wurden, während der Rest einige Tage später bezahlt werden sollte. Inzwischen setzte sich der Erpreßte mit einem Debitiv Zeißing in Königsberg in Verbindung, dem es gelang, von den beiden Erpressern 2000 M. zurückzuerlangen, während die noch fehlenden 3000 M. von dem Vater des Blasius zurückgezahlt wurden. Blasius wurde dann nach Amerika abgeschoben, kam aber nach kurzer Zeit wieder und soll sich jetzt in Breslau aufhalten, wo er sein Studium wieder aufgenommen haben soll. Dem Rentier wurde durch jenen Vorfall seine Heiratschance so verleidet, daß er nach einem Vorstoß im Norden Berlins übersiedelte. Eines Tages erschien der Angeklagte Schröder wieder bei ihm und forderte die Summe von 5000 Mark und ein Schiffbillet nach Amerika. Der Rentier ging zum Schein darauf ein und bestellte den Erpreßter zum nächsten Tage nochmals in seine Wohnung. In der Zwischenzeit setzte er sich mit dem Degenerenten für derartige Straftaten bei dem Polizeipräsidenten, Kriminalkommissar Dr. Kopp, in Verbindung, dem er sich offenbarte. Am nächsten Tage erschien Schröder wieder in der Wohnung. Gerade als er seinem Opfer erklärte, daß ihm nichts passieren könne, da er unter dem § 51 liehe und schon rechtzeitig den Verträgen spielen werde, öffnete sich die eine Tür und der Kriminalwachmeister Haber, der sich bis dahin in dem Nebenzimmer verborgen gehalten hatte, nahm den völlig überraschten Erpreßter nach einem kurzen Handgemenge fest.

Da sich später ergab, daß in der Familie des Angeklagten tatsächlich mehrere Fälle von Geisteskrankheit vorgekommen waren, waren zu der gestrigen Verhandlung der Gerichtsdirektor Medizinalrat Dr. Hoffmann und der Oberarzt Dr. Blaser vom Schönberger Krankenhaus als Sachverständige geladen worden. Beide befanden sich übereinstimmend, daß der Angeklagte ein degenerierter und in gewissem Sinne minderwertiger Mensch sei. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die außerordentlich gemeine und verbrecherische Tat des Angeklagten die Höchststrafe von 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Bedauerlich sind jene Taten, deren Naturanlage zu Verirrungen auf dem geschichtlichen Gebiete führt. Durch die im § 176 St.G.B. angeordnete Bestrafung wird das Uebel aber nicht beseitigt, wohl aber schamlosen Erpressungen Tür und Tor geöffnet.

Gewerkschaftliches.

25 Jahre Steinsetzerorganisation.

Der Verband der Steinsetzer blüht in diesen Tagen auf ein 25jähriges Bestehen zurück. Unstreitig groß sind die Erfolge, die der — gemessen an den Mitgliederzahlen der modernen Gewerkschaften — nur kleine Verband in dieser Zeit errungen hat; fast noch größer aber sind die Fortschritte in der geistigen Entwicklung, auf die der Verband heute zurückzuführen kann. Der Verband ist nämlich etwas ganz anderes geworden, als er nach dem Willen seiner Gründer einst werden sollte. An seiner Spitze standen nur ausgesprochene Rüstler, und eine Jungorganisation sollte auch die Zentralorganisation werden, die nach einem Kongressbeschluss vom November 1886 im Jahre 1887 ins Leben trat. Nicht die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, nicht die Erzielung günstigerer Löhne war die Aufgabe, die dem Verein gestellt wurde, sondern die „Herbeiführung eines geregelten Gesellenwesens im Steinsetzergewerbe“. Alles was keinen günstigen Lehrbrief aufzuweisen hatte, sollte nicht nur von dieser Organisation ausgeschlossen sein, sondern die Gründer bildeten sich sogar ein, Nichtsichtige aus dem Berufe auszuschalten zu können. „Das Strohdwesen, das sich Steinsetzergeselle nennt, und unser Gewerbe so in Mißkredit bringt, soll beseitigt werden“, hieß es in einem Flugblatt, das damals hinausging. Als „Strohde“ bezeichnete aber der jüngste Steinsetzer alles, was nur eine gewöhnliche behördlich abgestempelte Bescheinigung über seine Lehrzeit oder vielleicht auch gar nichts aufzuweisen hatte, mochten die betreffenden Arbeiter auch sonst ihr Handwerk voll auf den Beinen. Und natürlich waren die „ungelernten“ Berufsangehörigen: Mauerer, Hilfsarbeiter, Steinhauer erst recht von dieser Organisation ausgeschlossen. Während unter den jüngsten Gesellen das kollegiale „Du“ streng vorgeschrieben war, wurde eifersüchtig darüber gewacht, daß im Umgang mit allen anderen das zerknirschliche „Sie“ beibehalten wurde. Natürlich lebten die Jünglinge mit den jüngsten Meistern im „besten Einvernehmen“ und an dem „großen Quartaltagen“ ließen diese es sich nicht nehmen, zur „Ergrüßung der Brüderlichkeit“ etliche Goldstücke springen zu lassen. Das ging in Berlin noch bis in die 90er Jahre so. Auch in den anderen alten Verbänden hat es sich so lange erhalten. Als auf dem ersten Verbandstage 1888 in Dresden darüber verhandelt wurde, ob die Hamburger Steinsetzer, die mit den Mauerern schon immer zusammen organisiert gewesen sind, in den Verband aufgenommen werden könnten, wurde geltend gemacht, „daß in unseren Verband nur Meister und Gesellen gehören“.

Table with 2 columns: City and Wage (1887 and 1912). Rows include Berlin, Breslau, Königsberg, Stettin, Halle a. S., Potsdam, Kordhausen, Dresden.

Es hat harter Kämpfe in dem eigenen Reiche bedurft, bis die Steinsetzer begriffen hatten, daß auch sie in die Reihen der Klassenbewußten Arbeiter gehören, und besonders in Berlin, dem geistigen und finanziellen Zentrum des Verbandes, hat dieser Kampf am heftigsten geblüht. Endlich im Jahre 1892 gelang es das Prinzip der Kampforganisation wenigstens äußerlich zum Durchbruch zu bringen. Die inneren Gegensätze und Kämpfe waren damit allerdings noch immer nicht überwunden. Aber es ging nun doch auch in materieller Hinsicht mit Riesenschritten vorwärts. Das beweist am besten eine Gegenüberstellung der Löhne in den acht Orten, die bei der Gründung dem Verbands beitraten, mit den Löhnen heute:

Das ist eine Steigerung um durchschnittlich 100 Proz. Es sind das noch nicht einmal die größten Fortschritte, die gemacht worden sind. Es sind mehrere Orte vorhanden, in denen die eingetretene Lohnsteigerung bis zu 150 Proz. betragen. Mit der Steigerung der Löhne hat die Verkürzung der Arbeitszeit gleichen Schritt gehalten. Sie ist diesmal um zwei bis drei, ja selbst bis zu vier Stunden pro Tag herabgesetzt worden. Die große Mehrzahl der Berufsangehörigen arbeitet heute nur noch 10 Stunden und weniger; mehr als die Hälfte hat die neun- und neuneneinhalbstündige Arbeitszeit, während noch anfangs der 90er Jahre die gesundheitswidrige Arbeitszeit die Ausnahme bildete und Arbeitszeiten bis zu 14 Stunden die Regel waren.

Gewaltig sind aber auch die Opfer, die die Mitglieder gebracht haben. Im Jahre 1892, dem letzten Jahre der Jungorganisation, brachten die 2250 Mitglieder etwas über 8000 M. auf. Im Jahre 1911 betrug die Mitgliederzahl 10 701, die Gesamtsumme 848 370 Mark. Während sich also die Mitgliederzahl vervierfacht hat, haben sich die Einnahmen um das mehr als Vierzigfache gehoben. Eine gewaltige Steigerung!

Berlin und Umgegend.

Hungerlöhne in der Berliner Metallindustrie.

Der Transportarbeiterverband hatte am Sonntag eine Versammlung der in den Berliner Metallbetrieben beschäftigten Bader, Dreher, Lager-Betriebshilfs-, Hof- und Transportarbeiter und Arbeiterinnen einberufen, die die Forderung der am Sonntag vorher politisch aufgelösten Versammlung bildete. Vor Eintritt in die Tagesordnung schilderte der Vorsitzende nochmals den Gewaltakt der Polizei. Nicht aus eigener Initiative, sondern auf Anordnung der vorgehenden Behörde habe der Polizeihauptmann die Versammlung aufgelöst. Auch die heutige Versammlung sei mit der Anwesenheit von zwei Polizeioffizieren besetzt worden, die auf die Mitgliederkontrolle am Eingang des Saals geachtet hätten. Nachdem der Vorsitzende dann noch auf die Gewerkschaftswahlen hingewiesen habe, ergreift nach einem einleitenden Gesangschor des Gesangsvereins Berliner Transportarbeiter P. z. m. e. das Wort zu seinem Referat über „Hungerlöhne in den Berliner Metallbetrieben und unsere Forderungen auf Einführung gesunder

Zustände“. Die gegen die herrschende Teuerung getroffenen Maßregeln seien absolut unzulänglich, so daß die schlecht bezahlten Kollegen in den Metallbetrieben außerordentlich unter der Teuerung zu leiden hätten. Gerade die großen kapitalkräftigen Firmen zahlten die miserabelsten Löhne. Selbst der Leiter eines großen bürgerlichen Zeitungsverlags habe es als erstaunlich bezeichnet, daß noch solche Löhne gezahlt würden; es sei verwunderlich, wie man mit Stundenlöhnen von 42 Pf. auskommen könne. Die Einstellungs-löhne betragen in den Großbetrieben zum Teil noch 35 Pf. pro Stunde. Aus der aufgenommenen Statistik ergebe sich, daß die Höchstlöhne in den Großbetrieben 46—56 Pf., in den Mittelbetrieben 32—35 Pf. und in den Kleinbetrieben 20 Pf. und darüber seien. Durchschnittslöhne wurden gezahlt in Großbetrieben 30 Pf., in Mittelbetrieben 42½ Pf. und in Kleinbetrieben 45—47½ Pf. pro Stunde. Die Einstellungs-löhne stellen sich in den Großbetrieben auf 3,61 M. pro Tag, 21,06 M. pro Woche, in Mittelbetrieben auf 3,82½ M. bzw. 22,95 M. und in Kleinbetrieben auf 4,27½ M. bzw. 25,65 M. Die Höchstlöhne seien in Großbetrieben 4,50 M. bzw. 27.— M., in Mittelbetrieben 4,77 bzw. 28,62 M. und in Kleinbetrieben 5,55 bzw. 34.— M.

Im allgemeinen würden noch Kranken- und Invaliditätsversicherungsbeiträge abgezogen. Wie solle nun ein Familienvater mit 20 M. Wochenlohn auskommen? Die Unternehmer wollen zwar nicht gern davon hören, daß sie noch solche Hungerlöhne zahlen. Der Inhaber der Firma Festan u. Sohn in Lichtenberg z. B. habe das auch nicht mehr haben wollen und um eine Unterbrechung ersucht. Man habe als Ort der Zusammenkunft das Gewerkschaftshaus vorgeschlagen; er habe aber gemeint, „dieses Haus betreue er nicht“. Auch sein Kontor hätte ihm zu dem Zweck nicht gepaßt, monauf man sich schließlich auf seine Privatwohnung geeinigt habe. Auch er habe die niedrigen Löhne zugeben müssen.

Nach der Statistik siehe fest, daß in den Großbetrieben 4000 Kollegen nur 20 M., weitere 4000 21,95 M. und 2500 zwischen 26 und 28 M. pro Woche verdienen. In den Mittelbetrieben arbeiten 700 Kollegen für 22,95 M., 700 für 24,85 M. und 600 für 27,62 M. pro Woche. In den Kleinbetrieben erzielen 200 Kollegen 24,65 M., 200 28,70 M. und 100 33—34 M. pro Woche. In einer Eisenfabrik werde noch ein Anfangslohn von 32 Pf. und Höchstlöhne von 38—40 Pf. gezahlt. Die Firma Vorfig, die anlässlich ihres Jubiläums so sehr mit großen, schönen Worten gefeiert worden sei, läßt ihre Arbeiter mit Einstellungs-löhnen von 36, 38 und 42 Pf. hungern.

Wenn man nach einer Statistik aus der Kaiserlich Statistischen Anstalt für eine vierköpfige Familie nur 81,20 M. pro Woche annehme, die nötig seien, um die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen, so müsse man sagen, daß 90 Proz. der Kollegen nicht in der Lage seien, ihre Familie richtig ernähren zu können und sie daher trotz Mitarbeit von Frau und Kindern vielfach gezwungen seien, ihre Lebenshaltung auf ein unentbehrliches Maß herabzudrücken. Auf der einen Seite zähle man den Arbeiter Hungerlöhne, um auf der anderen Seite die reichsten Gewinne für die Nichtstauer herauszuwirtschaften. Notwendig sei eine Verstärkung der Organisation, um eine einheitliche, geschlossene Aktion der Arbeiter herbeizuführen.

In der Diskussion wurden die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten nach verschiedenen Gesichtspunkten unterstrichen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Sonntag, den 2. November 1912, im den Flurssälen versammelten Bader, Lager-, Betriebshilfs- und Transportarbeiter aus den Groß-Berliner Metallbetrieben stellen fest, daß unter der gegenwärtigen Teuerung die arbeitende Bevölkerung schwer leidet. Besonders hart aber trifft die Teuerung die minderbemittelten Arbeiterschichten. In letzteren gehören auch die in den Berliner Metallbetrieben beschäftigten Berufsangehörigen. Ihre Lage ist durch die Teuerung eine verzweifelte geworden. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß trotz der enormen Teuerung in den Metallbetrieben Löhne bestehen, die auskömmliche nicht sind und mit Recht als Hungerlöhne bezeichnet werden können. Selbst in gut fundierten und kapitalkräftigen Betrieben werden Wochenlöhne von 18 bis 21 M. gezahlt. Die Durchschnittslöhne betragen selten mehr als 24 M. wöchentlich. Mit solchen Einnahmen eine Familie zu ernähren, gehört zur Unmöglichkeit, und die Folge ist, daß Not, Sorge und Elend das Familienleben verhinntern und in hohem Maße Krankheit, Elend und frühe Arbeitsunfähigkeit erzeugen. Die Versammelten bringen zum Ausdruck, daß hier bringende Hilfe geboten ist und geeignete Maßnahmen sofort zu treffen sind. In Anbetracht dieser Verhältnisse stellen die Versammelten folgende Forderungen auf und erwarten ihre recht baldige Durchführung:

- 1. Verkürzung der Arbeitszeit, und zwar auf täglich 8 Stunden.
2. Erhöhung der Löhne, und zwar dergestalt, daß der Mindestlohn nicht unter 50 Pf. pro Stunde betragen darf.
3. Da Nachtschicht erhebliche Kraftausübungen erfordert, so ist diese Arbeit mit einem prozentualen Zuschlag zu bezahlen.
4. Bei nicht ständigem Schichtwechsel darf Nacharbeit nur dann verlangt werden, wenn dieser eine mindestens achtstündige Ruhepause vorausgegangen ist.
5. Notwendig zu machende Überstunden sind mit einem Zuschlag zu bezahlen. Für Arbeitsvereinerung und sonstige Einrichtungen ist mehr Sorge zu tragen.
Da die vorgenannten Forderungen sich im Rahmen des absolut Zulässigen bewegen, so erwarten die Versammelten ihre recht baldige Durchführung. Damit aber diesen Forderungen der notwendige Nachdruck verliehen wird, verpflichten sich die Versammelten, für den vollen Ausbau der Organisation einzutreten und erwarten von allen Benutzenden, daß sie umgehend Mitglied des Verbandes werden, um so eine geschlossene Einheit zu bilden.“

Der Streit bei der Firma Wöhler, Saarbrücker Straße, dauert fort. In einem Schreiben der Firma vom 30. Oktober an den Verband der Maschinen- und Heizer heißt es, daß das Maschinenpersonal sowohl hinsichtlich der Löhne als auch des Urlaubs weit besser gestellt sei, als wie in dem Entwurf des Verbandes vorgemerkt ist. Damit gibt die Direktion eigentlich zu, daß die Forderungen außerordentlich beschärfen sein müssen. Wäre es nur so, wie die Firma behauptete. Wir sind jedoch leider gezwungen, festzustellen, daß dies ganz und gar nicht der Fall ist. Die Löhne der Maschinen- und Heizer betragen bis jetzt 33—35 M. pro Woche, gefordert wird ein Anfangslohn von 36 M., steigend jährlich um 1 M. bis 38 M. Die Löhne der Hilfsarbeiter betragen 28 bis 31 M. die Woche, gefordert wird ein Anfangslohn von 31 M., steigend jährlich um 1 M. bis 33 M. Im Rheingold und Hotel Fürstendof muß eine Arbeitszeit von 70, 80, ja sogar 97 Stunden pro Woche geleistet werden.

Als Arbeitswille fungieren der Schlossmeister Sub-sinski und ein Hilfsarbeiter König, während der Obermeister Doe als Arbeitswillingenagent fungiert. Leider wird den Anzuwendenden nicht gesagt, daß die Firma bestrebt ist, Kollegen, die volle Solidarität, dann wird der Sieg nicht ausbleiben.

Zentralverband der Maschinen- und Heizer, Bahnhalle Groß-Berlin.

Achtung, Besamteriere! Bei der Firma Nordst u. Co. in Erfurt sind Differenzen ausgebrochen. Arbeitsangebote seitens dieser Firma sind daher abzulehnen. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Ortsverwaltung Erfurt des Deutschen Legitarbeiterverbandes.

Berichtungs. In unserer gestrigen Notiz mit der Epithete „Der Hottischerstreik“ muß es nicht heißen: Expeditionsfirma H. Krikel, sondern: Expeditionsfirma H. Kinkel, Hamburger Bahnhof.

Deutsches Reich.

Wahlen zur Angestelltenversicherung.

In Saarbrücken erhielt die Freie Vereinigung von 1130 abgegebenen Stimmen 302, die Antisemiten 216. Die Freie Vereinigung erhält einen Vertrauensmann und einen Erfahrmann, die Antisemiten und der Werkmeisterverband je einen Vertrauensmann und einen Erfahrmann. Drei Erfahrlente werden von den übrigen Verbänden gestellt. Das Resultat ist für die Freie Vereinigung um so bemerkenswerter, als die Saarbrücker Polizei in den letzten Tagen alles mögliche versucht hat, um die Agitation der Freien Vereinigung zu unterbinden. Wiederholt wurden Flugblattverbreiter festgenommen, sogar eine Beschlagnahme der Flugblätter erfolgte.

In Hof i. B. erhielt die Freie Vereinigung von 457 abgegebenen Stimmen nur 35. Das städtische Plakatinstat hatte der Freien Vereinigung den Anschlag von Plakaten verweigert, weil die Illustration des Plakates eine „Verächtlichmachung des Hauptauschusses“ bedeutet haben sollte!

In Hagen i. W. übten von 1900 Wahlberechtigten 893 ihr Wahlrecht aus. Auf die fünf Listen der Gegner entfielen 845, auf die Freie Vereinigung nur 45 Stimmen. Die zu wählenden drei Vertrauensmänner und sechs Erfahrmänner erhält sämtlich der Hauptauschuss, die Freie Vereinigung geht leer aus.

In Kronenberg (Rheinland) erhielt der Hauptauschuss 55 Stimmen, 2 Vertrauensmänner und 4 Erfahrmänner; die Freie Vereinigung 27 Stimmen, einen Vertrauensmann und einen Erfahrmann.

In Posen erhielt die Freie Vereinigung mit 300 Stimmen einen Erfahrmann, der Hauptauschuss mit 870 Stimmen 2 Vertreter und 2 Erfahrlente und eine Wahnschlichte mit 1247 Stimmen 2 Vertreter und 5 Erfahrlente.

Dem Kreise Lieberbarnim, in dem Sonntag unter großer Beteiligung gewählt wurde, liegt das Resultat noch nicht vor. In einem Orte des Kreises, der extra wählte, Lichtenberg, erhielt die Freie Vereinigung von 1246 abgegebenen Stimmen 773, 2 Vertreter und 4 Erfahrmänner; der Hauptauschuss 468 Stimmen, einen Vertrauensmann und 2 Erfahrmänner.

Wie das Kapital mit den Arbeitswilligen umspringt!

Ein erschütterndes Bild menschlichen Elends berichtet der „Dortmunder General-Anzeiger“. Zwei kranke Zinkhüttenarbeiter sollten in eine Lungenheilanstalt. Sie mußten aber warten, weil die in Frage kommende Heilstätte voll belegt war. Obwohl beide arbeitsunfähig waren, wurden sie von der Leitung der Zinkhütte in Dortmund zur Weiterarbeit aufgefordert. Der Hausarzt hatte allerdings „leichte Arbeiten“ gestattet. Der Direktor meinte aber, es müsse gearbeitet werden was vorkomme. Wieder zum Arzt geschickt, soll der zu einem der beiden gefagt haben: „Sie sind krank, ich muß Sie aber gesund schreiben.“ Der Anse könne nicht mehr aufgeladen werden. Auf einer anderen Hütte wurde dieser Arbeiter als krank zurückgewiesen, als er da, wie ihm geraten worden war, nach Arbeit anfragte. Die beiden lungenkranken Zinkhüttenarbeiter wohnen in Werkskafien, es wurde von ihnen verlangt, daß sie das Krankengeld zur Mietzahlung benutzen. Das ging dann natürlich nicht und als ein Monat Miet rückständig blieb, wurde von der Wohlfahrtsfirma die Räumungsbefehl eingeleitet. Die Frau eines der beiden Arbeiter ist dabei auch noch wegen eines Wochenbettes arbeitsunfähig.

Rum weisen die Arbeiterorganisationen darauf hin, daß einer der beiden Drangsaliierten bei dem vor einiger Zeit ausgebrochenen Streik der Arbeiter jener Zinkhütte zu den Arbeitswilligen gehörte und auch andere Arbeiter nach der Hütte zog. Er hat jetzt „seine Schuldigkeit getan“, er hat sich die Lungenenschwindsucht geholt und wird krank und bloß auf die Strahe gesetzt.

Das ist der Dank vom Hause Kammon!

Koalitionsrechtbraub in den Altonaer Straßenbahnbetrieben.

Die Streckenarbeiter der elektrischen Bahn Altona-Blankenese A.-G. sowie die Arbeiter in dem mit diesem Betriebe verbundenen Elektrizitätswerk leiteten eine Lohnbewegung ein. Die Folge war, daß auch das Fahrpersonal sich ihrer Berufsorganisation, dem Transportarbeiterverband, anschloß. Davon hatte der Betriebsleiter der Bahn, Herr v. Gerstein und Hohenstein, Kenntnis erhalten. Er berief die Arbeiter und das Fahrpersonal zu einer Versammlung zusammen. Nachdem er die verschiedensten Instruktionen erteilt hatte, ließ er die Arbeiter abtreten und „erteilte den Befehl“, daß das Fahrpersonal noch bleiben solle. Als die Arbeiter fort waren, fragte er die Fahrer und Schaffner, wer alles im Verbands sei. Von 88 traten 82 vor. Darauf erklärte der Herr Direktor, wer bis zum 15. November nicht aus dem Verbands ausgetreten sei, würde entlassen. Einige Tage später erkundigte er sich beim Personal, ob sie seinem Befehl Folge geleistet hätten. Als das von allen bejaht wurde, fragte er nach den Umständen der Nichtausführung seiner Anweisungen. Die Angestellten wiesen auf die Vorteile der gewerkschaftlichen Organisation hin. Herr v. Gerstein und Hohenstein sprach daraufhin seine Bereitwilligkeit aus, beim Ausschuss vorstellig zu werden, daß den Mitgliedern des Transportarbeiter-Verbands in seinem Betriebe die geleisteten Beiträge aus der Betriebskasse zurückerstattet würden. Außerdem wollte er sich mit einem Rechtsanwalt in Verbindung setzen, ob man den Verband nicht zwingen könne, einen Teil der Beiträge zurückzugeben. Seine Ehre lasse es nicht zu, daß er als Vertreter einer Millionengesellschaft mit Arbeiterorganisationen verhandele, gab er als Grund seines Vorgehens an. Schon am 29. Oktober wurde dann folgende Bekanntmachung erlassen:

Bekanntmachung an die Fahrer und Schaffner!

Unter Bezugnahme auf die Versammlung der Angestellten am Mittwoch, den 23. Oktober, morgens 8 Uhr, in unserer Zentrale in Rensstetten teilt die Direktion den Schaffnern und Fahrern mit, daß wir bereit sind, die bisherigen Auslagen der Mitglieder an den Verband, das heißt das Eintrittsgeld und die wöchentlichen Beiträge zu erlösen.

Die Schaffner und Fahrer werden hierdurch aufgefordert, jeder für sich eine Aufstellung der Auslagen bis Freitag, den 8. November, mittags 12 Uhr, an die Direktion einzureichen, damit eine Auszahlung der bisher geleisteten Beiträge erfolgen kann. Diejenigen Schaffner und Fahrer, welche aus dem Verbands nicht austraten wollen, unterlassen die geforderte Aufstellung und wird hierdurch gleichzeitig bekannt gegeben, daß auf ihre Dienste am 15. November nicht mehr reflektiert wird.

Gleichzeitig machen wir ausdrücklich bekannt, daß von denjenigen Schaffnern und Fahrern, welche bis zum 15. November aus dem Verbands nicht ausgetreten sind, auch späterhin eine Anstellung bei unserer Gesellschaft ein für allemal ausgeschlossen ist.

Elektrische Bahn, Altona-Blankenese A.-G., Die Direktion.

gez. E. Vogel v. Gerstein.

An die Arbeiter des Werkes ist ein derartiges Entschließen nicht gestellt worden und zwar, weil sie jetzt nicht gebraucht werden. Die Bahn ist mehr auf den Sommer angewiesen, weil fast nur Hamburger resp. Altonaer Ausflügler die Bahn benutzen. Im Winter findet daher eine starke Einschränkung des Betriebes statt und so glaubt die Direktion, einen Teil des Personals auf billige Art los werden zu können. Denn daß die Angestellten auf dieses Verlangen nicht eingeben, ist selbst der Direktion klar. Die Arbeiter des Werkes sowie Streckenarbeiter haben sich in einer Versammlung bereit erklärt, das Fahrpersonal nach jeder Richtung hin zu unterstützen.

Leihhaus Moritzplatz 58a

„Vorwärts“-Leser erhalten 10% Rabatt.
Kauf Sie von Kavaliern getrag. Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster, größtenteils auf Seide gearbeitet, von 9-18 M. Große Auswahl in eleganter neuer Garderobe. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschjackets, Kostümen, Kleidern, hochelegant. Große Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, früher bis 200 M., jetzt 15-75 M. — Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig.
Moritzplatz 58a.

Moslem

feinste Qualitäts-
Cigarette
Stück 3-8

Sprechapparate

allerneueste Modelle, mit echten Pathé-Platten (ohne jeden Nadelwechsel mit einem die Platten nicht zerstörenden Saphirstift zu spielen), erhalten Sie nur von uns gegen Monatsraten von 3 Mk. an **ohne Anzahlung**
5 Tage zur Probe
Bei Bezug unserer Spezial-Modelle kaufen wir Ihren alten Apparat mit 20 M. zurück
Verlangen Sie sofort die III. Preisliste
Bial & Freund, Postfach 120/299 Breslau

Roland Schuhwaren

Vertriebsgesellschaft m. b. H.
Königstrasse 53-54.
Schuhwaren-Einzel-Verkauf zu Engross-Preisen

Damen Schuh mit Lederzahn 1.45	Damen Stiefel schräg 5.85	Lederzahn mit Schwaib 1.95
Herren Stiefel Lederzahn 5.85	Damen Schuh Kalblach 6.85	Damen Stiefel Stapsel 7.35
Herren Stiefel Lederzahn 10.15	Damen Ball und Gesellschaft Schuh 5.85	
Damen Lederzahn Derby 4.95	Herren Stiefel 4.95	Damen Stiefel 4.85
Herren Stiefel Goodyear Welt 9.90	Damen Stiefel Goodyear Welt 9.90	

Club-impression Abteilung Galoganzheitskäufe.

Gegründet 1864

Pelzwaren.

Engros-Export.
S. Schlesinger,
Neue Königsr. 21
Ordonnanzhaus.
Kein Laden!
II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigsten Preisen.
Pelz-Stolas
Muffen
Chick garnierte
Damenpelzhüte
federleicht.
Reparaturen sauber und billig.
Sonntag geöffnet.
Bitte genau auf Hausnummer 21 zu achten.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletots nach Mass, schick, dauerh. Zutaten von 25 Mark an. **Moritz Laband,** Neue Promenade 6, II. (Städt. Bäder.)

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 6. November 1912.
Anfang 8 10 Uhr.
Schiller-Charlottenburg. Wallenstein's Tod.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Verliner. Nabala und Liebe. Deutsches Schauspielh. Egmont.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rgl. Opernhaus. Die Stimme von Vortici.
Königl. Schauspielhaus. Die Nebenbuhlerin.
Deutsches. König Heinrich IV. 1. Teil.
Virtus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Virtus Busch. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Irania. Taubenstraße 48/49. An den Seen Ober-Italiens. Hofsaal 8 Uhr: Dr. Wilhelm Berndt: Von den Grenzen des organischen Lebens.
Königsgräber Straße. Die fünf Brankfurter.
Leitung: Gudrun.
Sommerbühne. Mein Freund Teddy.
Schiller O. Der Tallisman.
Schiller-Charlottenburg. Im weißen Röhl.
Verliner. Ringenber. Kleines. Magdalena. Residenz. Gemütsmenschen. Komödienhaus. Die Generalde. Deutsches Schauspielhaus. Der gültigste Feind.
Thalia. Autolieschen.
Theater am Rollendorplatz. Der Abend in der Unterwelt.
Kurfürsten-Cover. Der Ruhreigen. Kroll. Prinz Rahl.
Montis Operetten. Der Frauenkeller.
Luisen. Des andern Ehre. Rose. Von Stufe zu Stufe.
Metropol. Chausseur — ins Metropol.
Trianon. Liebesbarometer.
Sternfeld. Die Alpenbrüder. Endlich allein.
Casino. Der Großfürst. Reichshallen. Spezialitäten. Wollgasse. Spezialitäten. Königsstadt-Kasino. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus Orsi.
Enfängerband. Mein alter Herr. Soltes Caprice. Der kaisliche Joseph. Der Rehböck.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Liebesbarometer. Der Kommerzienrat.
Anfang 10 Uhr.
Admiralspalast. Die kleine Charlotte.
Sternwarte, Invalidenstr. 67-62.

Schiller-Theater O. Ballmer-Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Tallisman.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Des Pfarrers Tochter von Strolachdorf.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Kinder der Exzellenz.**
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, nachmittags 3.10 Uhr: **Vorstellung des Vereins „Kunst-Theater“: Wallenstein's Tod.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Im weißen Röhl.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Kinder der Exzellenz.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Im weißen Röhl.**
Deutsches Schauspielhaus
Heute nachmittags 3 1/2 Uhr: Egmont.
Abends 8 Uhr: **Der gut sitzende Frack.**
Theater am Rollendorplatz (Neues Schauspielhaus).
Täglich abends 8 Uhr: **Wahngänger Künstler-Theaters: Cyphens in der Unterwelt.**
Sonnabend, 9. Nov., nachm. 3 Uhr: **Schneewittchen.**
Residenz-Theater.
8 Uhr: **Gemütsmenschen.**
Schwanz in 3 Akten von Fritz Friedmann-Reberich. Morgen und folgende Tage: **Gemütsmenschen.**
Montis Operetten-Theater (früher Neues Theater).
Abends 8 Uhr: **Der Frauenkeller.**
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr: **Von Stufe zu Stufe.**
Zu der Vorstellung am Donnerstag sind sämtliche Plätze bereits vergeben.
Preisatz zum ersten Male: **Die größte Zauberei.**
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: **Kauschen gefaltet.**
Chausseur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von J. Freund. Heute zum 250. Male das sensationelle Eisballett „Yvonne“ 100 Mitwirkende. Fabelhafte Ausstattung!
Die kleine Charlotte. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges! Wein- und Bier-Abteilung.

TGB

Theater Groß-Berlin

Am Bahnhof Zoologischer Garten

Öffnet seine Pforten in wenigen Tagen!

I. **„Großer“ Varieté-Teil**
Fritzi Massary
Max Pallenberg
Karl Bachmann
Hedwig Döring
Eddy Smeraldini
Queenie Hall

II. **Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz**

„Clou“ Berliner Konzert

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute: **Doppel-Konzert!**
Musik. II. Garde-Regts. z. F. Dirigent: Oberm. Graf.
Musik. Kaiser Alexander-Regts. Dirigent: kgl. Musikdir. Brase.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

Herrnfeld Theater

8 Uhr: **Die Alpenbrüder.**
Die mit beispiellosem Lacherfolge aufgenommene Novität
Endlich allein!
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Apollo Theater

Ab 8 Uhr.
Nie dagewesener Erfolg des neuen Programms!
12 große Attraktionen!
Ganz Berlin spricht von **M. Bendix und E. Schnabel** als Droschkenkutscher u. Fiaker.

Urania

Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr: **An den Seen Oberitaliens.**
Hörsaal 8 Uhr: **Dr. Wilhelm Berndt: Von den Grenzen des organischen Lebens.**
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr: **Liebesbarometer.**

Passage-Panoptikum

Das größte Naturwunder!
Die **HEILIGE WEISSE NEGERIN** und ihre schwarze Priester-Schwester.
Beide lebend ohne Extra-Entree zu sehen.

Neukölln, Pflügerstraße, Zirkus Barum.

Neue Raubtierdressurschau.
Neue Kunstkräfte.
Heute Mittwoch 4 Uhr: **Familien- und Kinder-Vorstellung — Kleine Preise.**
Abends 8 1/2 Uhr volle Preise.
Donnerstag 8 1/2 Uhr: **Sport-Vorstellung.**
Als Sensation u. Tagesgespräch von Neukölln: 3 Löwenmütter mit 11 jungen Löwen. Besichtigung ab 10 Uhr vormittags.
Der Zirkus ist geheilt.

Casino-Theater

Goldgräber Str. 37. Täglich 8 Uhr: Das sensation. November-Programm **Robert Neesemann,** Berlins Lieblingshumorist mit neuen Schlegern. Riesen-Lacherfolg des lustigen **Der Großfürst.**
Sonntag 4 Uhr: **O diese Männer!**
Folies Caprice.
Zum 67. Male **Die drei Schläger:** Der kaisliche Joseph, Der Rehböck, Der Einbrecher.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Abends 8 Uhr: **Die Macht der Töne.**
Sonntag-nachm. 3 U.
Der Kompagnieball

Zirkus Albert Schumann.

Heute Mittwoch, 6. November, abends 7 1/2 Uhr:
Große Parade-Vorstellung mit einzig dastehendem Weltstadtprogramm.
Um 9 1/2 Uhr: **Die Hauptattraktion Berlins! Der unsichtbare Mensch.**
Vier Bilder aus Indien.
Zum Schluss: **Die Feuer-Fontäne.** Wirklich brennendes Wasser.

Zirkus Busch.

Heute Mittwoch, 6. November, abends 7 1/2 Uhr:
Neu! Kapit. Spaulding, der Feuersichere. Schein oder Wirklichkeit?
Neu! Albas sensation. Kopffahrt durch den Zirkusraum.
Neu! Die unvergleichlichen Tourbillons, akrobatische Lady-Cyclists. Fr. Martha Mohrke, Schulleiterin auf „Goldbird“.
Zum Schluss: **Unter Gorillas.**

Voigt-Theater.

Gelundbrunnen Badstraße 58.
Mittwoch, den 6. November 1912:
Gebildete Menschen.
Vollständig in 3 Akten v. Viktor Leon.
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Germania-Prachtsäle

N. Chausseestr. 110. K. Richter.
Heute Mittwoch: **Paul Mantheys lustige Sänger.**
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem **Freitag.** — Vorzugskarten gelten. — Jeden Donnerstag: **Gr. Militär-Streich-Konzert** anschließend Familienkränzchen.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Berliner Theater
8 Uhr: **Filmzauber.**
Theater in der Königsgräzter Straße
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**
Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch, Donnerstag, Freitag: **Des andern Ehre.**

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Donnerstag, den 14. November, abends 8 Uhr,
in dem Lokale „Neue Welt“, Hafenside 108/114:

Fortsetzung der Diskussion der Generalversammlung vom 30. Oktober 1912.

Tagesordnung:

1. a) Wahl von 6 Aufsichtsratsmitgliedern, b) Wahl von 5 Erfahrpersonen für den Aufsichtsrat.
2. Jahresbericht: a) des Vorstandes; b) des Aufsichtsrates; c) der Revisionskommission.
3. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
4. Beschlusseinführung über die Verteilung des Reingewinns.
5. Anträge.

Der Eintritt kann nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Legitimationskarte gestattet werden. 107/16

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Der Vorstand. **Der Aufsichtsrat.**
R. Runger, D. Schulze. H. Schulze, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: **Verwaltungsstelle Berlin** Hauptbüro: **Col III.**
Col I. **Charitéstraße 3.** Amt Norden, Nr. 1967
Amt Norden, Nr. 1239.

Donnerstag, den 7. November 1912, abends 6 Uhr,
im Lokale von Hummel, Sophienstr. 5:

Versammlung aller Kollegen der Oberlichtfensteröffner-Branche.

- Tagesordnung:
1. Bericht über den Verlauf der letzten Bewegung.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
- Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Donnerstag, den 7. November 1912, abends 6 Uhr,
in den „Rittersälen“, Ritterstr. 75:

Versammlung der Galvanisierer, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

- Tagesordnung:
1. Vortrag: Die Verhältnisse in den Galvanisierbetrieben.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
- Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung darf niemand fehlen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.
Donnerstag, den 7. November 1912, abends 8 1/2 Uhr, bei Docter,
Weberstraße 17:

Mitglieder-Versammlung

- Tagesordnung:
1. Quartalsabrechnung.
 2. Die sozialen Kämpfe in der modernen Gesellschaft.
Referent: G. Link.
 3. Verschiedenes.
- Kollegen und Kolleginnen! Beweist durch zahlreichem Besuch,
daß Euer Interesse ein reges ist.
Die Ortsverwaltung.
Bureau und Arbeitsnachweis jetzt **Dragonerstraße 6a II.**

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.
Donnerstag, den 7. November 1912, abends 8 Uhr,
in den Andreas-Geställen, Andreasstr. 21:

Versammlung der Dachdecker u. Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:
Stellungnahme zu dem Tarifvertragsentwurf der Arbeitgeber.
Verbandsbuch legitimiert. — Ohne dasselbe kein Zutritt.
Der Vorstand.

Handlungsgehilfen! Handlungsgehilfinnen!

Kaufmännische Angestellte der Industrie!
Mittwoch, den 6. November 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentl. Versammlung

in den Arminhallen (großer Saal), Kommandantenstr. 58/59.
Thema: **Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel!**
Referent: Reichstagsabgeordneter Hoch.
Handlungsgehilfen Berlins! Erscheint in Massen in dieser
Versammlung. Es gilt Abrechnung zu halten mit dem „Haupt-
ausdruck“.
Zentralverband der Handlungsgehilfen.
Bureau: Mühlstr. 20. Telefon: 891. 1622.

Ein neues Theaterglas



Unser neues Glas — eine Glanzleistung der optischen Industrie — ermöglicht es Ihnen, nicht nur einen Teil des Bühnenbildes, sondern, wie unser nebenstehendes Bild zeigt, die ganze Figur und noch dazu einen großen Kreis der übrigen Mitwirkenden in Ihr Auge aufzunehmen. Die lästige Überanstrengung der Augen fällt fort.

Sie werden entzückt sein, wenn Sie unser neues Glas nur einmal benutzt haben! Besondere Eigenschaften: Unübertroffene Helligkeit, weiches Schfeld, hervorragende Plastik und Schärfe, starke Vergrößerung, selbst bei ungünstigsten Lichtverhältnissen überraschend helle scharfe Bilder. — Ausstattung: Metallfassung schwarz emailliert, Bezug aus echtem schwarzem Saffianleder. Stiefes Rindleder-Etui, schwarz, solid, in allen Teilen genäht, innen mit Samt gefüllt. Preis nur 40 Mk., Monatsrate 2 Mk. Als schönstes Geschenk für Damen empfehlen wir unser Damen-Theaterglas, eine besonders kleine Type. Dasselbe hat Aluminiumfassung mit Perlmutterbelag und wird in einem Plüschbeutel mit festem Boden geliefert. Dieses wundervolle leichte Glas kostet nur 45 Mk., Monatsrate 3 Mk. Jedes dieser beiden Gläser senden wir auf Verlangen 5 Tage zur Probe mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen. Verlangen Sie sofort unsere Probensendung. Postkarte genügt.

Bial & Freund, Breslau II, Postfach 120/322

Innerer Kreis: Gesichtsfeld eines alten Glases
Äußerer Kreis: Gesichtsfeld unseres neuen Glases

Wir schwören

auf
**Selowsky's
Caruso-Cigaretten**

Die neue 8y Cigarre

No
208

Ingraban
milde und
doch gehaltvoll

I. Neumann
Berlin-Hamburg

Über 200 Niederlagen in Deutschland

H. G. 1020
Brief liegt zur Abholung bei der
Redaktion des „Vorwärts“. 46672

Levinsohn

Qualitäts-Schuhwarenhaus
für Gelegenheitskäufe

**Rolenthaler Str.
40-41**
Bahnhof Börse

1. Geschäft: **Grosz Frankfurter-Str. 110**
zwischen Andreasstraße und Strausberger Platz.
2. Geschäft: **Charlottenburg, Nehring-
straße 34** (Ecke Magazinstr.).

Kaufen Sie jetzt! **Kaufen Sie jetzt!**

Sensationell billige Angebote!

solange Vorrat.

1000 Paar hochelegante Damenstiefel

4.65
Damen
in
Leinwand

5.75
Damen
in
Leinwand

In den dicksten Fas-
sonen, streng moderne
Formen, imit. Chev-
reau und Roschev-
reau, Derby, Lack-
kappe, Wert boden-
tend höher, jetzt nur
6.25 5.75
4.95 4.65

Erstaunlich billig

1000 Paar Rindbox- u. Roschevreau-Kinderstiefel, sehr
dauerhaft, kräftige Schusterei, mit und ohne Lackkappe

23-24	25-26	27-30	31-35
2.25	2.95	3.75	4.25

800 Paar Herrenstiefel

5.95
Herren
in
Leinwand

6.25
Herren
in
Leinwand

Rindbox- im Chev-
reau- u. Roschevreau

Herrenstiefel.
mit und ohne Lack-
kappe, neueste For-
men, auch Zug und
Schmalz, jetzt nur
6.75 6.25 5.95

Sie werden staunen!
Ein grosser Posten **Filzschallentstiefel** m. Ledersohle

20-24	25-26	27-30	31-35	36-42	43-46
0.95	1.10	1.35	1.65	1.95	2.95

Kamelhhaarstoff-Hauschuhe, 36-42 **1.45**, 43-46 **1.95**.

Lackhalbschuhe

5.85
Damen
in
Leinwand

5.90
Damen
in
Leinwand

mit Derby u. div. Ein-
stücken, entricke-
len, sehr schick,
zum Knöpfen u. seit-
schließen, erheb-
lich unter Preis, jetzt nur
6.75 6.25
5.90 5.85

Ohne jede Anzahlung

PIANOS

erstklassiges (9 x prämiert Staatsmedaille, in
:: Fabrikat :: allen Holz- und Stilarten, von wunder-
barer Tonfülle (Flügelton))

Flügel und Harmoniums

gegen kleine monatliche Teilzahlung. — Für jedes Instrument gewähre ich langjährige schriftliche Garantie.

Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürsten-
strasse, im einen
Geschäfts-
haus. Tel. Ch. 10 410.

Auch Sonntags geöffnet.

Die Wahlen in Berlin zur Angestelltenversicherung

finden für die Arbeitgeber am Freitag, den 8. November, für die Arbeitnehmer am Sonntag, den 10. November, statt.

Die Arbeitgeber

wählen am Freitag, den 8. November, in der Zeit von 3 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends und zwar in folgenden Stimmbezirken:

- Stimmbezirk 1, umfassend die Stadtbezirke 31-49, 56A, 56B, 61A und B, 283-294C: Turnhalle der 107. Gemeindefchule, Genthiner Straße 4.
Stimmbezirk 2, umfassend die Stadtbezirke 6-30, 50-55, 57-60 und 62-65: Turnhalle der 130. Gemeindefchule, Niederwallstraße 6/7.
Stimmbezirk 3, umfassend die Stadtbezirke 82-85, 97-101 und 120 bis 144: Turnhalle der 47. Gemeindefchule, Stallschreiberstraße 54.
Stimmbezirk 4, umfassend die Stadtbezirke 66A-78C und 114-119: Turnhalle der 28/217. Gemeindefchule, Wilmsstraße 10.
Stimmbezirk 5, umfassend die Stadtbezirke 79-81, 86-96 und 102 bis 113B: Turnhalle der 116/237. Gemeindefchule, Stalhoferstraße 55/56.
Stimmbezirk 6, umfassend die Stadtbezirke 147-156, 159 u. 161-179A: Turnhalle der 87/98. Gemeindefchule, Bromberger Straße 13/14.
Stimmbezirk 7, umfassend die Stadtbezirke 157, 158, 160, 179B-181J, 189A-192, 193B u. 193C-H: Turnhalle der 104/150. Gemeindefchule, Clinker Str. 19.
Stimmbezirk 8, umfassend die Stadtbezirke 1-5, 145, 146, 182-188, 193A, 194A-208, 218-226, 228-231 und 237-243B: Turnhalle der 110/174. Gemeindefchule, Schönhauser Allee 166a.
Stimmbezirk 9, umfassend die Stadtbezirke 244-250E, 254A, 254C-E und 300A-324: Turnhalle der 42/278. Gemeindefchule, Driefener Str. 22.
Stimmbezirk 10, umfassend die Stadtbezirke 200-217, 227, 232-236, 251-253, 254B, 255-282 und 303: Turnhalle der 260. Gemeindefchule, Kiebitzstr. 67.
Stimmbezirk 11, umfassend die Stadtbezirke 306-308E, 310A-319 und 325A-326D: Turnhalle der 19/166. Gemeindefchule, Ruhesplatz 5-7.
Stimmbezirk 12, umfassend die Stadtbezirke 285-304 und 309: Turnhalle der 172/185. Gemeindefchule, Bremer Str. 13-17.

Es sind zu wählen 10 Vertrauensmänner und 88 Erfahrmänner aus den Reihen der Arbeitgeber von den Arbeitgebern der versicherten Angestellten.

Die Wahlzeit dauert sechs Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit im Amte, bis ihre Nachfolger eintreten.

Wahlberechtigt und wählbar sind volljährige Deutsche, männlichen und weiblichen Geschlechts, sofern sie zu den Arbeitgebern der versicherten Angestellten gehören und im Bezirke der Stadt Berlin wohnen.

Wahlberechtigt als Arbeitgeber sind ferner - wenn sie nicht als Angestellte wahlberechtigt sind -

- 1. die gesetzlichen Vertreter geschäftsunfähiger und beschränkt geschäftsfähiger natürlicher Personen;
2. bei juristischen Personen die Mitglieder des Vorstandes, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Geschäftsführer, bei anderen Handelsgesellschaften die persönlich haftenden Gesellschafter, soweit sie nicht von der Vertretung ausgeschlossen sind. Sind hiernach für eine juristische Person oder Gesellschaft mehrere wahlberechtigte Personen vorhanden, so darf nur eine das Wahlrecht ausüben.

Als Arbeitgeber im Sinne dieses Gesetzes gelten auch die Vorstände von Vereinen, Gewerkschaften und Aufsichtskommissionen der Arbeitersekretariate. Der Vorsitzende der Gewerkschaft oder der Aufsichtskommission wählt als Arbeitgeber, sofern er nicht selbst versichert ist. Ist der Vorsitzende selbst versichert, so kann er nur als Versicherter wählen, nicht aber als Arbeitgeber. Da wohl in den meisten Fällen der Vorsitzende versicherungspflichtig ist, so empfiehlt es sich, daß der Vorstand oder die Aufsichtskommission ein anderes Mitglied, das der Versicherung nicht unterstellt ist, durch besonderen Beschluß mit der Stimmabgabe beauftragt. Das gleiche gilt von den Krankenkassen.

Die Wähler haben sich über ihre Wahlberechtigung durch eine von dem Magistrat von Berlin ausgestellte Bescheinigung auszuweisen. Die Arbeitgeber werden aufgefordert, sich die Bescheinigung in der Ausgabestelle der Angestelltenversicherung

SO. 16, Am Köpenicker Park 8

an einem Wochentage in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags ausstellen zu lassen, soweit sie dies nicht bereits getan haben.

Das Wahlrecht wird in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt.

Außer der persönlichen Stimmabgabe ist die briefliche Wahl zugelassen.

Demgemäß ist es den Arbeitgebern gestattet, an Stelle der persönlichen Stimmabgabe ihren Stimmzettel unter Verfassung des nicht wieder zur Abgabe gelangenden Ausweises über ihre Wahlberechtigung brieflich einzuliefern (unter der Außenadresse: Wahlbureau des Magistrats, Berlin C. 2, Poststraße 18, 2 Treppen, Zimmer 61).

Die erforderlichen Umschläge erhalten die Arbeitgeber auf Verlangen von dem Vorsteher des vorbezeichneten Bureaus ausgehändigt. Der Brief muß spätestens am 9. November 1912, abends 7 Uhr, unter erwähnter Außenadresse eingegangen sein.

Nachträglich eingehende Stimmzettel sind ungültig. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Arbeitgeber, die mehr als fünfzig, aber nicht mehr als hundert versicherte Angestellte beschäftigen, haben zwei Stimmen. Für je weitere angefangene hundert versicherte Angestellte erhöht sich die Zahl um eine Stimme. Kein Arbeitgeber hat mehr als zwanzig Stimmen.

Hat ein Arbeitgeber mehrere Stimmen, so hat er jeden Stimmzettel in einem besonderen Umschlag zu verpacken.

Entfällt ein Umschlag mehrere Stimmzettel, so gelten sie als ein Stimmzettel, wenn sie gleichlautend sind, andernfalls sind sie ungültig.

Der Wahlberechtigte darf kein Wahlrecht nur in dem Stimmbezirk, in dem er wohnt, ausüben.

Die Liste der freien Arbeitgeber ist die

Liste A.

Stimmzettel sind noch im Verbandsbureau, Lindenstraße 60, zu haben.

Partei-Angelegenheiten.

Hohen-Schönhausen. Heute Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung von den Bezirkslokals aus. - Am Freitag, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Volksversammlung im

Paradiesgarten, Berliner Str. 68/69. Tagesordnung: „Die Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Organisation im Wirtschaftsleben. Referent: A. Heilmann.

Friedrichshagen. Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lindengarten, Friedrichstr. 74, der vierte Vortragsabend statt. Genosse K a h l e spricht über „Goethe“.

Berliner Nachrichten.

Der Wahltag.

Graue Wolken, rieselnder Regen, unergründlicher Straßenschmutz - das war kein Wetter, wie man sich's für einen Wahltag wünscht! Ob es mangem Wähler ein Anlaß gewesen ist, sich pflichtvergessen den Gang zum Wahllokal zu ersparen?

Die Opferwilligen, die im Dienste ihrer Partei die Agitationsarbeit des Wahltages leisteten, haben durch die Ungunst des Wetters ihren Eifer nicht lähmen lassen. Schon frühzeitig waren sie auf ihrem Posten, nicht nur die mit der Zettelverteilung und der Wahlkontrolle betrauten Personen, sondern auch viele der Schlepper, die nachher die Säumigen an die Wahlurne heranzuführen sollten.

Vor jedem Wahllokal streckten dem Wähler ein halbes Duzend Hände und mehr sich entgegen, die ihm die Wahlzettel der verschiedenen Kandidaten anboten. Große Plakate, die von den Zettelverteilern getragen wurden, zeigten in riesenbuchstaben die Namen der Kandidaten. Auf tiefem Rot präsentierte sich der sonst so rotschöne „Fortschrittler“ Kaempf, rosarote Plakate empfahlen unseren Genossen Döwll, inschuldweis umstrahlte den Konservativen Ulrich. Vor dem Wahllokal in der Jägerstraße, das in dem Bezirk der Ministerien liegt, warteten schon von 10 Uhr ab Reugierige, die wahrscheinlich den Reichskanzler in der Rolle eines Wählers sehen wollten. Auch Fotografen, die für Scherl, Ullstein, Woffe und Konforten ihn zu knipfen beauftragt waren, standen bereit.

Sogleich nach Eröffnung des Wahlaktes fanden die ersten Wähler sich ein, aber im ganzen kam es leider nur zu einer mäßigen Wahlbeteiligung. Von einem besonderen Andrang war wohl in keinem Bezirk und zu keiner Tageszeit etwas zu spüren, und die Wahlvorsteher konnten die Wähler in Ruhe und mit Bedacht abfertigen. Manche schienen sich vorgenommen zu haben, diesmal noch energischer als sonst auf ihrem Verlangen nach Vorweisung von Legitimationen zu bestehen. In dem Wahllokal der Fischerstraße passierte es einem Wähler, daß der Wahlvorsteher nach Prüfung der Steuerquittungen, die der Wähler erst aus seiner Wohnung herbeiführen mußte, auch noch fragte, ob er wirklich in der angegebenen Wohnung wohne und polizeilich gemeldet sei. Eine sofort per Telefon an den Wahlkommissar Stadtrat Franz gerichtete Beschwerde über diese Verärglung soll den Erfolg gehabt haben, daß noch am Vormittag den Wahlvorstehern aus dem Rathaus eine Verfügung zugeht, die sie darauf hinwies, daß nach der Vorschrift des Gesetzes selbstverständlich jeder in der Liste verzeichnete Wähler zur Wahl zugelassen ist. Dieser Hinweis hätte eigentlich überflüssig sein sollen, aber es scheint, daß er doch nötig war, um den vielen seit Januar verzogenen Wählern das ihnen nach der alten Liste noch zustehende Wahlrecht zu sichern. In dem Wahllokal in der Kofstraße ist es mehrfach vorgekommen, daß die privaten Listenfürher der „Fortschrittlichen Volkspartei“ den Wahlvorsteher erinnerten, Wählern eine Legitimation abzufordern. Selbst ein Wähler, der schon sehr küvnt mit dem Stimmzettel abgegeben hatte und sich bereits zum Gehen wandte, wurde auf Mahnung eines dieser Listenfürher noch einmal zurückgerufen und mußte seine Legitimation nachträglich vorweisen. In demselben Lokal wurde eine Straßenbahn-Abkommenskarte, die mit ihrer Photographie eigentlich die beste Legitimation ist, als nicht ausreichend zur Legitimierung beanstandet. Der Wähler erklärte ärgerlich: „Dann verzichte ich auf mein Wahlrecht!“

Schon frühzeitig setzte die Schlepparbeit ein, am frühesten wohl bei den „Fortschrittlern“, die mit fieberhaftem Eifer für ihren Kampfs alle ihre Leute bis auf den letzten Mann heranzuführen bemüht waren. Sie hatten sich die Sache wieder dadurch sehr bequem eingerichtet, daß sie ihre Schlepplokale möglichst auf dem Grundstück des Wahllokals einrichteten. In dem Wahllokal Stralauer Str. 3 mußte man, um an den Wahllokal zu gelangen, durch einen Raum gehen, der von den „Fortschrittlern“ als Schlepplokal benützt wurde. Im „Altstädter Hof“ am Neuen Markt lag direkt neben dem als Wahllokal dienenden Saal das Schlepplokal der „Fortschrittler“, und durch die verbindende Tür ließen die Voten hin und her, um die Blockzettel zu holen. Auch das hatten die Fortschrittlerleute, wie bei der Wahl im Januar, so auch diesmal sich wieder geleistet, daß sie sogar im Schulhause der Niederwallstraße, wo die Turnhalle als Wahllokal diente, das Konferenzzimmer als Schlepplokal benutzten. Es ist wohl selbstverständlich, daß das nur mit ausdrücklicher Erlaubnis der Schulverwaltung geschehen sein kann. In großer Zahl standen unteren Gegnern, nicht nur den Leuten des Herrn Kaempf, sondern auch den Getreuen des Herrn Ulrich, Schlepper zur Verfügung. Für Kaempf arbeiteten besonders die Handelsangestellten, die von ihren Chefs dazu hergegeben worden waren. Auch viele junge Mädchen sah man für Kaempf schleppen, darunter dem Anschein nach auch Dienstmädchen, die von ihren „Herrschöpfen“ kommandiert worden waren. In dem Wahllokal der Poststraße war für Kaempf sogar ein vierzigjähriges junges Mädchen, den seine bunte Klamme als „höheren Schüler“ kennzeichnete. Autodroschken und elegante Privatautos, manche behängt mit Plakaten des Hausabandes, luden vor den Wahllokalen die herangekehrten Wähler aus, mitunter auch solche, bei denen man eigentlich zweifeln konnte, ob sie wirklich für den Hausmann Kaempf stimmen würden.

Unsere Genossen und Genossinnen hatten ein sehr schweres Stück Arbeit zu bewältigen. Diese Wähler waren verzogen und meist gerade solche, die man als Wähler der Sozialdemokratie ansehen konnte. Da galt es, so manchen in weit entfernten Stadtteilen aufzufinden, um ihn an seine Wahlpflicht zu erinnern. Hlinka Kader schwangen sich aufs Rad, um die Säumigen heranzuführen. Aber leider stand in manchen Bezirken eine so geringe Zahl von Radfahrern zur Verfügung, daß sie nicht ausreichten, auch die entfernteren wohnenden Wähler aufzusuchen, die in Vororte hinausgezogen waren. Daß die Wahlbeteiligung fast überall sehr zu wünschen übrig ließ, ist sicherlich dem Umstand zuzuschreiben, daß noch nach der alten Liste gewählt werden mußte. Zahlreich findet man im ersten Wahlkreis z. B. Hotelangestellte, die in den Hotels der Dorotheenstadt und der Friedrichstadt Wohnung haben. Diejenigen, die seit der vorigen Wahl verzogen sind, konnten zumeist überhaupt nicht ermittelt werden. Die anderen aber, die an ihre Stelle getreten sind, standen natürlich nicht in der alten Liste, durften daher nicht wählen. Und so, wie

ihnen, ist es all den anderen Wählern aus der milderbemittelten Bevölkerung ergangen, die inzwischen nach dem ersten Kreis zugewogen sind. Der biedere Herr Kaempf hatte wirklich das Richtige getroffen mit seiner Erklärung, daß die Wahl im rechten Augenblick angelegt worden sei, um dem Liberalismus die Erhaltung des Schloßwahlkreises zu sichern. Die Benutzung der alten Liste, seit deren Aufstellung elf Monate vergangen sind, bedeutete für viele Wähler geradezu eine Wahlentrechtung.

Um 7 Uhr, wo die Wahlhandlung geschlossen wurde, dürfte wohl in keinem der Wahllokale noch ein „Andrang“ von Wählern zu bemerken gewesen sein. Aber an Nachzügeln, die gerade noch - zu spät kamen, hat es allerdings nicht gefehlt.

Der Verkauf des russischen Fleisches

findet von heute Mittwoch ab nur noch nachmittags während der Marktzeiten in den Markthallen statt; an den Sonntagen jedoch auch vormittags. Diese Anordnung ist im Interesse des Publikums getroffen worden. Infolge des ungleichmäßigen Eintreffens der Transporte, der Verzollung und Auslandsfleischbeschau, wie der Abgabe des Fleisches an die Verkäufer, ist es diesen nicht immer möglich gewesen, das Fleisch noch vormittags zum Verkauf zu bringen. Das Publikum, das vergeblich zu den Hallen kam, war begreiflicherweise darüber ungehalten. Um diesem Mangel abzuwehren und eine regelmäßige und pünktliche Versorgung der Markthallen mit Fleisch zu bewerkstelligen, wird von jetzt ab das Fleisch auf dem Schlachthof an die Verkäufer nur noch in der Zeit von 6-9 Uhr früh abgegeben. Die Abgabe erfolgt, um hierbei eine schnelle und glatte Abwicklung zu erreichen, in der Weise, daß zu einer festgesetzten Zeit sich immer nur die Verkäufer der vorher bestimmten Markthallen einstellen. Dadurch wird verhindert, daß alle auf einmal erscheinen und ein unnötiges Drängen und Warten entsteht. Die Fleischer haben dann genügend Zeit zur Verbringung des Fleisches in ihre Stände in den Markthallen und zur Vorbereitung des Verkaufs in den Abendstunden. Um der stärkeren Nachfrage an den Sonntagen genügen zu können, ist Vorjorge getroffen, daß an diesen Tagen die Verkäufer auch vormittags Fleisch in den Markthallen zum Verkauf stellen können.

Die Abgabe des Fleisches an die Vororte erfolgt nachmittags von 3-6 Uhr auf dem städtischen Schlachthof.

Der Verkauf des russischen Fleisches in den Berliner Markthallen hat sich in der vergangenen Woche recht lebhaft gestaltet. Es wurde von 108 Verkäufern in 124 Ständen Fleisch verkauft. Die Nachfrage war stark und die Abwicklung des Geschäftes glatt. Es sind im ganzen rund 1967 Zentner Rind- und rund 990 Zentner Schweinefleisch, also im ganzen etwa 2900 Zentner nach den Markthallen verbracht worden.

Am Montag sind drei Waggons, Dienstag morgen sechs Waggons mit frischem Fleisch eingetroffen.

Die Straßenbahnlinie 54 soll nach erfolgtem Ausbau der Schinkelallee und Driefener Straße über den Ringbahnhof Sagenhauser Allee hinaus bis zur Nordap-Edle Bornholmer Straße geführt werden. Die Fahrpreise stellen sich für die ganze Strecke Bahnhof Jungfernheide-Bornholmer Straße auf 90 Pf., für die Strecken Charlottenburg-Luisenplatz-Bornholmer Straße und Bahnhof Jungfernheide-Schönhauser Tor auf je 15 Pf. und auf je 10 Pf. für folgende Strecken: Sagenplatz-Bornholmer Straße; Grolmannstraße, Edle Bismarckstraße-Schönhauser Tor; Charlottenburg, Luisenplatz-Kaiser-Franz-Josef-Platz, Edle Nantaniendamm und Bahnhof Jungfernheide-Leipziggerstraße, Edle Friedrichstraße.

Berliner Kistverein für Obdachlose. Im Monat Oktober nächstigen im Männerzahl 15 414 Personen, wovon 6664 badeten, im Frauenzahl 2900 Personen, wovon 762 badeten. Arbeitsnachweis wurde erbeten für Männer: Wiesenstr. 65-69, für Frauen: Kolberger Straße 80.

Erstochen aufgefunden wurde gestern früh der Arbeiter M a t t i d aus der Demminer Str. 28, der am Montagnachmittag mit seinem siebenjährigen Knaben sich in den Grunewald begeben hatte und hier das Kind zu erschießen veruchte. Dabei war M. durch Passanten gestört worden und hatte die Flucht ergriffen. Gestern morgen wurde bei einer Abfuchung des Grunewaldes im Jagd 80 die Leiche des Mannes aufgefunden. M. hatte sich durch einen wohlgezielten Schuß ins Herz auf der Stelle getötet. Der Unglückliche hat zweifellos in einem Anfall von Geisteskrankheit gehandelt. Die Leiche wurde nach dem Selbstmörderfriedhof in Schildhorn gebracht. Der Zustand der kleinen M. war auch gestern vormittag noch äußerst kritisch.

Wasserrohrbruch. Gestern früh um 10 Uhr erfolgte am Neuen Tor (Luisen- und Javalidenstraße) ein Bruch der städtischen Wasserleitung. Ueber eine Stunde hatten infolge dessen die Dorotheenstadt, Friedrichshagen und andere Teile von Berlin kein Wasser. Erst nach 12 Uhr war es den Wasserwerken möglich, die genannten Stadtteile wieder mit Wasser zu versorgen. Dabei ist es leider übersehen worden, die Feuerwehr zu benachrichtigen. Zum Glück brach in der Sperrzeit kein Brand aus, andernfalls hätte es, da die Feuerwehr sich nicht darauf vorbereiten konnte, unter Umständen zu einer Katastrophe kommen können. Die Vorschrift, daß die Feuerwehr von jedem Wasserrohrbruch und jeder Sperrung der Wasserleitung sofort unterrichtet werden soll, scheint nicht befolgt zu werden.

330 Kirchenaustrittserklärungen wurden am Montag in der nach dem Friedrichshagen einberufenen Versammlung des Komitees Konfessionslos entgegengenommen.

Die Deutsche Bibliothek und Leschalle in Berlin SO., Waldenstraße 41, ist in der erfreulichen Lage, wieder über eine erfolgreiche Jahresarbeit berichten zu können. In dem vor wenigen Tagen abgeschlossenen 13. Betriebsjahre erschien eine neue Auflage des Bücherverzeichnis, die von der Fachpresse als musterhaft anerkannt wurde und den ungeteilten Beifall der Leser gefunden hat. Der Umfang dieser dritten Auflage, deren Preis wieder nur 1 M. beträgt, ist auf 923 Seiten gestiegen. Die Neuerwerbungen allein haben einen Raum von 143 Druckseiten beansprucht, von denen 126 der belehrenden Literatur und 17 Seiten den Unterhaltungsliteratur zufallen. Die Einteilung des Katalogs trägt den praktischen Bedürfnissen des Benutzers Rechnung und erleichtert, namentlich in Verbindung mit dem genauen Verfasserverzeichnis und dem etwa 3300 Stichwörter umfassenden Sachregister, auch dem Ungeübten die zweckmäßige Auswahl unter den vorhandenen Bücherstücken.

Die andauernde und gesteigerte Nachfrage nach Werken belehrenden Inhalts ist ein erfreulicher Beweis, daß die Bemühungen der Verwaltung, den Lesern bei der Wahl des Lesestoffs ratend zur Seite zu stehen, ohne die Empfindlichkeit gegen Beeinflussung oder Bevormundung zu erzeugen, auf fruchtbareren Boden fallen. Eine täglich wechselnde Ausstellung von Schriften zur Einführung in die verschiedenen Wissenszweige oder über wichtige Tagesfragen führt dem Besucher die Reichhaltigkeit der Bibliothek ständig vor Augen und gibt ihm die Gelegenheit, sich durch eigene Anschauung über den Inhalt der Bücher zu unterrichten, bevor er sie entleiht.

In der Ausleihbibliothek wurden im 13. Betriebsjahre 69 012 Bände nach Hause verliehen gegen 66 796 Bände im Vorjahr. In Verlust geraten sind 17 Bände. Von der Gesamtzahl der Entlehnungen entfallen 45 298 Bände auf schöne und 23 776 Bände auf belehrende Literatur. In letzterer Zahl sind die einzelnen Wissenszweige in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 4447, Geographie 2947, Naturwissenschaften 4503, Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 3048, Gewerbelehre, Technik 3408, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 2759, Kunst, Musik, Literaturgeschichte usw. 2668 Bände. Die verlangten wissenschaftlichen Bücher machten im Berichtsjahre 34,45 Proz. aller Entlehnungen aus. Die belehrende Literatur hat also eine Steigerung, die unterhaltende eine Minderung erfahren. Insgesamt sind im 13. Jahre 83 753 Bände in und außer dem Hause entlehnt worden; in den 13 Betriebsjahren zusammen 850 893 Bände.

Die Lesehalle wurde im 13. Betriebsjahre von 65 868 Personen gegen 64 106 Personen im Vorjahr, und zwar 63 306 Männern und 2592 Frauen, in den 13 Jahren zusammen von 814 928 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Vermehrung erfahren und beträgt jetzt 559 Zeitschriften und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Lesesaal aufgestellte, 2075 Bände zählende Nachschlagebibliothek wurde von den Besuchern in umfassender Weise zu Rate gezogen.

Die Gesamtzahl der Besucher, die im 13. Betriebsjahre Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 134 910 Personen. Seit der Eröffnung vor 13 Jahren haben insgesamt 1 599 210 Personen das Institut aufgesucht.

Die Öffentliche Bibliothek und Lesehalle, die jedermann zu unentgeltlicher Benutzung offen steht, ist werktäglich von 5 1/2 bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr geöffnet.

Schöneberg und die Kaninchenzucht.

Durch Züchtung von Kaninchen will Schöneberg zur Milderung der Fleischsteuerung beitragen. Schöneberg will auf dem Nieselgut eine Kaninchenfarm errichten; außerdem soll auch Einzelzüchtern Hilfe der Gemeinde zuteil werden. Wie das in der Praxis gemacht werden soll, darüber gibt folgende Mitteilung aus dem Schöneberger Rathaus Auskunft:

„Die Stadtverwaltung hat es, um kostspielige Experimente zu vermeiden, für wichtig gehalten, sich sorgfältig mit sachverständigen Züchtern ins Einvernehmen zu setzen. Die mit dem Verein Schöneberger Kaninchenzüchter diesbezüglich eingeleiteten Verhandlungen sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Die Stadt hat dem Verein ein in der Nähe des Brückenswegs hinter dem Rathskirchenhof belegenes mehr als 15 Morgen großes Grundstück zur Verfügung gestellt und das Grundstück auf städtische Kosten einzäunen und mit drei großen Toren versehen lassen. Das Grundstück ist in Parzellen von je 1/4 Morgen Größe eingeteilt und die Parzellen mit insgesamt 82 Türen versehen worden. Außerdem werden auf städtische Kosten vier Brunnen aufgestellt. Der Verein ist verpflichtet, die Parzellen an seine Mitglieder zu verteilen. Jedes Mitglied hat auf der ihm überwiesenen Parzelle eine Kaninchenfarm einzurichten und möglichst intensiv zu betreiben. Um die unbedingt notwendige Bewässerung der Ehefrauen der Züchter zu gewährleisten, ist es dem Züchter gestattet, ein Viertel seiner Parzelle zu seinen Privatwärdern, also für Lauben, Herkräuter, Süßholzwärdern usw. zu benutzen. Die restlichen drei Viertel dagegen müssen unbedingt für die Kaninchenzucht verwendet werden. Auf jeder Parzelle sind mindestens 16 Zuchtstuten und ein Hahn zu halten. Die Züchter haben mit allen Energie dahin zu streben, daß auf jeder Parzelle jährlich mindestens 240 schlachtreife Kaninchen gezüchtet werden. Insofern die Züchter über diese Zahl hinaus Kaninchen erziehen, dürfen sie diese im eigenen Haushalt verbrauchen. Sie dürfen auf den Parzellen auch Sportzucht betreiben, jedoch darf die Ertragsleistung der Schlachtzucht dadurch nicht leiden. Die Züchter sind ferner verpflichtet, sämtliche aufgezogenen schlachtreife Kaninchen auf Verlangen des Magistrats an die Stadtgemeinde zu verkaufen, mit Ausnahme derjenigen über die Zahl von 240 aufgezogenen Tiere, welche der Züchter im eigenen Haushalt verwendet. Dasselbe gilt von den von Sportzüchtern gezogenen Kaninchen, welche nicht wiederum zu Sportzwecken Verwendung finden sollen. Alle hiernach für den Verkauf in Frage kommenden Kaninchen dürfen auf keinen Fall dreifach geschäftet oder ohne Genehmigung der Stadtgemeinde anderweitig verkauft, verpachtet oder verschenkt werden. Der Verkaufspreis pro Pfund Kaninchenfleisch wird von Fall zu Fall zwischen dem Dezernenten und dem Vorstand des Vereins festgesetzt, und zwar unter Berücksichtigung der dem Verein gewährten Unterstützung seitens der Stadt wesentlich niedriger als der Marktpreis. Zur Errichtung von Ställen stellt die Stadtgemeinde für jede Einviertelmorgen-Parzelle 70 M. zur Verfügung. Die Ställe geben mit Einbringung auf das Grundstück in das Eigentum der Stadtgemeinde über. Der Züchter hat die Ställe dauernd in gutem Zustande zu erhalten. Weiter gibt die Stadtgemeinde für jede Viertel Morgen-Parzelle 50 M. zur Anschaffung von Zuchtstuten mit der Maßgabe, daß der Züchter bei Aufgabe der Zucht entweder die 50 M. zurückempfängt oder soviel Zuchtstuten zurückzulassen hat, als er für diese 50 M. hat anschaffen können. Die Verwendung dieser zur Verfügung gestellten Mittel ausschließlich für die vorbezeichneten Zwecke hat der Vorstand des Vereins in jedem Falle zu bezeugen, ebenso die Angemessenheit der Preise. Zur Sicherung der Stadtgemeinde hat der Verein Sporttaschenbücher in Höhe von 2000 M. hinterlegt. Eine Kontrolle über die gesamte Zucht erfolgt durch den Magistrat mit der Stallschaukommission des Vereins. Dieser Stallschaukommission sind auch etwaige Krankheiten und Verluste in der Zucht unverzüglich zu melden. Der Verein haftet der Stadtgemeinde für die Erfüllung aller übernommenen Verpflichtungen und hat unablässig dahin zu wirken, daß der Hauptzweck der Anlage, nämlich die Vermehrung billigen Fleisches möglichst vollständig erfüllt wird.

Dem Zwecke der Fleischverbilligung dient auch der in Aussicht genommene Betrieb des Kaninchenfleisches. Der Verkauf des Kaninchenfleisches soll nämlich zur Vermeidung spezieller Linsen durch die städtische Seefischhalle erfolgen und zwar an demjenigen Tage, wo erfahrungsgemäß der Anstieg zum Fleischverkauf nicht sehr hoch ist, nämlich am Mittwoch und am Sonnabend. Um die Anstellung von Hilfskräften zur Verteilung des Fleisches zu sparen, sollen die Kaninchen im Stadtkaufwerk werden. Der Verein hat deshalb die Aufgabe, Kaninchen zu züchten, welche schlachtreif höchstens 6 Pfund wiegen. Es können dann an die weniger bemittelte Bevölkerung je nach Bedarf auch kleinere Gewichtsmengen in einem Stück abgegeben werden. Die Stadtgemeinde hofft durch alle diese Maßnahmen die Preise des Kaninchenfleisches so niedrig zu halten, daß der Preis für jedermann erschwinglich ist. Die Verwaltung ist sich darüber klar, daß die Einführung des Kaninchenfleisches auf mindestens dieselben Schwierigkeiten stoßen wird, wie seinerzeit die weitere Verbreitung der Seefischhalle. Es ist jedoch zu hoffen, daß bei sachgemäßem Vorgehen auch bei der Propaganda für Kaninchenfleisch Erfolge erzielt werden, denn hier wie dort handelt es sich um Waren, die nur durch die Praxis widerlegt werden können.

Im Wintergarten weiß das Novemberprogramm eine Reihe recht beachtenswerter Attraktionen auf. Da ist der gelehrte Robert Steidl, der mit seinen Schlegeln an die Bachmuskeln des Publikums große Anforderungen stellt. Seine Parodie auf die durch die Benennung der einzelnen Telephonämter hervorgerufene Telephonmusik ließ das Publikum aus dem Lachen nicht mehr herauskommen. Auf dem Gebiete der Jongleurkunst bewies die Cronin-Truppe, daß immer neue Tricks möglich sind. Scally und Dulceto zeigten sich als Tanzkünstler, wie sie wohl selten so elegant aufgetreten sind. Bewegung und Körperhaltung in jedem Stadium des Tanzes waren auf das minutöseste herausgearbeitet und es war ein Genieß, das Paar auf der Bühne dahinstreiten zu sehen. Dieselbe Genier gilt auch für die indische Tänzerin Rajah in ihren Schlangentänzen. Der Gesang hat in Yvonne Dubel von der Großen Oper in Paris eine leistungsfähige Vertreterin. Chinesische Souffler, ein amerikanischer Gegenmeister, der Tausendmarktheine in eine Zitrone hincinbuggert, ein äußerst

gewandter Drahtkünstler und Exzentriker vervollständigen das recht abwechslungsreiche Programm.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst gelangte folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Beratung: „Der Magistrat wird ersucht, von der Errichtung einer Landkrankenklasse Abstand zu nehmen.“ Genosse Ragnan als Begründer des Antrages betonte, daß die rickständigste Versicherung die Gemeindeversicherung gewesen sei, an deren Stelle solle nunmehr die Landkrankenklasse treten. Die Einführung dieser Klasse bedeute weiter nichts, als eine Verbeugung vor dem Agrarierum. Um die Grundbesitzer zu schonen, solle während der Zeit vom Oktober bis März der ortsübliche Tagelohn bis auf ein Viertel des Lohnes herabgesetzt werden. Demgemäß würden die Beiträge gekürzt. Das Sterbegeld könne bis auf 30 M. herabgesetzt werden, damit jemanden zu beerdigen, sei nicht gut möglich. Wer sich weigere, ins Krankenhaus zu gehen, verliere sämtliche Ansprüche. Ein Bedürfnis für eine solche Klasse liege für unseren Ort nicht vor. Die hiesige Ortskrankenklasse entlaste die Armenverwaltung und sei bereit, auch die Lasten auf sich zu nehmen, die eine andere Versicherung mit sich bringe. Oberbürgermeister Dominikus erklärte, daß zur Errichtung einer besonderen Landkrankenklasse kein Anlaß vorliege, auch die in Frage kommenden Instanzen hätten es abgelehnt, eine derartige Krankenklasse zu errichten. Der Magistrat lehnte es prinzipiell ab, einer Degeneration des Klassenwesens Vorschub zu leisten. Behrendt (Freie Fraktion) beantragte, auch Portiers in die Krankenklasse aufzunehmen. Wiederholt sei die Aufnahme derselben beantragt, jedoch stets zurückgewiesen worden. Genosse Ragnan wies darauf hin, daß Portiers nicht versicherungspflichtig seien und es könne daher die Aufnahme derselben als Zwangsmittel nicht stattfinden. Der Antrag wurde nunmehr zurückgezogen, da der Oberbürgermeister Dominikus eine besondere Vorlage zu unterbreiten versprach.

In geheimer Sitzung wurde in die Besprechung der Wiederwahl der auscheidenden Stadträte eingetreten. Die Wahl findet in einer der nächsten Sitzungen statt.

Charlottenburg.

Von der Sendung russischen Fleisches am Sonnabend, den 2. November, wurden 9 Zentner von den Fleischern nicht abgegeben, weil der Preis ihrer Ansicht nach zu hoch war. Der Magistrat war dadurch genötigt, diesen Rest unmittelbar an das Publikum zu verkaufen, natürlich unter Verzicht auf die den Fleischern zugehörigen 12 Proz. Gewinn. Obgleich der Verkauf nur in den Kreisen der städtischen Angestellten und Arbeiter bekanntgegeben werden konnte, war das Fleisch in ganz kurzer Zeit verkauft.

Steglitz.

Drei neue Verkaufsstellen für russisches Fleisch sind jetzt eingerichtet worden. Außer in dem Laden Riquelstr. 24, wo auf Rechnung der Gemeinde nur russisches Mlad- und Schweinefleisch von nachmittags 3 Uhr ab verkauft wird, ist nunmehr auch bei den Fleischermessern Klücker, Postar-Waager-Str. 13, Lindemann, Fichtelstr. 71, und Lindemann, Schützenstr. 19, Fleisch zu den gleichen Preisen, und zwar während der ganzen Geschäftszeit zu haben. Damit ist den Wünschen der Hausfrauen erfreulicherweise entgegenkommen bewiesen worden, das Anerkennung verdient. Das lange Warten vor dem Laden in der Riquelstraße hat bisher manche Hausfrau abgeschreckt. Hoffentlich finden auch die Fleischermessler ihre Rechnung bei dem Bestreben, der Allgemeinheit dienstbar zu sein.

Ein Handtaschenräuber ist gestern nachmittags in der Wrangelstraße aufgetreten. Eine Frau A. aus der Rothenburger Straße bemerkte, als sie ihre Wohnung aufsuchen wollte, wie sich ihr ein junger, besser gekleideter Mann nachsah. Vor dem Hause Wrangelstraße 6 stürzte er sich plötzlich auf die Frau, gab ihr einen Stoß und entriß ihr zugleich die Handtasche. Auf die Hilferufe der Ueberraschten nahmen Vorübergehende die Verfolgung des Räubers auf, der aber trotzdem entkam. Der Bursche, auf den die Polizei faßt, ist ungefähr 22 Jahre alt.

Wilmerdorf-Halensee.

Bei den Stadtverordnetenwahlen der ersten und zweiten Abteilung am Montag und Dienstag wurden die von den vereinigten bürgerlichen Parteien ausgesuchten Kandidaten ohne Opposition gewählt oder richtiger ernannt. Nur im Südbezirk gab es in der zweiten Abteilung so etwas wie einen Wahlkampf zwischen Hausbesitzern und Beamten. Die beiden Kandidaten des beamtenseindlichen Bezirksvereins Kaiserplatz, der Oberkollsekretär Foerster und bisherige Stadtverordnete Fischer, hatten aber Unglück; sie erhielten beide nur je 35 Stimmen, während auf ihre Gegenkandidaten, Jagow und Splidgarth, je 147 Stimmen fielen.

Friedenau.

Die Diener des Herrn! Vor einigen Tagen fand die Einweihung des am Friedrich-Wilhelm-Platz gelegenen neu errichteten evangelischen Pfarrhauses statt. Obwohl ein Ereignis ohne jede Bedeutung, war es doch geeignet, die Nachfolger des großen Kazareners in ihrem Wirken zu beobachten. Das Festmahl wurde mit dem Liede „Soll ich meinem Gott nicht singen“ eingeleitet und wieder mit Singen und Beten geschlossen. Die Festteilnehmer sind ja nun alle wirtschaftlich so gestekt, daß sie mit ihrer Lage zufrieden sein können. Insbesondere trifft dies auf die hiesigen Ortsgeistlichen zu, denen man hier einen Palast geschaffen hat, der an Größe und innerem Komfort den vornehmsten Bauten im Westen Berlins mindestens ebenbürtig ist. Eine Kennziffer-Wohnung steht jedem der Seelenhirnen zur Verfügung, ein künstliches Gebell dazu; warum soll man unter diesen Umständen seinem Gott nicht singen? Weniger spendabel zeigte man sich den Diakonissen gegenüber. Diesen Damen, die in der Regel keinen leichten Dienst haben und die in einer ganzen Anzahl vorhanden sind, wies man außer einer Schlafkammer zwei Wohnzimmer zum gemeinsamen Gebrauch an. Jedezeit treten die Herren Pastoren für ihre Glaubensschwwestern jeder noch ein Zimmer ab. Die Arbeiterkassette des Ortes, soweit sie noch als Mitglied der Landeskirche zählt und wie es in vielen Fällen ist, als Portier in dumpfen, licht- und luftlosen Kellerräumen zu hausen gezwungen ist, wird sich aus dem hier Geschriebenen ihre eigenen Gedanken machen. Wie herrlich weit haben es unsere Seelenhirnen doch gebracht gegenüber dem Jesus von Nazareth, der nichts hatte, wo er sein Haupt hinlegen konnte.

Teltow.

Als außerordentliche Maßnahmslosigkeit muß das Verfahren bezeichnet werden, welches der hiesige Magistrat gegenüber Teltower Bürgern angewendet hat.

Den Eheleuten A., die in Seehof bei Teltow eine Handlungsgärtnerei betreiben, ist sowohl im Vorjahr als auch in diesem Jahr durch Nachirre ein erheblicher Teil ihrer Erträge verloren gegangen. Ihr Einkommen ist dadurch um einen Betrag herabgemindert, der nicht einmal der Steuerpflicht unterliegt. Obwohl der Mann danach berechtigt war, den Erlös der Einkommensteuer zu beantragen, hat er davon Abstand genommen. Mit der Verzögerung der Steuer sind die Leute in Miskand gekommen. Aus den uns zur Verfügung gestellten Belegen geht aber hervor, daß die Eheleute A. trotz ihres geringfügigen Einkommens das Bestreben hatten, die Steuerkassette ratenweise abzutragen. Der Magistrat Teltow hat aber, pochtend auf sein formales Recht, schon wegen des Steuerrückstandes für 1911 die Zwangsversteigerung des der Frau A. gehörigen Grundstücks beantragt; dadurch sind mehr als 100 M. Kosten entstanden, die inzwischen einschließlich der rückständigen

Steuer gedeckt sind. In diesem Jahre kamen die Eheleute A. wiederum mit einer Steuerrate in Miskand. Obwohl Stundung und Gewährung von Ratenzahlungen beantragt wurde, hat der Magistrat Teltow wiederum das Zwangsversteigerungsverfahren beantragt und zwar wegen einer Steuerforderung von 22,13 M. Dieser Betrag ist inzwischen ebenfalls bezahlt. Nunmehr verlangt der Magistrat Teltow Erstattung der Kosten in Höhe von 150 M., die durch das letzte Zwangsversteigerungsverfahren entstanden sein sollen. Eine derartige Rückwärtslosigkeit, wegen einer Schuld von 22,13 M. einem Bürger 150 M. an Kosten zu verursachen, würde man kaum einem Privatgläubiger zutrauen, am allerwenigsten aber einer Gemeinde gegenüber ihren Bürgern. Ein derartiges Verfahren ist auch außerordentlich unklug, denn die Gemeindeverwaltung erreicht damit unter Umständen den Ruin des Betroffenen und die Belastung der Armenkasse. Herr A. hat auch bereits der Gemeinde das Angebot gemacht, ins Armenhaus zu gehen. Eine Antwort auf dieses Angebot steht allerdings noch aus.

Wir hoffen und erwarten, nicht nur im Interesse der Eheleute A., sondern auch im Interesse der Finanzen der Gemeinde Teltow, daß seitens des Magistrats den Eheleuten A. die Abtragung der Kostenkassette in Raten gestattet wird und daß der Magistrat Teltow in Zukunft bei ähnlichen Fällen weniger rigoros und unklug handelt.

Wannsee.

In der Gemeindevertretersitzung wurde beschlossen, die Kleine Seestraße von der Königstraße bis zur Konradstraße mit Quaritpflaster auf Beton zu versehen, was 32 105 M. kosten würde. Weiter soll die Große Seestraße von Villa Schöller bis zur Koblanstraße neu gepflastert werden, was mit 21 260 M. veranschlagt ist. Mit dem alten Material, welches aus diesen Straßen gewonnen wird und soweit es noch brauchbar ist, soll die Gärtenstraße von der Schäferstraße bis zum Seeweg gepflastert und mit Bürgersteig versehen werden, was eine Summe von 12 500 M. erfordert. Ein Antrag auf Pflasterung der Alsenstraße wurde vorläufig abgelehnt. Festgelegt wurden noch Bebauungspläne für den östlichen Teil von Wannsee und für den Grünen Weg.

Die in diesem Jahre infolge Differenzen mit den Seebesitzern eingegangene Badeanstalt am Stölpchensee, die auch von vielen auswärtigen benutzt wurde, soll im nächsten Jahre vom Kaufmann Falkenberg neu errichtet werden; die Gemeinde Wannsee zahlt für die ersten beiden Jahre je 500 M. Zuschuß, mit der Bedingung, daß die Seebesitzer freie Benutzung der Badeanstalt haben. Damit ist einem dringenden Bedürfnis abgeholfen. Auch unsere Genossen hatten sich in einer großen öffentlichen Versammlung vor einiger Zeit mit dieser Angelegenheit beschäftigt.

Karlberg-Rüdersdorf.

Der Betrieb der hiesigen Straßenbahn ist bereits am Dienstag, früh 5,35 Uhr eröffnet worden. Die geplante Durchfahrt aller — mit Ausnahme der zwei ersten — Züge bis Friedrichshagen, kam vorläufig jedoch noch nicht stattfinden; es muß also bis auf weiteres stets in Schöneiche umgestiegen werden.

Herzfelde.

Die Einschränkung des Betriebes auf den hiesigen Biegeleien in diesem Jahre macht sich auch recht deutlich in der Bevölkerungsbewegung bemerkbar. Während in der Hochkonjunktur die Bevölkerungszahl 4000—4500 beträgt, reduziert sich diese Zahl in den Winterhalbjahren nicht unerheblich. Dessenungeachtet war aber bisher stets auch in den Winterhalbjahren eine relative Zunahme der Einwohnerzahl zu verzeichnen. Das Resultat der diesjährigen Personenzustandsaufnahme ergab jedoch gegen die Einwohnerzahl im Vorjahre ein Weniger von 204 Personen. Gegen 3555 Personen im Vorjahre, zählt unter drei in diesem Winter 3351.

Zernsdorf.

Gegen den Lebensmittelwucher protestierte am Sonntag, mittag eine gutbesuchte Volksversammlung. Der Referent, Genosse Jubel, rechnete in seinem zweistündigen Vortrag mit den herrschenden Klassen und der Regierung gehörig ab. Langanhaltender Beifall wurde dem Redner für seine trefflichen Ausführungen am Schluß seines Vortrages zuteil. Mit dem Appell an die Versammelten, sich der Organisation anzuschließen und für die Verbreitung der Parteipresse zu sorgen, wurde die Versammlung unter begeisterter Zustimmung geschlossen. Zu Anfang und am Schluß der Versammlung trug der Arbeitergesangsverein „Freie Sänger“ einige stimmungsvolle Lieder vor.

Gennickendorf.

Die am letzten Sonntag hier selbst staltgefundene Volksversammlung wies einen guten Besuch auf. Genosse Reck-Vorlin referierte über Teuerung und Kriegsgesfahr, Ausbeutung und Entrechtung des Volkes. Nach den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen meldeten sich mehrere Personen zum Beitritt in den Wahlverein von Herzfelde.

Bottdam.

Die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus lautete das Thema, über das jetzt vom Bildungsausschuß Vorträge veranstaltet werden. Der erste Vortrag am Montag hatte jedoch nicht den Besuch aufzuweisen, der in Anbetracht des wichtigen Themas zu erwarten gewesen wäre. Jeder, der am ersten Abend teilgenommen hat, wird über die Art und Weise, wie der Referent Dr. Dunder den Hörern die Materie verständlich zu machen suchte, voll befriedigt gewesen sein. Am Donnerstag, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, findet der zweite Vortragsabend statt, zu dem sich hoffentlich noch weit mehr Hörer einfinden werden.

Nauen.

In einer von über hundert Personen, darunter eine Anzahl Frauen, besuchten öffentlichen Versammlung referierte am Sonntag Genossin Juchacz-Kensolln über: „Vollstreckung, Vollstreckung und Kriegsgesfahr“. Die Darlegungen, in denen die Referentin besonders die gegenwärtige Kriegslage sowie die Teuerung in den Kreis ihrer Betrachtung zog, wurden von den Versammelten mit großem Beifall aufgenommen. Es steht zu erwarten, daß eine große Zahl der Anwesenden die Mahnung der Referentin, durch Beitritt in die Organisation zur Erringung menschenwürdiger Verhältnisse beitragen zu helfen, beherzigen werden.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Reinickendorf. Donnerstag, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, im Rathaus, Hauptstr. 39, im großen Sitzungssaal, 2. Etage.
Spandau. Donnerstag, den 7. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Rathaus. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Waldverkauf an Havel, Errichtung eines Stadttheaters.
Lantow. Donnerstag, den 7. November, abends 6 Uhr, im Rathaus.
Potsdam. Donnerstag, den 7. November, nachmittags 4 Uhr.
Köpenick. Donnerstag, den 7. November, abends 6 Uhr, in der Aula, Schillerstraße.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuschauer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Schiffskatastrophe auf hoher See.

Ein folgenschwerer Schiffszusammenstoß hat sich am Montag auf der Höhe von Rosfort-sur-mer zugetragen. In voller Fahrt rannte der spanische Dampfer „Arenas“ mit dem norwegischen Dampfer „Eda“ zusammen. Der spanische Dampfer erlitt bei dem Zusammenstoß so schwere Beschädigungen, daß er sofort sank. Nur acht Mann der

Befahrung konnten gerettet werden, während siebzehn Mann ihren Tod in den Wellen fanden. Auch die „Eva“ erlitt schwere Beschädigungen, konnte aber noch den nächsten Hafen erreichen.

Barbarie auf einem finnischen Handelschiffe.
In Riga wurden auf einem mit einer Ladung Rothholz aus Afrika eingetroffenen finnischen Segelschiff grausame Mißhandlungen aufgedeckt, die an Negern durch den Kapitän und seine finnischen Matrosen verübt worden waren. Ein Neger wurde angeleitet in der Kajüte aufgefunden, wo er drei Tage ohne Nahrung gefesselt war. Ein anderer, der die Mißhandlungen nicht ertragen hatte, war während der Fahrt ins Meer gesprungen und ertrunken. Bei vier Negern wurden blutunterlaufene Schwellungen am ganzen Körper konstatiert. Der Staatsanwalt und der englische Konsul haben das Schiff besetzt, und die Angelegenheit ist dem Untersuchungsrichter übergeben worden. Die Neger sind englische Untertanen.

Kleine Notizen.

Tödlicher Automobilunfall. Ein vom Markt in Hochheim kommendes Automobil stieß in Sindlingen gegen ein Fuhrwerk. Die Deichsel des Wagens traf einen auf dem Wege des Bürgersteiges stehenden 12jährigen Knaben mit solcher Wucht, daß ihm die Schädeldecke zertrümmert wurde. Der Knabe war sofort tot.

Diebstahl im Hamburger Freihafen. Im Gebiet des Hamburger Freihafens sind in letzter Zeit umfangreiche Kaffeediebstähle entdeckt worden. In Schiffsdock wurde ein ganzes Lager von Kaffee, Erbsen, Bohnen vorgefunden. Zwei Personen wurden verhaftet, die die gestohlenen Waren auf einem Wagen vom Freihafen nach dort übergeführt hatten. Gefunden sind bis jetzt etwa 100 Sack Kaffee. Man nimmt aber an, daß weit mehr gestohlen ist.

Schwerer Verkehrsunfall. Auf der Dortmunder Straße in

Dozum wurde eine Frau mit ihrem sechsjährigen Kinde von der Straßenbahn überfahren. Das Kind war sofort tot, die Frau erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Den Führer des Wagens soll seine Schuld treffen.

Tödlicher Fliegerunfall. Der französische Fliegerunteroffizier Marchal stürzte heute bei Bouville mit seiner Maschine aus einer Höhe von 150 Metern ab und fand seinen Tod.

Briefkasten der Redaktion.

H. Z. 3. An die Reichsdruckerei Berlin, Oranienstraße. — **P. W. 75.** Lebenslauf nur Pensionskarte, deren Adressen Sie im Adreßbuch finden. — **H. 100.** Ehrenbürger Pensionskarte, Hinz. Pensionskarte. — **H. 112.** S. u. B. Beilage zum „Hannoverschen Kurier“, Hannover. — **G. H. 112.** Wir empfehlen Geschäfte nicht. Nachteiliges ist uns über die Gesellschaft nicht bekannt. — **H. 113.** 1. und 2. Durch die Standesämter oder das Statistische Amt der Stadt Berlin, Lützowstr. 68. 3. Leider keiner. — **C. 11.** Im Briefkasten unzulässig. Fragen Sie im Generalsekretariat, Engelbergstr. 24, an. — **T. 105.** Spezialgeschäfte angefragter Art sind hier nicht. Schlachtungen beim Fleischhauer auf dem Viehof. — **G. 22.** Klinik für orthopädische Chirurgie in der Charlitz, Luisenstr. 3, 12-2 Uhr. — **Zimmer 222.** Wir wissen nicht, welche Bestimmungen der Zister getroffen hat, aber fragen Sie doch mal nach dem Zeitpunkt des Zutrittsrechts persönlich bei der Sitzungsdenkmal an. — **H. 114.** Fachschule der Gärtner, hinter der Garnisonstraße. — **J. 11.** Rein. — **H. 115.** Die Fragen sind unverständlich. Ist zu 1 und 2 das Stadtbüro gemeint, so müssen die Gats verglichen werden. Der von Nr. 1 ist nicht in meinem Besitz. Zu 3 ist unverständlich. In der Zahl 11 3. selbstverständlich überlegen. — **T. 100.** Zur Ermittlung geschäftlicher Adressen müssen Sie das Adreßbuch zur Hand nehmen, wir lehnen es ab. — **H. 11.** Bei Postkästen durch Auswaschen mit Milch. —

Marktbericht von Berlin am 4. November 1912, nach Ermittlung des künigl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel)
100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—35,00. Speltedöhlen, meißle, 28,00—30,00. Weizen 35,00—40,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,50—6,50. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Sale 1,60—3,20. Bänder 1,40—3,00. Seife 1,40—2,80. Porche 1,00—2,40. Schokolade 1,60—3,20. Mele 0,80—1,40. 60 Stück Äpfel 2,00—3,00.

Witterungsübersicht vom 5. November 1912.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	
Stolmenbe	758	SW	3	Regen	4	Capraranda	762	SW	2	wolfig
Hamburg	756	SW	3	Regen	7	Petersburg	761	SW	1	Dunst
Berlin	756	SW	1	bedeckt	1	Seidz	761	SW	5	Dunst
Frankfurt	765	SW	3	bedeckt	3	Berdeen	767	SW	1	bedeckt
München	763	SW	4	wolfig	1	Paris	765	SW	2	wolfig
Wien	767	SW	1	wolfig	1					

Wetterprognose für Mittwoch, den 6. November 1912.
Ein wenig wärmer, zeitweise aufkarend, vorwiegend trübe mit Niederlagen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 4. 11.		am 3. 11.		Wasserstand	am 4. 11.		am 3. 11.	
	cm	cm	cm	cm		cm	cm	cm	cm
Remel, Müst	230	+13	230	+13	Saale, Großh.	144	-4	144	-4
Regel, Zisterburg	2	+8	2	+8	Saale, Sandau	48	+4	48	+4
Reichel, Thon	—	—	—	—	Rathenow	36	+8	36	+8
Ober, Rastow	210	-8	210	-8	Spree, Spremberg	80	0	80	0
Kreuzen	218	-5	218	-5	Spree, Spremberg	80	0	80	0
Frankfurt	210	+7	210	+7	Weser, Minden	304	-31	310	-3
Barthe, Schrum	94	0	94	0	Weser, Minden	408	-3	408	-3
Landsberg	4	-1	4	-1	Rhein, Regensburg	510	-12	510	-12
Rehe, Boddamm	-2	0	-2	0	Rhein, Regensburg	510	-12	510	-12
Eide, Leithenitz	25	+4	25	+4	Rhein, Regensburg	510	-12	510	-12
Dresden	-100	+12	-100	+12	Rhein, Regensburg	510	-12	510	-12
Barby	151	+5	151	+5	Rhein, Regensburg	510	-12	510	-12
Magdeburg	121	+6	121	+6	Rhein, Regensburg	510	-12	510	-12

+) + bedeutet Hoch. — Fall. — *) Unterpegel.

Unserem Rufkreuz
Paul Arndt
zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. 11485
Musikverein Einigkeit
Neustadt.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederharnim.
Bezirk Reinickendorf-West.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau
Emma Höhle
geb. Schimanoff
Waldftr. 65, am Sonntag, den 4. d. Mts., abends 10 Uhr, verstorben ist.
245/3
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. November, nachmittags 3 Uhr, von der hiesigen Leichenhalle (Humboldtstraße) aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin
Emma Höhle
(Reinickendorf, Waldftr. 65) am 4. d. M. an Lungenerkrankung gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reinickendorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
132/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Fritz Bankup
Charlottenburg, Holzendorffstr. 13, im Alter von 28 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Sühne-Friedhofes in Steinhilberstraße aus statt.
Am 26. Oktober cr. starb unser Kollege, der Sticker
Johannes Wulf
Gleimstr. 24, im Alter v. 34 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Sühne-Friedhofes in Steinhilberstraße aus statt.
Am 26. Oktober cr. starb unser Kollege, der Sticker
Johannes Wulf
Gleimstr. 24, im Alter v. 34 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Sühne-Friedhofes in Steinhilberstraße aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Friedenau.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonntagvormittag 9 Uhr unser Mitglied, die Genossin
Emma Hennecke
geb. Fischer
im Alter von 25 Jahren plötzlich verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedmanner Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Am 26. Oktober cr. starb unser Kollege, der Sticker
Johannes Wulf
Gleimstr. 24, im Alter v. 34 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Sühne-Friedhofes in Steinhilberstraße aus statt.

Mathilde Quast
geb. Steinborn.
Dies zeigt tiefbetruht an
Richard Quast.
Beerdigung: Donnerstag, den 7. November, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des alten Friedhofes in Steinhilberstraße, Neustadt, Hermannstraße, aus. 6291

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsg. Deutschl.
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
Am Sonntag, den 3. November, verstarb unser Mitglied, Kollege
Wilhelm Schnell.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des neuen Jakob-Kirchhofes, Neustadt, Hermannstraße, aus statt.
146/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Wagnere
Johann Kobs
am 3. November im Alter von 50 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. November cr., nachmittags 3 Uhr, vom Kranerhaus, Landsberger Allee 142, aus statt.
68/9

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin
Emma Höhle
(Reinickendorf, Waldftr. 65) am 4. d. M. an Lungenerkrankung gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reinickendorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
132/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Fritz Bankup
Charlottenburg, Holzendorffstr. 13, im Alter von 28 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Sühne-Friedhofes in Steinhilberstraße aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Friedenau.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonntagvormittag 9 Uhr unser Mitglied, die Genossin
Emma Hennecke
geb. Fischer
im Alter von 25 Jahren plötzlich verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedmanner Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Am 26. Oktober cr. starb unser Kollege, der Sticker
Johannes Wulf
Gleimstr. 24, im Alter v. 34 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Sühne-Friedhofes in Steinhilberstraße aus statt.

Theodor Walt
Koblenstraße 7.
Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Sühne-Friedhofes in Steinhilberstraße aus.
Herrn Pauline Walt geb. Reimann 11485 nebst Kindern.

Am 3. November entlich nach schweren Leiden im Alter von 65 Jahren unser guter Vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel, der Tischler
Karl Pleß.
Dies zeigt tiefbetruht an
Willi Pleß u. Gemahlin.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 6. November, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichstraße aus statt.
321

Dankfagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters lagen mir allen unseren tiefgefühltesten Dank.
Berlin, den 3. November 1912.
Im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Gutze und Kinder.

Orts-Krankentasse
der
Mechaniker, Optiker u. verwand. Gewerbe zu Berlin.
Montag, den 18. November 1912, abends 8 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
sämtlicher Vertreter
in d. Reminaballen, Kommandantenstraße 58/59.
Tagesordnung:
1. In getrennter Bahloversammlung:
Für die Vertreter der Arbeitgeber: Wahl von 2 Mitgliedern und 2 Ersatzmännern zum Vorstand an Stelle der auscheidenden Herren Goldschmidt und Döhntlein.
Für die Vertreter der Rassenmitglieder: Wahl von 4 Mitgliedern und 4 Ersatzmännern zum Vorstand. Es scheiden aus die Herren Gemann, Wiegert, Genrich, Verndt. 281/7
2. In gemeinschaftlicher Versammlung:
1. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung 1912.
2. Regelung der Beamten-Pensionsangelegenheiten; Einführung einer Gratifikation.
3. Geschäftliche Mitteilungen.
Berlin, den 2. November 1912.
Der Vorstand.
J. A. Max G n i s c h e, Vorsitzender.
Beschwerden und Anfragen, zu deren Beantwortung die Einmütigkeit der Rosenkranz erforderlich ist, können nur erledigt werden, wenn sie bis zum 14. November eingereicht werden.

Geschlechts-
Hautleiden, Nervenschwäche Frauen- und Bekranke schmerzlose „Ehrlich 606“-Injektionen ohne Berufstörung. Chirurg. Operationen jed. Art.
Ambulatorium
Dorotheenstr. 63. Spr. 11-2, 6-8. Sonnt. 11-2.
Konsultation 2 M.

Schwarze Kleidung
Fertig am Lager:
Gehrock-Anzüge 70, 80, 36 M.
Jockey-Anzüge 80, 70, 40 M.
Frack-Anzüge 80, 80, 40 M.
Reinkleider 15, 15, 8 M.
Fertige schwarze Kleidung für Herren und Jünglinge in größter Auswahl.
Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden.

Baer Sohn
Kleider-Werke.
Chausseestraße 29-30, 11. Brückenstraße 11, Gr. Frankfurter Str. 20, Schönberg, Hauptstr. 10.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Auswahl fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre z. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Grüßungen No. 27593.
„Besonders wohlthätig und gesund ist es, daß die Kostgüter der Wohlthätigen einig kalte systematisch aufgeführt.“
Lore Jaschke einst 61

Westmann
Mohrenstr. 37a
Gr. Frankfurterstr. 115
Vom 6. bis 10. November **Großer Sonder-Verkauf**
für 1000 Stück besserer Damen-Konfektion mit
25 bis 66 2/3 Prozent
unter bisherigen Verkaufspreisen! Darunter
Herz-Plüschmäntel, kurz, lang, Modelle in Velours du Nord, Seal, Plüsch ... 20, 25, 30, 35 bis 175 M.
Frische **Ulster** aus besten Stoffen 12, 15, 18, 22 bis 75 M.
Aparthe **Kostüme** u. Gesellschafts-Kleider, gedieg. Stoffe, Passons und Zutatzen ... 15, 18, 22, 26 bis 150 M.
Wegen Aufgabe der Pelz-Abteilung verkaufe ich, soweit Vorrat reicht Pelzmäntel, Pelzjacken, zu Jedem annehmbar. Preise
Sonntag geöffnet 12-2 Uhr.

Nach zwölfjähriger Spezial-ärztlicher Tätigkeit in Ober-Schöneberg habe ich mich in
Schöneberg, Hauptstr. 147
als Spezialarzt für Magen-, Darm- und Stoffwechselkrankheiten niedergelassen.
Sprechstunden:
8-10, 12 1/2-1 1/2, 4 1/2-6 1/2 Uhr,
Sonntags 9-11 Uhr.
Fernsprecher: Amt Kurfürst 9109.
Dr. S. Wygodzinski.

Frack-Verleih-Institut
S. Berg Nachf. Horchardt.
Friedrichstr. 115, am Oranienb. Tor.
Tel.: Nord 7402. 37142.
Frack, Smoking, Gehrock, Anzüge, Chapeau claque, für jede Figurpaß, vorzüglich in verschiedenen Größenlagen. Sehr große Auswahl, mäßige Preise.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Auswahl fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre z. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

„Mutterfreude ist die reinste Freude“, sagt ein altes Wort, doch sollte jede Mutter daran denken, daß ihr neuer Beruf in erster Linie auch Beschäftigung anfordert. Sie muß sorgen, daß ihr Kind die richtige, zweckentsprechende Nahrung erhält, und wenn sie nicht selbst kochen kann, zu einer künstlichen Nahrung greifen, die allen Anforderungen genügt. „Lactogen“ hat sich als Nährmittel für die kleinen Erdenbürger schon seit langem bestens bewährt; es ist nahrhaft und leicht verdaulich, wohlgeschmeckt und ausgiebig im Gebrauche; die Säuglinge gedeihen bei seiner Anwendung ganz vorzüglich.

MUSIK Instrumente
aller Art wie Violinen, Cello, Mandolinen, Gitarren, Zithern, selbstspielende Musikwerke erhalten Sie von uns gegen bequeme Monatsraten
ohne Anzahlung
5 Tage zur Probe
Verlangen Sie sofort die III. Preisliste M.
Bial & Freund, Postfach 120/298 Breslau

Michel-Vertrieb
Neukölln, Bergstr. 110.
Tel.: 1610.
Winterpreise bis 28. Februar 1913:
Salonbriketts pr. 1000 Stück, Riesenformat 7", M. 8.90.
Industrie-Halbstein-Briketts M. 0.85 pro 1 Zentner
Oberschlesische Steinkohlen Naß II . M. 1.65 " 1 "
Gebrochener Berliner Gaskoks . . . M. 1.65 " 1 "
Brennholz, grob oder fein gespalten . M. 1.25 für einen großen Sack.
Alles frei Geläß jeder Etage. 4046L*

